

46. Jahrgang
ISSN 0939-3099
1/2 2014

ao

aktuelle
ostinformationen



60 Jahre
Gesamteuropäisches Studienwerk

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

aus Anlass des 60jährigen Bestehens des Gesamteuropäischen Studienwerks publizieren wir in dieser Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ die Beiträge zweier enger Kooperationspartner, die seit vielen Jahren mit unserem Haus zusammenarbeiten und auch in den letzten beiden Jahrzehnten viel zum Gelingen einer Vielzahl von Multiplikatoren-Tagungen beigetragen haben: Hubert Luszczynski und Jörg Lauenroth. Ihnen sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Darüber hinaus beschäftigen sich die Beiträge des Vorstandsvorsitzenden Theo Mechtenberg und der Kollegen Gerhard Schüsselbauer und Michael Walter rückblickend mit der historischen und konzeptionellen Entwicklung des GESW, dem europäischen Selbstverständnis als einer Vision sowie – auf der Gegenwartsebene und am Beispiel von Modellprojekten – mit der Umsetzung politischer Jugendbildung in unserem Institut.

Der akuten, nicht nur die Ukraine, sondern ganz Europa erschütternden Entwicklung im Verhältnis zwischen EU, Ukraine und Russland ist mein Aufsatz gewidmet, in dem der Versuch unternommen wird, allfällige Legendenbildungen und Mystifikationen auf ihren propagandistischen Kern zurückzuführen.

Dabei steht zu befürchten, dass der akute Konflikt im Osten der EU nicht nur Europa, sondern die Weltgemeinschaft aller Wahrscheinlichkeit in die Neuaufgelassung eines „kalten Krieges“ zurückführen kann, der schon als längst überwunden galt. Als an Werten orientierte Europäer sind wir dazu aufgefordert, trotz aller Vielfalt von Haltungen und Interessen einig zu sein und durch eine friedvolle, allerdings auch entschiedene Politik zu manifestieren, dass wir geschlossen für die Einhaltung der Menschenrechte und die Wahrung des Völkerrechts in Gesamteuropa und anderswo stehen.

Die intensive Auseinandersetzung mit diesen und ähnlichen Fragestellungen spiegelt sich in dem von Navina Engelage verfassten Bericht zu der im Dezember 2013 im GESW durchgeführten zentralen Tagung der Ost-West-Institute sowie in meinen Reflexionen zu unserem tunesisch-deutschen Begegnungsseminar wider, das im Oktober 2013 in Hammam Sousse stattfand. Auch hier wurde – ähnlich wie im Falle der akut anhaltenden Ukraine-Krise – deutlich, wie schwer es ist, gewaltsame revolutionäre Prozesse in eine friedliche, demokratische Entwicklung überzuleiten, die den betroffenen Gesellschaften und Völkern ein Minimum an Wohlstand, sozialer Sicherheit und politischer Freiheit gewährt. Dazu braucht es viel Geduld, Mut und Anstand. Eine ernst zu nehmende politische Bildung ist neben ihrer Pflicht zu möglichst sachlicher und objektiver Information dazu aufgefordert, gerade diese Bürgertugenden mit zu entwickeln und zu fördern.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

<i>Theo Mechtenberg</i> 60 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk	4
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> EU und russisch-ukrainischer Konflikt	8
<i>Theo Mechtenberg</i> Europa – eine Vision	21
<i>Hubert Luszczynski</i> Bedeutung deutsch-polnischer Schulpartnerschaften	33
<i>Gerhard Schlüsselbauer/Michael Walter</i> Herausforderungen für die politische Jugendbildung in EUropa	41
<i>Jörg Lauenroth</i> 33 Jahre Seminare der Deutschen Polizeigewerkschaft	49

Berichte

<i>Navina Engelage</i> Die EU – Auslauf- oder Zukunftsmodell?	51
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Reflexionen zum tunesisch-deutschen Begegnungs-Seminar	57

Rezensionen

<i>Klaus Ahlheim</i> : Rechtsextremismus	70
<i>Michael Haller</i> : Rechtsterrorismus in den Medien	73
<i>Gert Krell</i> : Schafft Deutschland sich ab?	76
<i>Thomas Kiefer</i> : Die britischen Kolonien	79
<i>Jiří Kořalka, Johannes</i> : Tschechen im Rheinland und Westfalen	85
<i>Deutsches Polen-Institut</i> : Jahrbuch Polen 2013	89
<i>Porsche-Ludwig/Gieler/Bellers</i> : Handbuch Sozialpolitiken der Welt	93
<i>Aleksandra Salamurović</i> : Wie viele Gesichter hat Deutschland.....	95
<i>Przemysław Chojnowski</i> : Dedecius – Miłosz. Listy/Briefe 1958 – 2000	97
<i>Theo Mechtenberg</i> : Interkulturelle Empathie.....	99
<i>Rudolf A. Mark</i> : Krieg an fernen Fronten.....	100

Beiträge

Theo Mechtenberg

60 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk

In diesem Jahr können Mitglieder, Vorstand und Mitarbeiter/innen auf eine sechzigjährige Geschichte ihrer Vlothoer Bildungseinrichtung zurückblicken. Gegründet wurde sie unter dem Namen „Gesamteuropäisches Studienwerk e. V. – Ost-West-Institut der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“ (GESW) am 7. Oktober 1954 in Bad Godesberg. Als Tagungsstätte wählte man die von der englischen Besatzungsmacht freigegebenen Villen im ostwestfälischen Vlotho.

Zum fünfzigjährigen Jubiläum erschien eine Sonderausgabe unserer Institutszeitschrift „aktuelle ostinformationen“, in der unter verschiedenen Gesichtspunkten die Geschichte des GESW ausführlich dargelegt wurde. Daher erübrigt sich an dieser Stelle ein historischer Rückblick. Das damals Gesagte soll lediglich um einige Überlegungen ergänzt werden.

Prof. Dr. Walter Hildebrandt (1912-2007), selbst dem weiteren Gründerkreis des GESW zuzurechnen, hat vor zehn Jahren sehr detailliert die Gründungsphase unseres Instituts dokumentiert.¹ Er hat nicht nur die Mitglieder der Gründergeneration namentlich aufgeführt, sondern auch auf ihre geistigen Wurzeln in der Bündischen Jugend und in der Reformpädagogik verwiesen sowie ihre religiös-kirchliche, zumal evangelische Bindung hervorgehoben. Allerdings hat er es versäumt zu erwähnen, dass zu den Initiatoren des GESW auch zwei Personen mit einer belastenden NS-Vergangenheit zählten. Unsere Bildungseinrichtung steht damit allerdings nicht allein. Nicht erst seit heute weiß man, dass am Aufbau der Bundesrepublik zahlreiche ehemalige nationalsozialistische Funktionsträger beteiligt waren. Von Konrad Adenauer ist das Wort überliefert, dass man eben auf beschmutztes Wasser zurückgreifen müsse, wenn sauberes nicht zu Verfügung stehe. Ähnlich äußerte sich Willy Brandt, als er einmal darauf verwiesen hat, dass es schwierig gewesen wäre, nach dem Krieg eine Demokratie allein mit jenen Leuten aufzubauen, die bereits vor dem Krieg Demokraten waren, denn bei denen habe es sich um eine Minderheit gehandelt. Es war für ehemalige Nationalsozialisten nach 1945 im Übrigen leicht, sich einen demokratischen Anstrich zu geben; sie brauchten sich nur im beginnenden kalten Krieg als entschiedene Antikommunisten zu deklarieren. Dies war offenbar bei Alexander Dolezalek (1914-1999), einem der beiden belasteten Mitbegründer des GESW der Fall. Er hatte seine Vergangenheit als SS-Offizier und Leiter der Planungsabteilung beim SS-Aussiedlungsstab Litzmannstadt (Łódź) und Posen nach dem Krieg nicht öffentlich gemacht und wurde Anfang 1970 von einem polnischen Journalisten enttarnt. Erst als

¹ Walter Hildebrandt, *Meine ersten 25 Jahre im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V.* in: *aktuelle ostinformationen* 1-2, 2004, S. 21-35

diese Aufdeckung für das GESW zu einer existenziellen Krise wurde, hat man ihn als Dozent entlassen, doch blieb er bis zu seinem Tod Mitglied des Trägervereins. Es dauerte bis zu unserem 50-jährigen Jubiläum, ehe dieser Vorgang eine gründliche Aufarbeitung erfuhr.²

Prof. Hildebrandt hat in seinem Beitrag nicht begründet, warum sich die Gründerväter (Frauen gab es offenbar nicht unter den damaligen Initiatoren) als Bezeichnung des Vereins für „Gesamteuropäisches Studienwerk“ entschieden haben. Zudem fehlt jeder Hinweis, warum man den Gründungsakt am 7. Oktober vollzogen hat. Die Akten, soweit sie heute noch vorliegen, geben darüber keine Auskunft. Auch weilt keiner aus der Gründergeneration mehr unter den Lebenden, so dass man zur Beantwortung dieser Fragen auf Vermutungen angewiesen ist.

Dabei wäre die Antwort auf beide Fragen recht aufschlussreich. Die Namensgebung jedenfalls gibt einige Rätsel auf. 1954 einem Institut der politischen Bildung das Prädikat „gesamteuropäisch“ zu verleihen, erscheint nicht gerade als selbstverständlich. Europa war durch den kalten Krieg tief gespalten. Waren die Gründungsväter so prophetisch, dass sie ein Ende dieser Spaltung voraussahen, gedanklich gleichsam die Europäische Union vorwegnahmen und sich die Erreichung dieses Ziels als Aufgabe der politischen Bildung stellten? Wollten sie im Zuge der damals fortschreitenden westeuropäischen Einigung auf das Defizit dieser Entwicklung verweisen, von der durch den Ost-West-Gegensatz die Völker jenseits von Elbe und Oder ausgeschlossen waren? Und woher nahmen sie überhaupt den Begriff? Wussten sie sich aus der Weimarer Republik der Paneuropabewegung verbunden? Bezogen sie sich etwa auf die Diskussionen innerhalb der Widerstandsbewegungen des Zweiten Weltkriegs, bei denen der Begriff „Gesamteuropa“ eine gewisse Rolle spielte? Man verstand ihn im Sinne einer europäischen Neuordnung, die auf unserem Kontinent Kriege ein für alle Male verhindern sollte und in der das Nachkriegsdeutschland, vor einem erneuten Nationalismus bewahrt, ein integraler Bestandteil sein würde.

Wie dem auch sei. Jedenfalls war diese Namensgebung eine gute Wahl. Die gesamteuropäische Ausrichtung unserer Bildungseinrichtung war eine Verpflichtung, die Entwicklungen in der Sowjetunion sowie in den sozialistischen Staaten unter der Hegemonie der UdSSR zu verfolgen und in den „aktuellen ostinformationen“ zu dokumentieren. Darüber hinaus entstanden zu einzelnen dieser Länder umfangreiche Broschüren. Besonderer Schwerpunkt in all den Jahren war Polen, jenes Land, in dem das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Kultur und kommunistischem System besonders ausgeprägt war und dem für die letztendliche Befreiung der mitteleuropäischen Völker von der sowjetischen Vorherrschaft eine Schlüsselrolle zukam.

² Helmut Skowronek, Der „Fall Dolezalek“, aaO., S. 49-66

Auch die Frage, warum der Gründungsakt des Gesamteuropäischen Studienwerks am 7. Oktober 1954 stattfand, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Immerhin handelt es sich um ein geschichtsträchtiges Datum, verweist es doch auf die Entstehung der DDR im Jahr 1948. Wurde dieser Tag bewusst gewählt? Wollten die Gründungsväter unseres Instituts damit ein Zeichen setzen, dass man sich im Rahmen der politischen Bildung intensiv mit Ideologie und System der DDR befassen würde? Bis zum Ende der DDR stand jedenfalls die deutschlandpolitische Ausrichtung unseres Instituts im Vordergrund. Die überwiegende Mehrzahl der Seminare war dieser Thematik gewidmet, wobei unsere Spezialbibliothek mit ihrem in der Bundesrepublik einmaligen Bestand an DDR-Titeln eine kaum zu überschätzende Hilfe war. Sie ermöglichte es beispielsweise, das DDR-Schulsystem sowie den Unterricht in jedem einzelnen Fach zu rekonstruieren, so dass sich die Schülerinnen und Schüler anhand von Originalmaterialien den Unterschied zu ihrem Schulalltag klar machen konnten. Aber wir begnügten uns nicht mit bloßen Systemvergleichen. Von hohem Interesse waren auch die inneren Entwicklungen in der DDR, die mit dem Mauerfall am 9. November 1989 das Ende der DDR einläuteten. Wie in Polen, so zeigte sich auch in der DDR ein zunehmender Widerspruch zwischen ideologischem Anspruch und erfahrener Alltagswirklichkeit. Dieser Widerspruch fand vor allem in Literatur und Film sowie durch systemkritische innerkirchliche Aktivitäten seinen Niederschlag. So führte beispielsweise die bildungspolitische Konzentration auf den Emanzipationsprozess der DDR-Literatur von den ideologischen Auflagen der Kulturpolitik, der die Ausbürgerung oder Emigration zahlreicher DDR-Schriftsteller/innen zur Folge hatte, dazu, dass in den 1980er Jahren Vlotho zu einem besonderen Zentrum für diese Exilanten wurde. All diese Aktivitäten wurden jenseits der Elbe aufmerksam registriert und bescherten dem GESW einen Ehrenplatz auf der „Feindobjektliste“ des Ministeriums für Staatssicherheit.³

Die deutschlandpolitische Bildung entsprach während der Jahrzehnte des kalten Krieges der auf eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgerichteten staatlichen Politik und wurde entsprechend finanziell gefördert. Eine kritische, die Existenz unserer Bildungseinrichtung gefährdende Situation entstand zu dem Zeitpunkt, als mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit dieses Ziel staatlicher Politik erreicht war. Warum sollte ein Institut weiter gefördert werden, dessen deutschlandpolitische Bildungsarbeit sich mit dem Ende der DDR erledigt hat? Die Reaktion des für die Förderung des GESW zuständigen Bonner Ministeriums ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Man entzog uns die Personal- und Sachmittel unserer Spezialbibliothek, so dass wir genötigt waren, die Angestellten zu entlassen und unsere Buch- und Zeitschriftenbestände aufzulösen.

Mit diesem deutlichen Signal wurde klar, dass auch eine Weiterführung des Seminarbetriebs auf der Basis deutschlandpolitischer Bildung bedroht war. Es zeigte sich zudem, dass mit dem Verschwinden der DDR im Orkus der Geschichte die Nachfrage nach deutschlandpolitischen Seminaren stark nachließ. Veranstaltungen, die

³ Theo Mechtenberg: Das Gesamteuropäische Studienwerk im Visier der Staatssicherheit, aaO, S. 36-48

in dieser Übergangsphase durch die Zusammenführung der Menschen aus Ost und West dem inneren Zusammenwachsen nach gut vierzigjähriger Trennung dienten, fanden nicht das erhoffte Echo. Vorstand und Mitarbeiter/innen waren sich daher sehr schnell darüber im Klaren, dass der Verlust deutschlandpolitischer Bildungsarbeit durch eine neue, den veränderten politischen Verhältnissen entsprechende bildungspolitische Konzeption kompensiert werden musste.

In dieser Situation erwies sich die Selbstbezeichnung unseres Instituts als „Gesamteuropäisches Studienwerk“ wiederum als Glücksfall. Mit dem Ende der DDR und dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa stand nun der gesamteuropäische Einigungsprozess auf der politischen Agenda und bedurfte einer entsprechenden bildungspolitischen Begleitung. Also machten wir uns im GESW an die Arbeit und erstellten für unsere Bildungseinrichtung sowie für den Verbund der Ost-West-Institute das Programm „Jugend für Gesamteuropa“ und legten es der für uns zuständigen Abteilung im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen, und Jugend (BMFSFJ) vor, die es als förderungswürdig akzeptierte. Dieses Programm hat sich in dem Vierteljahrhundert seit der Wiedervereinigung Deutschlands bewährt. Dabei stellt es keinen eigentlichen Bruch dar, war doch das GESW seit seiner Gründung über die Problematik der deutschen Frage hinaus stets darauf bedacht, auch die Entwicklungen im Hegemoniebereich der UdSSR zu verfolgen. Und dass sich die mit diesem Programm gegebene Aufgabenstellung noch lange nicht erledigt hat, zeigt nicht nur die jüngste, noch keineswegs ausgestandene Finanz- und Wirtschaftskrise innerhalb der Europäischen Union, sondern aktuell und vor allem die mit der russischen Annexion der Krim verbundene europäische, ja weltpolitische Spannung. Gesamteuropa ist nach wie vor ein politisches Projekt, das seine endgültige Verwirklichung noch nicht gefunden hat.

Zbigniew Wilkiewicz

EU und russisch-ukrainischer Konflikt. Die Legende von der Partnerschaft

Der im Februar und März 2014 eskalierende Konflikt in der Ukraine, der mit dem Sturz des 2010 gewählten, moskaufreundlichen Präsidenten Viktor Janukowytsch und der Annexion der Krim ein erstes vorläufiges Ende nahm, hat eine relativ lange Vorgeschichte. Den meisten Zeitgenossen in Westeuropa sind diese seit etwa 20 Jahren virulenten Konflikte nur wenig bewusst, auch wenn sie als Folge der Auflösung der UdSSR seit den 1990er Jahren immer wieder auf der Agenda internationaler Politik und Konfliktlösung standen. In der Berichterstattung der Medien rückten sie aber aufgrund der bedrohlichen Situation in der Ukraine und auf der Krim in den letzten Wochen in den Vordergrund, so dass sich jeder am Konflikt Interessierte Westeuropäer/Deutsche relativ gut informieren konnte.

Im Kontext der Ukraine-Krise und der Krim-Annexion des Jahres 2014 wurden von der russischen Führung bereits im Zarenreich, in der UdSSR und jetzt auch in der Russischen Föderation (RF) erprobte Szenarien benutzt, um die Rück- oder Ersteroberung einst russländischer oder der russländischen Einflussphäre zugehöriger Gebiete zu rechtfertigen. So wurde bereits die erste polnische Teilung 1772 mit dem Schutz der orthodoxen Dissidenten begründet. Ähnlich motiviert wurden im Bündnis mit dem 3. Reich im September 1939 die Zerschlagung Polens und die Einverleibung zu Polen gehörender westukrainischer Gebiete, schließlich auch die Okkupation der baltischen Staaten (1940). Immer handelte es sich dabei um angebliche Hilfssuche verfolgter Minderheiten oder „Landsleute“, mit denen Annexionen und sich anschließende „ethnische Säuberungen“, denen seit dem September 1939 und bis 1945 zahlreiche Polen, Esten, Letten, Ukrainer und Krimtataren zum Opfer fielen, gerechtfertigt wurden. Dabei kam es zu klaren Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte. Selbst nach dem Zerfall der Sowjetunion und der einsetzenden Demokratisierung der RF fiel es den russischen Machteliten extrem schwer, sich mit diesem imperialistischen Erbe kritisch auseinanderzusetzen und daraus die politisch notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Nach der autoritären Wende verkündet seit den 2000er Jahren der von Putin installierte vertikale Machapparat folgende Grundprinzipien: Politischen Konservatismus (soziale Stabilität und starker Staat), Traditionalismus (Schutz der nationalen Traditionen und Werte, starke Familie, Orthodoxie, antiwestliche Einstellungen, Wiederherstellung von Russlands Großmachtstellung) sowie die „Einheit von Volk und Staatsmacht“, im Klartext: die Unterdrückung der Opposition, manipulierte Wahlen und den Einsatz der Medien zu Propagandazwecken.¹

¹ Vgl.: Lev Gudkov: Russland in der Sackgasse. Stagnation, Apathie, Niedergang. In: osteuropa, 10 (2011), S. 21-45, S.29

Aufgrund der seit November 2013 besonders von russischer Seite entfachten Propagandaschlacht, die man mit großer Entschiedenheit und Härte führte, wurden etliche Legenden und Mythenbildungen wieder belebt, die einer dringenden Korrektur bedürfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das System Putin aufgrund der massiven Einschränkung unabhängiger Medien und der Meinungsfreiheit in der Russischen Föderation (RF) über ein weitreichendes Meinungsmonopol verfügt, wodurch unabhängige Berichterstattung und sachliche Information der russländischen Bevölkerung stark eingeschränkt werden.²

Die Legende vom gebrochenen Versprechen des Westens

Der Westen – so die gebetsmühlenhaft wiederholte Behauptung der russischen Führung – habe im Vorfeld der 2+4-Verhandlungen über die Vereinigung beider deutscher Staaten der UdSSR versprochen, die NATO nicht weiter nach Osten zu verschieben. Ein solches Abkommen existiert aber nicht, weder in schriftlicher noch in mündlicher Form. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass im Jahre 1990 – also im Zeitraum der 2+4-Verhandlungen – die UdSSR und der Warschauer Pakt noch immer bestanden. Es ist ausgeschlossen, dass Moskau bereits zu diesem Zeitpunkt Garantien für den Fall ihrer Auflösung verlangt haben sollte. Dass Teile dieser Verhandlungen verschieden erinnert werden – etwa bei den Protagonisten Genscher oder Gorbatschow – , ändert nichts an der Tatsache, dass die deutsche Seite gar nicht berechtigt gewesen wäre, über die Köpfe der postkommunistischen Länder Ostmitteleuropas und Osteuropas hinweg so weitreichende Garantien auszusprechen. Zutreffend wird hervorgehoben, dass sich der Westen und Deutschland damit zum Handlanger Moskaus gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der ostmitteleuropäischen Länder gemacht hätten. Ungeachtet dessen gibt es angesichts der Ukrainekrise und der Annexion der Krim durch die RF auch in Deutschland zahlreiche politische Akteure, die viel Verständnis für die Einkreisungsgänge der RF und die Befindlichkeiten Putins entwickeln.³ Diese Russland-Empathie ist nicht nur ein Privileg der Linkspartei und bekennender Gazprom-Lobbyisten, sondern wird durchaus auch von Vertretern der deutschen Wirtschaft ins Spiel gebracht, immer dann, wenn man befürchtet, dass die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen unter einer Eintrübung der politischen Beziehungen oder durch die vom Westen in abgestufter Form verhängten Sanktionen leiden könnten. Dann wird einer „sachlichen Realpolitik“ das Wort geredet und vor überspannten Erwartungen an eine auch in Russland mögliche Zivilgesellschaft nach demokratischem Muster gewarnt.⁴

² Klaus-Helge Donath: Die Schlacht um die Köpfe. Krimkrise. Wer in Russland fernsieht, kann sich der Indoktrination durch Putins Propagandastrategen kaum noch entziehen. Ihre Lügen sind mehr als eine redigierte Fassung der Realität und spalten ein ganzes Land. In: taz, 17.03.2014, S.17

³ Berthold Kohler: Was der Westen nicht (falsch) machte. In: FAZ, 25.3.2014, S.1

⁴ EU verschont „oberste Entscheider“. Sanktionen gegen 21 Russen und Ukrainer/Brüssel erkennt Referendum nicht an. In: FAZ, 18.03.2014, S.2

Unterdrückte russischsprachige Minderheiten in den baltischen Staaten?

Nach der Auflösung der UdSSR waren es in erster Linie die Konflikte in den baltischen Staaten, die für Unruhe sorgten. Anfang der 1990er Jahre standen der Abzug sowjetischer Einheiten aus Estland und Lettland sowie deren strittige Staatsbürgerschaftsproblematik und Sprachenpolitik auf der Tagesordnung. Damals internationalisierte Moskau diese Konflikte und forderte die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber der russländischen Bevölkerung. Auch machte die RF die immer wieder hinausgezögerte Unterzeichnung der Grenzverträge mit Estland und Lettland vom Wohlverhalten der damaligen baltischen Regierungen abhängig. Den Esten wurden in drastischer Manier ethnische Säuberungen, Apartheid, Genozid und Rassismus gegenüber der russischsprachigen Minderheit vorgeworfen. Zu Beginn des ersten Tschetschenienkriegs (1994) dienten diese Anschuldigungen dazu, die baltischen Staaten, die Ukraine und Kasachstan von einer Anerkennung der Unabhängigkeit Tschetscheniens abzuhalten. Zu diesem Zweck war die Führung der RF bemüht, die NATO von einer Heranführung und Aufnahme der baltischen Staaten abzuschrecken. In diesem Kontext wurde mit Verweis auf den Schutz russischsprachiger Bevölkerung sogar mit einem Einmarsch in die baltischen Staaten gedroht.⁵ Diese Politik erwies sich als effektiv und wurde auch von der EU unterstützt, die im Zusammenhang mit den anstehenden Beitrittsverhandlungen entsprechenden Druck auf die Führungen der baltischen Staaten ausübte. Die Staatsangehörigkeits- und Sprachengesetzgebung wurden seitens der baltischen Staaten im Laufe der Jahre europäischen Standards angepasst, wodurch der Konflikt mit der RF zwischenzeitlich entschärft werden konnte.

Unterdessen führte die RF nach der Machtübernahme durch Putin den brutalen 2. Tschetschenienkrieg (1999/2000), bei dem es zu drastischen Menschenrechtsverletzungen kam und das in anderen Kontexten von Moskau energisch eingeforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker – in diesem Fall der Tschetschenen – massiv unterdrückt wurde. Um von den eigenen Verstößen gegen internationales Recht abzulenken, wurde Lettland aufgrund seiner Staatssprachengesetzgebung erneut scharf kritisiert. Diesem Pfad folgte Moskau später auch im Konflikt mit Georgien. Während es den tschetschenischen Separatismus gewaltsam unterdrückte, verteidigte es – ebenfalls gewaltsam – das Selbstbestimmungsrecht der in Georgien lebenden Osseten und Abchasen.⁶

Im Hinblick auf das Verhältnis der RF zu den baltischen Staaten ist bezeichnend, dass es bis heute sehr unterschiedliche, beide Seiten verpflichtende historisch-politische Narrative gibt. Während die erste und zweite Besetzung der baltischen Staaten, die erste im Einvernehmen mit dem nationalsozialistischen Bündnispartner 3. Reich, die zweite nach der Niederrichtung der deutschen Wehrmacht und ihrer (baltischen) Verbündeten,

⁵ Vgl. hierzu zuletzt die ausführliche Dissertation von Franz Preissler: Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik: Russland und die Frage der Russischsprachigen im Baltikum, 1991-2004 (unter besonderer Berücksichtigung Lettlands). Berlin 2014, S. 378-379

⁶ Vgl.: Dmitrij Furman: Russlands Entwicklungspfad. Vom Imperium zum Nationalstaat. In: osteuropa, 10 (2011), S.3-20, S.4

von den baltischen Staaten als völkerrechtswidrige Annexion betrachtet werden, geht die Führung der RF noch immer von der Rechtmäßigkeit des Hilfsgesuchs der 1940 eingesetzten sowjetfreundlichen Regierungen Lettlands und Estlands aus und interpretiert die zweite Besetzung der baltischen Staaten als Befreiung vom Faschismus. Diese beiden offiziellen, kontrovers bleibenden Narrative haben weiterhin ihre Gültigkeit und sind auch viele Jahre nach dem Zusammenbruch der totalitären UdSSR von der RF kaum relativiert worden.

Feindliche Einkreisung durch die NATO?

Ähnlich wie im Falle des Baltikums argumentierte und handelte die RF auch im Fünftagekrieg gegen Georgien (August 2008), der auf die Rosenrevolution folgte und zur Separation und endgültigen einseitigen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch die RF führte. Dass die RF im Falle einer NATO-Erweiterung um Georgien und die Ukraine notfalls auch zu militärischen Mitteln greifen würde, war kein Geheimnis. Anlässlich des NATO-Russland-Rats am 4. April 2008 in Bukarest hatte Putin ganz klar die geostrategische Schmerzgrenze für die RF abgesteckt:

„Der Präsident Russlands deutete an, dass wenn die NATO Georgien einen Aktionsplan für eine NATO-Mitgliedschaft gewähren werde, Russland Abchasien und Südossetien gestützt auf den Präzedenzfall Kosovo anerkennen und so eine Pufferzone zwischen den NATO-Kräften und seinen Grenzen schaffen werde. Übrigens über Georgien sprach der russländische Präsident völlig ruhig...“ erzählt die Quelle des Kommersant-Daily in der Delegation eines der NATO-Länder. Als aber das Gespräch auf die Ukraine kam, geriet Putin in heftige Erregung. An Bush gewandt sagte er: ‘Du verstehst doch, George, dass die Ukraine nicht einmal ein Staat ist! Was ist die Ukraine? Ein Teil ihrer Territorien ist Osteuropa und ein Teil, und zwar ein beträchtlicher, wurde von uns geschenkt!’ Und sogleich gab er sehr deutlich zu verstehen, dass wenn man die Ukraine trotzdem in die NATO aufnehmen werde, dieser Staat einfach aufhören werde zu existieren. D. h. faktisch drohte er damit, dass Russland die gewaltsame Abtrennung der Krim und der Ostukraine beginnen könne.“⁷

In dieser Äußerung spiegelt sich das asymmetrische, paternalistische Verhältnis Russlands zur Ukraine wider, die von Putin ganz offenbar weder als eigenständige, unabhängige Nation noch als souveräner Staat wahrgenommen wurde. Damit stellte sich der Präsident Russlands in die zaristische und sowjetische Großmachttradition und verdeutlichte, dass er die völkerrechtliche gültige Situation im Jahre 2008 nicht anerkannte. Das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine wurde schlicht negiert. Allerdings stand Putin damit nicht allein, denn zahlreiche russische Politiker und ein Großteil der russländischen Gesellschaft haben bis heute nicht akzeptiert, dass die Ukraine eine gleichwertige, selbstständige Nation und ein selbstständiger Staat ist. Genauso wenig hatte man sich in der RF mit dem Status der Krim abgefunden. Obwohl er völkerrechtlich anerkannt wurde, gab es immer wieder heftige Auseinandersetzungen

⁷ Preissler, S. 375. Zitiert nach: Blok NATO razoselsja na blokpakety, K-D, 07.04.2008

über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte. Ignoriert wurde dabei, dass die Ukrainer sich selbst als Nation verstehen und zu ihrem souveränen Staat stehen. Der renommierte Osteuropahistoriker Andreas Kappeler rief den Westen anlässlich des Krim-Konflikts in einem Interview deshalb dazu auf, die Ukraine ernst zu nehmen und nicht die russischen Argumente zu übernehmen. Er mahnte an, dass man gerade in Deutschland immer wieder die Sichtweise Russlands unbesehen übernommen und der Ukraine keinen eigenen Platz auf der politischen Landkarte eingeräumt habe.⁸

In diesem Kontext sei daran erinnert, dass die NATO Georgien und der Ukraine im April 2008 eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt hatte, dieser Vorschlag aber auf Betreiben Frankreichs und Deutschlands zurückgenommen wurde.⁹ Die einige Monate später erfolgende legitime militärische Intervention Russlands in Südossetien sowie das überzogene militärische Vorgehen gegen Georgien schockierten den Westen allerdings und legten die Entfremdung offen, die sich seit dem Beginn der Putin-Ära zwischen Russland und den Westmächten entwickelt hatte. So schien es seitens der westlichen Akteure nunmehr angeraten, nach dem Sinn und den Rahmenbedingungen der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der RF zu fragen und auch die bis dahin allgemein gültige Überzeugung, dass es zu einer energiepolitischen Kooperation mit Russland keine Alternative gebe, in Frage zu stellen.¹⁰ Deshalb begann die EU im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik – allerdings gegen den zähen Widerstand der RF – das zunächst von Polen und Schweden präferierte Projekt einer Östlichen Partnerschaft mit sechs postsowjetischen Staaten zu entwickeln. Auch deshalb, weil ein weiterer frozen conflict, der von der RF bei günstiger politischer Konjunktur immer wieder angeheizt und eskaliert werden konnte, ungelöst blieb: Der international ungeklärte Status Transnistriens, einer russländischen Enklave, die völkerrechtlich weiterhin zu Moldawien gehört, in der aber seit mehr als 20 Jahren russische Truppen stehen. Während der Annexion der Krim durch die RF im März 2014 ersuchte der dortige Vorsitzende des Obersten Rates Transnistriens, Michail Burla, um die Eingliederung in die Russische Föderation.¹¹

Halbherzige Östliche Partnerschaft

Die Östliche Partnerschaft (ÖP), die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sechs postsowjetische Staaten einschloss und an der sich Russland wegen „mangelnder Augenhöhe“ nicht beteiligte, hatte seit ihrem Bestehen mit dem Problem zu kämpfen, dass sowohl die EU als auch ihre Partnerstaaten mit ihrer Konzeption und Umsetzung unzufrieden waren. Während Belarus und Aserbaidshan

⁸ Nadja Erb, Viktor Funk: Wir brauchen einen Ukraine-Versteher-Diskurs. Interview mit Andreas Kappeler. In: FR, 27.03.2014, S.30-31

⁹ Vgl.: Egbert Jahn: Neue Fronten nach dem Krieg. In: osteuropa 11 (2008), S.5-18, S.6; Uwe Halbach: Rückblick auf den „Fünftage-Krieg“. Dimensionen und Implikationen der Georgienkrise. In: osteuropa, 12 (2008), S. 65-79

¹⁰ Vgl.: Manfred Sapper, Volker Weichsel: Krieg im Kaukasus: Rückblick auf ein Lehrstück. In: osteuropa 11 (2008), S.3-4

¹¹ Transnistrien will auch beitreten. Abtrünniges Gebiet strebt wie Krim nach Russland. In: FAZ, 19.03.2014, S.2

aufgrund der politischen Ansprüche der ÖP (Prinzipien von Freiheit, Demokratie, Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit) sich bald wenig interessiert zeigten, und Armenien mit Rücksicht auf seine Schutzmacht Russland zurückhaltend blieb, formulierten die übrigen Partner Ukraine, Moldawien und Georgien immer wieder den Wunsch nach einer Beitrittsperspektive in die EU. Hieran bestand aber seitens der EU-Mitgliedsstaaten kein Interesse, zumal die Erweiterungspolitik der EU nach der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens im Jahre 2007 nicht nur die Aufnahme-, sondern auch die Funktionsfähigkeit der EU erheblich beeinträchtigt hatte. Das bereits 2002 formulierte Ziel der ENP bestand vielmehr darin, die politische und wirtschaftliche Transformation in den Anrainerstaaten zu unterstützen, um sich – so die programmatische Aussage Romano Prodis – mit einem „Ring stabiler und befreundeter Staaten“ zu umgeben.¹² Dafür stellte die EU-Kommission bestimmte Anreize wie Freihandelszonen, Assoziationsverträge und liberalisierte Visaregime in Aussicht. Auf dem ersten Gipfel der ÖP in Prag (7. Mai 2009) wurden in der sog. Prager Deklaration folgende Ziele benannt: Wirtschaftliche, politische und soziale Integration, Achtung des internationalen Rechts und der Grundwerte: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Marktwirtschaft sowie good governance. Angestrebt werden sollten Wirtschaftsreformen sowie die soziale und regionale Entwicklung zwischen den Partnerstaaten mit dem Ziel, die sozioökonomischen Unterschiede zwischen den Partnerstaaten zu verringern. Der vom 29.-30. 09. 2011 in Warschau tagende zweite Gipfel der ÖP verabschiedete eine Deklaration, bei der auf gemeinsame Werte, die volle Marktintegration, den gemeinsamen Wirtschaftsraum, die Liberalisierung der Visaregime und die Vertiefung der Zusammenarbeit einzelner Sektoren abgehoben wurde. Allerdings blieb es im Großen und Ganzen bei diesen Deklarationen, denn die Partnerstaaten machten hinsichtlich dieser Ziele kaum Fortschritte. Negativ war auch zu bewerten, dass Belarus in Warschau nicht einbezogen werden konnte und angesichts des politisch motivierten Prozesses gegen die Ex-Premierministerin Julia Tymoschenko kein konstruktiver politischer Dialog mit dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch zustande kam, sondern im Gegenteil Streit ausbrach. Der Anspruch, eine einheitliche Politik mit dem Osten Europas zu verfolgen, war damit bereits im September 2011 gescheitert. Die Bestandsaufnahme im Hinblick auf das „erzieherische“ Konzept der Europäisierung der Mitglieder der ÖP fiel negativ aus. Bezogen auf die Ukraine kamen internationale Experten 2011 zum Ergebnis, dass sich das Land nicht auf die Europäische Union zu, sondern sich von ihr weg bewegte. Kritisch wurde hervorgehoben, dass die Attraktivität der von der EU gewährten Anreize spätestens dann nachlasse, wenn die eigene politische Macht in Frage gestellt werde.¹³ Dass das im Fall der Ukraine, die nach der Wahl Wiktor Janukowytschs zum Staatspräsidenten (2010) im Begriff war, sich zu einer autoritären Präsidialdiktatur zu entwickeln, der Fall war, unterlag keinem Zweifel. Die

¹² Romano Prodi: Friede, Sicherheit und Stabilität. Internationaler Dialog und die Rolle der EU. Sechste Weltkonferenz des Studienverbandes der Europäischen Gemeinschaft – Projekt Jean Monnet. Brüssel, 5.-6. Dezember 2002, Speech 02/619, S.6

¹³ Eckart D. Stratenschulte, Weronika Priesmeyer-Tkocz: Weniger ist mehr. Lehren aus dem Stillstand der Östlichen Partnerschaft. In: osteuropa, 11 (2011), S.7-25, S.18-21

EU wurde im diesem Kontext kritisiert, nicht früher reagiert zu haben, und dazu aufgerufen, gegenüber der Ukraine härtere Sanktionen zu verhängen, um eine Diktatur an ihrer Ostgrenze zu verhindern.¹⁴ Der misslungene Gipfel von Vilnius im November 2013, die hieraus resultierenden Proteste des Euro-Maidans sowie der Sturz des seine Macht mit Gewalt verteidigenden Präsidenten Janukowytsch markieren allerdings eine Entwicklung, die nur schwer vorauszusehen war, denn selbst die EU, der es in erster Linie darum ging, weiteres Blutvergießen zu verhindern, hatte bei den Verhandlungen der drei Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens mit der Opposition und Janukowytsch ein anderes, Gewalt ausschließendes Übergangsszenario ausgehandelt als das, was sich dann einstellte. Die Reaktion Moskaus, das die neue Übergangsregierung der Ukraine als illegitim und „faschistisch“ desavouierte, ließ nicht lange auf sich warten und folgte dem bereits in Georgien erprobten neoimperialen Schema der russländischen Außenpolitik.¹⁵ Die Zukunft wird zeigen, ob es der EU gelingt, durch die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der neuen ukrainischen Führung und trotz des massiven russischen Widerstands die bis dato nur halbherzig betriebenen ÖP wieder zu beleben. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es mit Georgien und Moldawien zwei weitere Assoziationspartner der EU gibt, die sich aufgrund des russländischen Konzepts der Sammlung „postsowjetischer Erde“ und der kaltblütig vollzogenen Annexion der Krim bedroht fühlen müssen.

Der Mythos vom russischen Abwehrkampf

Putin rechtfertigte in seiner am 18. März 2014 im russischen Fernsehen übertragenen Rede die Annexion der Krim mit dem Argument, dass es der Westen gewesen sei, der in den vergangenen Jahrzehnten versucht habe, den Völkern der Welt mit Gewalt Standards aufzuzwingen, die auf keiner Weise ihrer Lebensweise, ihren Traditionen und ihrer Kultur entsprächen. Stichpunkte waren dabei das Kosovo, Afghanistan, Irak, die gelenkten farbigen Revolutionen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der arabischen Welt, die NATO-Erweiterung nach Osten sowie die amerikanische Raketenabwehr. Nicht nur aktuell, sondern auch historisch – so Putin – habe sich Russland in einem andauernden Abwehrkampf befunden; die Russen seien durchgängig Opfer der Geschichte gewesen. Nicht erwähnt bzw. geleugnet wurde dabei die Tatsache, dass sich Russland seit dem 16. Jahrhundert auf ständigem Expansionskurs befand. Dieses geschichtsklitternde, sowohl den zaristischen als auch sowjetischen Imperialismus leugnende Selbstverständnis war darauf angelegt, die Annexion der Krim, die als russisches „Urland“ und als „ein untrennbarer Teil Russlands“ bezeichnet wurde, historisch zu legitimieren. Ein weiteres Argument in der Putinschen Rede war die Behauptung, dass man in der Ukraine versucht habe, den Russen ihre historische Erinnerung und ihre Muttersprache zu rauben, sie gegen ihren Willen zu assimilieren. Damit bediente sich Putin eines zentralen Arguments der Propaganda der russischen Staatsmedien und redete – so der zutreffende Kommentar von Reinhard Veser – „vollkommenen Unsinn“. Ungeachtet dessen wurde er für diese „patriotische“ Rede in

¹⁴ Mykola Rjabčuk: Weckruf. Die Ukraine, die EU und der Fall Tymoschenko. In: Osteuropa, 11(2011), S.3-6

¹⁵ Vgl.: Furman, op.cit, S.16-17

der Duma und bei einem Großteil seiner Landsleute gefeiert.¹⁶ Dabei geht es nach der weitgehend übereinstimmenden Einschätzung von Experten Putin nicht darum, lediglich ein Militärbündnis von seinen Grenzen fernzuhalten, sondern Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und echte Gewaltenteilung.¹⁷ Damit handelt Putin nicht im Interesse der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Fortentwicklung der RF, sondern im Interesse der von ihm und seinen Gefolgsleuten kreierten staatskapitalistischen, autoritären und in geopolitischen Kategorien denkenden und agierenden Machtvertikale.

Ein hinkender Vergleich: Die Militärinterventionen in Kosovo und auf der Krim

Bekanntlich berief sich die russische Führung bei der Legitimierung der Okkupation der Krim auf die Interventionspolitik des Westens im Kosovo. In der Tat bewertete der Westen durch die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo den Schutz der kosovo-albanischen Bevölkerung aufgrund der schweren Menschenrechtsverstöße durch das Belgrader Regime höher als die territoriale Integrität Serbiens. Die völkerrechtlich nicht abgesicherte NATO-Intervention in Serbien hatte allerdings im Unterschied zu der gut geplanten und schnell vollzogenen Besetzung und Einverleibung der Krim eine Vorgeschichte und war Ergebnis eines langwierigen Verhandlungsprozesses.¹⁸ Erst als dieser endgültig scheiterte, kam es zum NATO-Einsatz. Während der Kreml den Kosovo-Albanern damals das Recht auf Selbstbestimmung verwehrte, nahm er es im März 2014 für die auf der Krim lebenden Russen mittels einer Okkupation in Anspruch. Das übereilte und mit Hilfe von Einschüchterung und Gewaltandrohung inszenierte Krim-Referendum genügte dabei zu keiner Zeit rechtsstaatlichen Grundsätzen und verstieß sowohl gegen das Völkerrecht als auch gegen die Menschenrechte. Insofern handelt es sich hier um eine nicht akzeptable Gleichsetzung zweier sehr unterschiedlicher Entwicklungen und Rechtsverhalte, die aber auch in der Bundesrepublik nicht selten ins Feld geführt wurde, um die Illegitimität der russischen Militärintervention zu relativieren. Im Bundestag wurde diese Argumentationslinie von Gregor Gysi vertreten, der wiederholt bekräftigte, dass die Abtretung des Kosovo ein Bruch des Völkerrechts gewesen sei.¹⁹ Hierhin gehörte auch der absurde Vorwurf Sarah Wagenknechts, dass die Bundesregierung in Kiew eine Putschregierung mit Faschisten stütze.²⁰ Wie weit sich die Lageeinschätzungen deutscher politischer Eliten unterschieden, zeigte die in diesem Zusammenhang geäußerte Kritik von Bündnis90/Die Grünen an den Äußerungen des Putin-Freundes und Gazprom-Lobbyisten Gerhard Schröder (Forderung eine Maulkorbs für den Ex-Kanzler durch Rebecca Harms) sowie

¹⁶ Reinhard Vesper: Russlands ewiger Abwehrkampf. Putins Welt: Ein gutmütiges Land und viele böse Nachbarn. In: FAZ, 20.03.2014, S.8; Friedrich Schmidt: Kiew, Mutter der russischen Städte. Putin, Großfürst Wladimir und das verstreuteste aller Völker. In: FAZ, 19.03.2014, S.2

¹⁷ Berthold Kohler: Putins Jalta. In: FAZ, 19.03.2014, S.1

¹⁸ Einen guten, differenzierten Überblick liefert der Beitrag von Bruno Schoch: Zankapfel Kosovo. In: osteuropa,10 (2011), S.96-106

¹⁹ Gregor Gysi: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. In: Das Parlament, 13/14, 24.03.2014, Debattendokumentation S.4

²⁰ Cyrill Stieger: Der Vergleich mit Kosovo hinkt. In: NZZ, 18.03.2014, S.2; Stefan Reinecke: Die Opposition wird dümmmer. Parteienzoff. Die Krimkrise hinterlässt erste Kollateralschäden: Linkspartei und Grüne bewerfen sich mit Sandkastenförmchen. Sollten sie nicht die Regierung kritisieren? In: taz, 18.03.2014, S.14

gegen die Russland-Versteher/innen bei der Linkspartei (Wahlkampfmotiv unter dem Titel: „Jetzt neu: Linkspartei erstmals für Auslandseinsätze!“).²¹ Aber auch Armin Laschet (CDU) forderte, dass man Putin nicht dämonisieren dürfe, sondern sich in den Gesprächspartner hineinversetzen müsse, wenn man außenpolitische Beziehungen pflegen wolle. In diesem Zusammenhang verwies der Unionspolitiker ebenfalls auf die starken Wirtschaftsverflechtungen zwischen deutscher und russischer Wirtschaft und den hohen Anteil russischer Gaslieferungen am Gesamtenergieverbrauch Deutschlands. Am Umstand, dass die Krim-Besetzung völkerrechtswidrig war, ließ er allerdings keinen Zweifel.²² Das größte Verständnis für Putins Politik brachte aber Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf, der in einem Interview in „Die Zeit“ im Hinblick auf die Krim-Krise am Westen Kritik übte, die gegen Russland beschlossenen Sanktionen als „dummes Zeug“ bezeichnete und die Staatlichkeit der Ukraine als „Nationalstaat“ in Frage stellte.²³

Ukrainische Faschisten in der Regierung?

Wie die Auseinandersetzungen um die Orangene Revolution der Ukraine (2004) gezeigt hatten, war die RF schon damals nicht bereit, auf den Einfluss in ihrem „Bruderland“ zu verzichten. Im Februar 2014 diente das von der neuen ukrainischen Regierung verabschiedete und inzwischen wieder zurückgezogene Sprachengesetz dazu, der ukrainischen Führung eine Diskriminierung der Russischsprachigen zu unterstellen. Entsprechend propagandistisch orchestriert und überhöht – der Euro-Maidan als „faschistischer Umsturz“ – diente dieses Argumentationsmuster dazu, den Konflikt bis hin zur völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim zu eskalieren und daraus ihre „Rechtmäßigkeit“ abzuleiten. Während man dem Westen (NATO; EU) vorwarf, die rechtmäßige Regierung Janukowytsch mit Hilfe des „faschistischen Mobs“ gestürzt zu haben, beging der Führer der RF selbst einen dreisten coup d’etat nach bewährtem (sowjetischen) Muster und wollte die Weltöffentlichkeit Glauben machen, dass diese Reaktion durch auf der Krim beheimatete russlandfreundliche Selbstschutzkräfte ausgelöst worden sei, um die russischsprachige Bevölkerung vor der illegitimen, antirussischen Regierung in Kiew zu schützen. Die propagandistische Instrumentalisierung des in diesem Kontext antiquierten, im kollektiven Bewusstsein der Russen aber virulenten Faschismusbegriffs gegenüber der neuen ukrainischen Regierung trug in der RF Früchte. Und das ganz losgelöst von der Tatsache, dass es sich bei der neuen ukrainischen Regierung um eine Mischung von Technokraten, Politikern, Aktivisten und Milizionären handelt, die allerdings nur vom Hass gegen Janukowytsch geeint wird.²⁴ Dass ein radikal nationalistischer, aber eher unbedeutenden Teil der ukrainischen Oppositionsbewegung (Rechter Sektor) auch mit Dmitri Jarosch und

²¹ Astrid Geiler: Grüne kriegen die Krimkrise. Ukraine. Nach Maulkorb-Antrag und dem Plakat gegen Wagenknecht fordern über 120 Mitglieder mehr „Besonnenheit und Klugheit“. In: taz, 18.03.2014, S.6

²² Laschet: Putin nicht dämonisieren. In: FAZ, 18.03.2014, S.2

²³ Nikolaus Blome: Der Alt-Bundeskanzler macht es sich bequem. In: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/helmut-schmidts-verstaendnis-fuer-putin-kommentar-nikolaus-blome-a-961024.html>, 27.03.2014

²⁴ Konrad Schuller: Die neuen Herren und die Dame von Kiew. In: FAZ, 28.02.2014, S.2

Andrij Parubi im neuen ukrainischen Kabinett repräsentiert ist, wird in Abhängigkeit von der eigenen politischen Position besonders hervorgehoben oder aber heruntergespielt.²⁵ Eine Binsenwahrheit ist, dass es in der Ukraine – ähnlich wie in Russland und im Westen – extreme Nationalisten und Neofaschisten gibt. Ungeachtet dessen wurde der Faschismus-Vorwurf anlässlich einer Bundestagsdebatte auch von Gregor Gysi erhoben, der das Handeln Putins zwar verurteilte, allerdings beklagte, dass das russische Sicherheitsinteresse unterschätzt worden sei und dass es in der amtierenden ukrainischen Regierung und im Sicherheitsapparat „faschistische Bestrebungen“ gebe.²⁶ Als ähnlich suggestiv, aber wenig belegt, erwies sich auch der von Moskau gegen die Maidan-Besetzer immer wieder vorgebrachte Antisemitismus-Vorwurf.²⁷ Den Spieß drehte der Osteuropahistoriker Stefan Plaggenborg um, der im Zusammenhang mit der Selbstinszenierung Putins und der gewaltsamen Annexion der Krim einen Vergleich zu dem unter einem imperialistischen Minderwertigkeitskomplex leidenden Mussolini zog. Auch machte Plaggenborg im Kontext mit der staatskapitalistischen Wirtschaftsverfassung der RF auf augenfällige Parallelen zum italienischen Faschismus aufmerksam.²⁸

Offen bleibt, wie man seitens der RF in Zukunft mit den auf der Krim ansässigen Ukrainern und Krimtataren umgehen wird, die einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung ausmachen und sich in ihrer Masse nicht an dem Referendum beteiligten. Auch hier war bemerkenswert, dass in der deutschen veröffentlichten Meinung immer wieder auf die von den ukrainischen Nationalisten ausgehenden Gefahren hingewiesen wurde, während das ursprüngliche Aufbegehren der Maidan-Besetzer gegen das korrupte Janukowytsch-Regime und ihr eindeutiges Bekenntnis zur EU in den Hintergrund rückte. Sogar in angesagten Talkshows kamen überwiegend „Russland-Versteher“ wie Fritz Pleitgen, Alexander Rahr, Klaus von Dohnanyi und Gabriele Krone-Schmalz zu Wort, die für das Vorgehen Putins viel Verständnis aufbrachten.²⁹ Relativ spät, aber längst nicht so öffentlichkeitswirksam, meldete sich im veröffentlichten Diskurs der Bundesrepublik der renommierte Osteuropahistoriker Andreas Kappeler zu Wort und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass wir auch einen Ukraine-Versteher-Diskurs bräuchten. In diesem Ende März 2014 veröffentlichten Interview kritisierte Kappeler die imperiale Politik Putins und wandte sich gegen die in

²⁵ Alina Polyakova: Rechtsextreme sind und bleiben nur eine Minderheit. In: taz, 06.03.2014, S.14; Ulrich Krökel: Faschisten als Vorbilder. Wie nationalistisch und korrupt die neuen Machthaben in der Ukraine wirklich sind. In: FR, 12.03.2014, S.4; Andrej Nesterko: Revolutionäre von rechts außen. Nationalisten spielten eine wichtige Rolle auf dem Maidan. Heute sind sie an der Kiewer Regierung beteiligt. Auch auf der prorussischen Seite nimmt ihr Einfluss zu. In: taz, 20.03.2014, S.3; Ann-Dorit Boy: Unruhe im rechten Sektor. Die Tötung eines bekannten Rechtsextremisten (Oleksandr Musytschko alias Sascha Bilyj) könnte für die Regierung zu einem Problem werden. In: FAZ, 27.03.2014, S.5; Ann-Dorit Boy: Janukowitsch fordert Referenden überall in der Ukraine. Russland will Präsidentenwahl nicht anerkennen / Rechtsextremisten protestieren in Kiew gegen Regierung. In: FAZ, 29.03.2014; S.5

²⁶ Günter Bannas: Schwarz-rot-grüne Alliierte. In: FAZ, 14.03.2014, S.2

²⁷ Bernhard Clasen: Klezmer-Bands waren auf dem Maidan beliebt. Minderheiten. Rechtsextreme haben keinen großen Einfluss in der Ukraine, sagt Leonid Finberg. In: taz, 20.03.2014, S.3

²⁸ Stefan Plaggenborg: Die Faschisten sitzen im Kreml. In: FAZ, 21.03.2014, S.13

²⁹ Daland Segler: Die Heiligsprechung des Zaren. Anne Will ließ über die Krim-Krise diskutieren, dabei gab es Verständnis für Putin. In: FR, 14.03.2014, S.36

Deutschland recht häufig vertretene und von russischer Propaganda gespeiste These, dass die Ukraine nicht eigenständig sei. Auch hob er hervor, dass Putins Aggression das russisch-ukrainische Verhältnis auf lange Sicht beschädigt habe. Damit bestätigte Kappeler die weit verbreitete und sicher nicht unbegründete Auffassung, dass Russland durch seinen Handstreich zwar die Krim gewonnen, dafür aber die Ukraine verloren habe.³⁰

Wandel durch Handel?

Trotz der vom Westen in abgestufter Form verhängten Sanktionen gegen die RF war allen Beteiligten klar, dass man damit die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht rückgängig machen würde. Auch wollte im Westen niemand einen Krieg wegen der Ukraine, zumal sich die Ukrainer selbst uneinig waren und nicht recht zu wissen schienen, wohin sie gehören sollten. Die russlandfreundlichen Proteste in der Ost- und Südukraine, ob nun spontan oder von der RF tatkräftig unterstützt, schienen die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Ukraine heraufzubeschwören. Konsequenterweise forderte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier Mitte März 2014 deshalb auch, alle Anstrengungen darauf zu richten, eine Eskalation zu vermeiden. Im Hinblick auf die Sanktionen blieb man ebenfalls vorsichtig, um dadurch die Möglichkeit offen zu halten, Russland an den Verhandlungstisch zurückzuholen.³¹ Ferner wurde im öffentlichen Diskurs weiterhin an der These festgehalten, dass Handel und ungetrübte Wirtschaftsbeziehungen eine der Grundvoraussetzung für einen (demokratischen) Wandel in Russland darstellen. Ganz offensichtlich ging es den entsprechenden Wirtschaftskreisen und Interessengruppen in Deutschland und in der EU dabei aber in erster Linie darum, ihr einträgliches Russlandgeschäft nicht zu gefährden.³² Obschon seitens der deutschen Wirtschaftsführer eingeräumt wurde, dass man sich hinsichtlich der Sanktionen gegen die RF dem Primat der Politik unterordnen wolle, liefen die Geschäfte – gerade im Energiesektor – ungebrochen weiter.³³ Dabei bemühte man gelegentlich auch den in der deutschen Außenpolitik vertretenen Ansatz einer

³⁰ Nadja Erb, Viktor Funk: Wir brauchen einen Ukraine-Versteher-Diskurs. Interview mit Andreas Kappeler. In: FR, 27.03.2014, S.30-31

³¹ Carla Anne Robbins: Wann funktionieren Sanktionen? In: <http://www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/sanktionen-gegen-russland-309/>, 19.03.2014

³² Barbara Klimke: Sorge in Londongrad. Großbritannien hat russische Oligarchen lange hofiert, nun fürchtet man auf der Insel um die guten Geschäfte. In: FR, 25.03.2014, S.3; Siemens-Chef trifft sich mitten in der Krise mit Wladimir Putin. Kaeser verspricht Investitionen/Dialog mit Moskau wichtig. In: FAZ, 27.03.2014, S.22; Thomas Magenheimer: Für Siemens rollt der Rubel. In: FR, 28.03.2014, S.7; Nikolaus Busse: Der verborgene Teil deutscher Außenpolitik. Deutschland trägt offiziell die Sanktionen gegen Russland mit, aber hinter den Kulissen scheint die Bundesregierung wieder in die Rolle des Bedenkenträgers zu schlüpfen. In: FAZ, 28.03.2014, S.2; Rüdiger Köhn, Henrike Roßbach: Kaesers Putin-Besuch passt ins Konzept. Hinter vorgehaltener Hand gibt es auffällig viele positive Stimmen zum Treffen des Siemens-Vorstandschefs mit dem russischen Präsidenten. Denn der Industriemanager hat trotz des umstrittenen öffentlichen Auftritts in ihren Augen ein Signal gegen wirtschaftliche Sanktionen als Folge der Krim-Krise gesetzt. In: FAZ, 28.03.2014, S.28; cmu: Krim-Krise alarmiert Hafenwirtschaft. Der Konflikt zwischen Putin und dem Westen sorgt in Hamburg für helle Aufregung. Der Aktienkurs des Hafenbetreibers HHLA sinkt. In: FAZ, 28.03.2014, S.24

³³ Ingo Arzt: Russen auf Einkaufstour. Sanktionen? Krimkrise? Unbeeindruckt davon kaufen Oligarchen RWE eine Konzerntochter ab, der Ölriese Rosneft steigt bei Pirelli ein. In: taz, 18.03.2004, S.8; Christian Müßgens, Benjamin Triebe: Russland greift nach deutschen Werten. Während der russische Präsident Putin die Krim annektiert, kaufen russische Investoren Schiffbaubetriebe im Ausland. In: FAZ, 01.04.2014, S. 22

„Annäherung durch Verflechtung“ und das Desiderat der Modernisierungspartnerschaft mit Russland. Hierbei handelte es sich um durchaus effektive wirtschaftspolitische und auf den Aufbau einer Bürgergesellschaft zielende Instrumente aus dem Werkzeugkasten der EU-Erweiterungsprozesse, die sich aber bereits im Hinblick auf die ÖP als wenig effektiv erwiesen hatten.

Ganz offensichtlich wurde dabei verkannt oder auch billigend in Kauf genommen, dass die Führung der RF an dieser Form des Wandels nicht interessiert war, zumal sie die Osterweiterung der NATO und der EU stets als Bedrohung für das System Putin und den erstrebten Großmachtstatus der RF interpretiert hatte.³⁴ Zudem war das System Putin im Zusammenhang mit den manipulierten Parlamentswahlen im Dezember 2011 und den ebenfalls irregulären Präsidentschaftswahlen vom März 2012 erheblich geschwächt worden. In der RF begann sich im Zusammenhang damit eine selbstbewusste neue Protestkultur zu entwickeln, die energisch und öffentlichkeitswirksam gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen des Regimes protestierte.³⁵ Der eskalierende Konflikt um die Ukraine und die Krim diente Putin ganz offensichtlich dazu, von der inneren ökonomischen und politischen Schwäche der RF abzulenken, die sich aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Rohstoffexport und der Unfähigkeit, ihre Wirtschaft nachhaltig zu modernisieren, in einer tiefen Wirtschaftskrise befindet. Dabei ist offenkundig, dass der Kreml keine echten Wirtschaftsreformen, etwa durch die Trennung von Staat und Wirtschaft, anstrebt, denn dadurch wären Patronage und Klientelismus, also wichtige Bestandteile des Systems Putin in Frage gestellt.³⁶ Die am 1. März 2014 erfolgte Genehmigung des Föderationsrats, „bis zur Normalisierung der gesellschaftlichen Lage“ russische Truppen in der Ukraine einzusetzen, versetzte die Finanzmärkte Russlands bekanntlich in Panik.³⁷ Verstärkte Kapitalflucht und ein Verfall des Rubelkurses machten der russischen Wirtschaft zu schaffen, ohne dass der Westen echte Wirtschaftssanktionen eingeleitet hatte.

³⁴ Heidi Reisinger: Russland und die NATO. Politische Beziehungen ohne Substanz reichen nicht mehr. In: Politische Studien, Januar-Februar 2014, S. 41-45

³⁵ Vgl.: Jens Siegert: An der Weggabelung. Zivilgesellschaft und Politik in Russland. In: osteuropa, 10 (2011), S. 61-75; Aleksandr Kynev: Kontrollverlust, Manipulation, Protest. Die Dumawahlen 2011 in Russland. In: osteuropa, 1 (2012), S.25-40; Mischa Gabowitsch: Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur. Frankfurt/M 2013

³⁶ Friedrich Schmidt: Das System Putin. Nur eine Handvoll von Vertrauten hat Zugang zum Präsidenten. Wer dem Westen zu nahe steht, gilt als suspekt. In: FAZ, 20.03.2014, S.2; Friedrich Schmidt: Die lustigen Genossen von Osero. Viele Männer, die auf der amerikanischen Sanktionsliste stehen, kennen sich aus einer Datschensiedlung nahe Sankt Petersburg. Dort hat auch Putin viel Zeit verbracht. In: FAZ, 22.03.2014, S.4

³⁷ Rudolf Traub-Merz: Russlands blühende Landschaften. Die russische Wirtschaft steckt in einer Dauerkrise – auch ohne Sanktionen, <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/von-wegen-wirtschaftswunder-313/>, 19.03.2014; D.J.: Putins „Kumpane bestraft“. Sanktionen. Brüssel und Washington verfügen Kontensperrungen und Einreiseverbote. Betroffen: die politischen Führer der Krim und wichtige Moskauer Politiker und Militärs. In: taz, 18.03.2014, S.2; Klaus Helge Donath: Der Rubel schmolzt. Der Krimkonflikt verschärft die ökonomische Lage in Russland: Schwache Konjunktur, Kapitalflucht und die Angst vor weniger Investitionen. In: taz, 18.03.2014, S.2; Barbara Oertel: Den Preis für Putin in die Höhe treiben. In: taz, 18.03.2014, S.1; Hermann Simon: Armes Russland. In: FAZ, 22.03.2014, S.8

Eine Partnerschaft zwischen EU und RF?

Im Unterschied zum Westen und zur EU war Putin bereit, militärische Mittel einzusetzen, wenn er seine Machtbasis bedroht sah. Und im Unterschied zum Westen war er auch bereit, den Konflikt zu eskalieren, wie die Besetzung der Krim und die Destabilisierung der östlichen und südlichen Ukraine deutlich machten. Putin verfügte in diesem Konflikt zweifelsohne über die sog. Eskalationsdominanz, die Fähigkeit, den Gegner durch die Demonstration der eigenen Eskalationsmöglichkeiten davon abzuhalten, die nächste Stufe auf der Eskalationsleiter zu erklimmen.³⁸ Der Westen setzte hingegen weiter auf Verhandlungen und zeigte damit in den Augen des Demokratieverächters Putin Schwäche. Die auf Gewaltverzicht setzende Realpolitik des Westens, die mit dem (ökonomischen) Preis argumentierte, den die RF werde zahlen müssen, bestärkte Putin in seiner Überzeugung, dass er es mit verzagten Krämerseelen zu tun habe, die erfolglos bemüht seien, seine Beweggründe zu verstehen.³⁹ Die von der EU ab 2009 besonders intensiv betriebene Östliche Partnerschaftspolitik, in der die Ukraine durch das Assoziationsabkommen mit der EU eine zentrale Rolle spielen sollte, wurde von Moskau mit größtem Misstrauen verfolgt. Das Scheitern des Gipfels von Vilnius im November 2013 war eine Folge dieser ausgeprägten Konkurrenz um die Ukraine, die von beiden Seiten unter einen erheblichen Druck gesetzt wurde. Von der seit 1999 beschworenen strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der RF konnte demnach keine Rede sein, vielmehr von einer sich zuspitzenden Integrationskonkurrenz. Das System Putin torpedierte ganz offen die Nachbarschaftspolitik der EU und machte immer wieder deutlich, dass der GUS-Raum nach wie vor zu seinem unmittelbaren Einflussbereich gehöre. Den Integrationsbemühungen der EU im Rahmen der Östlichen Partnerschaft wurde das Konstrukt einer Eurasischen Union entgegengesetzt, zu deren Kern die Ukraine gehören soll. Diesem Ziel und der Verhinderung des Assoziationsabkommens der EU mit der Ukraine diente der im Sommer 2013 gegen die Ukraine entfachte Gas- und Handelskrieg. Der Russland-Experte Hannes Adomeit zog deshalb noch während der Ukraine-Krise und der Annexion der Krim den Schluss, dass Werte und Interessen der EU und Russlands in der gemeinsamen Nachbarschaft auch zukünftig nicht von Partnerschaft, sondern von Konkurrenz geprägt seien.⁴⁰ Darauf wird sich der Westen und die EU zukünftig einstellen müssen, denn von einer auf gemeinsamen Werten basierenden Partnerschaft zwischen der RF und der EU kann nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim auf lange Sicht nicht die Rede sein.

³⁸ Berthold Kohler: Bis an den Rand des Abgrunds. In: FAZ, 18.03.2014, S.1

³⁹ Nikolaus Blome, Erich Follath, Matthias Gebauer: Bis jenseits der Grenze. Russland besetzt die Krim und bricht das Völkerrecht, die Regierung in Kiew reagiert hilflos. Europa und die USA streiten, ob diplomatischer Druck oder Sanktionen die richtige Antwort sind. Was aber will Putin? In: Der Spiegel, 11(2014), S. 78-87

⁴⁰ Hannes Adomeit: Die EU und Russland in der „Gemeinsamen Europäischen Nachbarschaft“. In: Politische Studien, Januar-Februar 2014, S.28-39

Theo Mechtenberg

Europa – eine Vision

Europa – eine Vision. Diese Kurzformel, die einer griffigen Losung gleichkommt, verlangt nach einer Einleitung, welche die verdeckte Ambivalenz des Themas beleuchtet und zugleich die Richtung des Gedankengangs vorgibt. Da liegt es nahe, auf jenen mit Ironie gewürzten Text zurückzugreifen, den - ausgehend vom Doppelsinn eines Wirtshausschildes - Immanuel Kant seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“ vorangestellt hat:

„Ob diese satirische Überschrift auf dem Schilde jenes holländischen Gastwirts, worauf ein Kirchhof gemalt war, die Menschen überhaupt, oder besonders die Staatsoberhäupter, die des Krieges nie satt werden können, oder wohl gar nur die Philosophen gelte, die jenen süßen Traum träumen, mag dahingestellt sein. Das bedingt sich aber der Verfasser des Gegenwärtigen aus, daß, da der praktische Politiker mit dem theoretischen auf dem Fuß steht, mit großer Selbstgefälligkeit auf ihn als einen Schulweisen herabzusehen, der dem Staat, welcher von Erfahrungsgrundsätzen ausgehen müsse, mit seinen sachleeren Ideen keine Gefahr bringe, und den man immer seine elf Kegel auf einmal werfen lassen kann, ohne daß sich der weltkundige Staatsmann daran kehren darf, dieser auch im Fall eines Streits mit jenem sofern konsequent verfahren müsse, hinter seinen auf gut Glück gewagten und öffentlich geäußerten Meinungen nicht Gefahr für den Staat zu wittern; - durch welche Clausula salvatoria der Verfasser dieses sich dann hiermit in der besten Form wider alle bössliche Auslegung ausdrücklich verwahrt wissen will.“¹

Zur Ambivalenz europäischer Visionen

Über 200 Jahre nach Kant bleibt dieser Text weiterhin bedenkenswert. Er verweist auf den die Geschichte durchziehenden Konflikt zwischen dem Visionär und dem Politiker. Wer wie der Königsberger Philosoph die Vision eines ewigen Friedens in die Welt setzt, der muss, mit dem Maß realistischer Lebenserfahrung eines Gastwirts gemessen, als Träumer erscheinen und Spott befürchten; denn er hat die Realitäten gegen sich. Doch er bekommt nicht nur den Hohn des einfachen Mannes zu spüren, sondern hat es auch mit dem „weltkundigen Staatsmann“ zu tun, der sich nicht gerne ins Handwerk pfuschen lässt und leicht dazu neigt, seine Kritiker zum Verstummen zu bringen.

Kant verwendet in seiner Einleitung keinen Gedanken auf „die Menschen überhaupt“ und auch nicht auf die kriegslüsternen Staatsoberhäupter, auf die die ambivalente Botschaft des seltsamen Wirtshausschildes wohl in erster Linie abzielen dürfte. Und wenn wir unsere, im zurückliegenden Jahrhundert gewonnenen Erfahrungen zugrunde legen, dann erinnern auch wir uns beim Anblick jenes Schildes in erster Linie an verheißungsvolle Visionen von einem „ewigen Frieden“, die geradewegs in Krieg und Vernichtung hineinführten und einen von Friedhöfen übersäten Kontinent hinterließen.

¹ I. Kant: Zum ewigen Frieden, R. Malter (Hg.), Reclam 1984, S. 3

Europa - eine Vision. Bei diesem Thema können wir nicht naiv davon ausgehen, dass Visionen mit ihren Verheißungen immer nur Gutes bewirken, dass sie ungeprüft und unreflektiert als Leitbilder einer gerechten und friedlichen Gestaltung unseres leidgeprüften Kontinents unsere volle Bejahung und Unterstützung finden. Es gibt, wie wir erleben mussten, Visionen, die anfangs eine Faszination ausüben und Massen zu gläubiger Hingabe bewegen können, um am Ende statt des ersehnten Glücks Unheil und Verderben über andere und über sie selbst zu bringen. Von den Verkündern solcher Visionen gilt das Wort des Propheten Jeremia: „Sie verführen mein Volk durch ihre Lügen“ (Jer 2,3,32) und „möchten meinen Namen in Vergessenheit bringen...“ (Jer. 23,27)

Die unheilvolle Vision des Nationalsozialismus

Eine derartige Vision, mit der das Volk durch Lügen verführt wurde und Gottes Name in Vergessenheit gebracht werden sollte, war die nationalsozialistische Verheißung eines „Tausendjährigen Reiches“. Sie kleidete sich zunächst in das für viele faszinierende Gewand einer Selbstinszenierung nationaler Macht und Größe, welche die, wie man sagte, Schande von Versailles, vergessen machen sollte. Die Reinheit germanischen Blutes wurde gleichsam in den Rang eines erlösenden Kults erhoben, und dies mit der Konsequenz einer Eliminierung alles Fremdrassigen. Unter der Losung „Die Juden sind unser Unglück“ setzten die braunen Machthaber und ihre willfährigen Helfer eine in der Geschichte beispiellose Vernichtungsmaschinerie in Gang, beginnend mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933, einem beschämenden Tag deutscher Feigheit, über den Brand der Synagogen am 9. November 1938 bis zu den Deportationen in die Gaskammern von Auschwitz-Birkenau. Und die nächsten in der Gruppe der rassisch Verfemten waren neben den Romas und Sintis die Slawen, Polen wie Russen, die bestenfalls dem germanischen Herrenvolk auf ewig zu dienen hatten. Zu welchem mörderischen Größenwahn diese rassistisch bedingte Vision fähig war, illustriert der leider zu wenig bekannte „Generalplan Ost“ des Himmler unterstellten Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).² Danach sollte im Osten nach siegreichem Kriegsende ein germanisch besiedelter „Lebensraum“ von der doppelten Größe der jetzigen Bundesrepublik entstehen. Um die Reinrassigkeit dieses weit über Polen nach Russland hinreichenden Gebiets zu gewährleisten, war eine sogenannte „Entmischung“ der Rassen geplant. So erklärte Himmler 1942: „Unsere Aufgabe ist es, den Osten nicht im alten Sinne zu germanisieren, das heißt, den dort wohnenden Menschen deutsche Sprache und deutsche Gesetze beizubringen, sondern dafür zu sorgen, daß im Osten nur Menschen wirklich deutschen Blutes wohnen.“³ Konkret bedeutete dies den geplanten Mord an rund 40 Millionen Slawen, denen es - um in der Sprache der Nazis zu sprechen - an den zur „Eindeutschung“ notwendigen „rassisch wertvollen Elementen“ mangelte. Nach den Berechnungen der Planer würden dann noch ca. 14 Millionen Arbeitssklaven

² I. Heinemann: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003; C. Madajczyk (Hg.): Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. Dokumente, München 1994; M. Rössler / S. Schleiermacher (Hg.): Der „Generalplan Ost“, Berlin 1993

³ Ausspruch Himmlers in: Deutsche Arbeit. Die volkstumpolitische Monatsschrift, 42. Jahrgang, Heft 6/7 1942. Hier zitiert nach: J. Ackermann, Heinrich Himmler als Ideologe, Göttingen 1970, S. 205

übrig bleiben. Welches ihr Schicksal sein sollte, fasste Himmler 1942 vor SS- und Polizeiführern wie folgt zusammen:

„Wir haben diesem Volk keine Kultur zu bringen. Ich kann Ihnen wörtlich nur das wiederholen, was der Führer wünscht. Es genügt,

1. wenn die Kinder in der Schule die Verkehrszeichen lernen, damit sie uns nicht in die Autos laufen,
2. wenn sie das kleine Einmaleins bis 25 lernen, damit sie soweit zählen können, und
3. wenn sie noch ihren Namen schreiben können; mehr ist nicht nötig.“⁴

Die gescheiterte kommunistische Vision von einem „Paradies auf Erden“

Die Vision eines Tausendjährigen Reiches währte zwölf Jahre und hinterließ einen materiell und seelisch verwüsteten Kontinent. Der zweiten unheilvollen Vision des 20. Jahrhunderts, nämlich der eines kommunistischen Paradieses, war eine längere Lebensdauer beschieden. Auch sie übte, wenngleich auf gänzlich andere Weise als der Nationalsozialismus, auf Massen und Eliten eine Faszination aus. Ihre Verkünder verhießen eine endgültige Humanisierung des einzelnen Menschen wie der Gesellschaft im Ganzen. Ausgangspunkt der Marxschen Vision ist ein spezifischer Begriff der Arbeit im Sinne eines dialektischen Verhältnisses von Mensch und Natur, und dies auf der Folie des Frühkapitalismus mit seinen zugegebenermaßen empörenden Zügen einer Dehumanisierung. Marx bringt hier den Begriff der Entfremdung ins Spiel. Er gibt dem von Hegel entlehnten Begriff einen gänzlich neuen Sinn, indem er ihn auf die Situation der frühkapitalistischen Industriegesellschaft bezieht „in welcher der Arbeiter sich selbst in seiner Arbeit und durch sie entfremdet; und dies in mehrfacher Weise: durch die Fremdheit der von ihm verrichteten Arbeit, in der er „außer sich“ ist, sich „unglücklich fühlt“ und sich bis zur „Selbstaufopferung“ entäußert; durch das Produkt seiner Arbeit, das ihm „als ein fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht“ gegenüber tritt; dadurch, dass er weder Eigner des Produkts, noch der Mittel zu seiner Herstellung ist, sondern diese einem anderen gehören, der letztendlich auch über ihn verfügt; schließlich dadurch, dass als Folge all dessen der Mensch seinem Mitmenschen fremd wird.“⁵

Die Entfremdung steht bei Marx in einem unlöslichen Zusammenhang mit der Ausbeutung, die darin ihren Grund hat, dass der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft weder Eigentümer seiner Arbeitskraft, noch der Produktionsmittel und auch nicht des Arbeitsprodukts ist. Nur durch ihre Aufhebung könne er von seiner Entfremdung befreit und er selbst samt seiner Arbeit humanisiert werden. Dieses Ziel einer letztlich paradiesischen Welt verlange aber den Kampf der Ausgebeuteten mit der ausbeutenden Klasse. Der Marxismus untermauerte diese auf die Umwälzung der Verhältnisse abzielende Vision durch eine von der Urgemeinschaft über Sklavenhalterstaat, Feudalismus und Kapitalismus bis zu Sozialismus und

⁴Himmlers Niederschrift über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, 20. Mai 1940, S. 15. Hier zitiert nach J. Ackermann, a. a. O., S. 220

⁵K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, Leipzig 1970, S. 151-159

Kommunismus reichende Geschichtsdiagnostik eines Klassenkampfes, der erst in der durch die Diktatur des Proletariats begründeten klassenlosen Gesellschaft sein geschichtliches Endziel finden werde.

Wir wissen, wiederum durch schmerzliche geschichtliche Erfahrung, was aus dieser mit ethischem Anspruch versehenen Vision geworden ist: Kein Ende, sondern lediglich neue Formen der Entfremdung: Anstelle einer der Selbstverwirklichung des Menschen in all seinen humanen Dimensionen dienenden Freiheit eine von der herrschenden Partei vorgegebene Einsicht in scheinbare Notwendigkeiten; statt eines paradiesischen Friedens in einer klassenlosen und gerechten Gesellschaft der ständige Kampf gegen Millionen wirklicher oder vermeintlicher Feinde des Systems, ihre entwürdigende Vorführung in Schauprozessen, ihre Folterung und Ermordung in den Kellern der Geheimdienste, ihr Dahinvegetieren und Sterben in zahllosen sibirischen Arbeitslagern.

Absage an jede Form von Totalitarismus

Es wäre eine Form von Geschichtsvergessenheit, würden wir bei der Frage nach der Vision Europa die Erinnerung an unsere leidvolle Erfahrung mit den totalitären Systemen des letzten Jahrhunderts aussparen. Wie unterschiedlich diese beiden in Erinnerung gerufenen verhängnisvollen Visionen samt ihrer rücksichtslosen Umsetzung auch sein mögen, in manchen Elementen stimmten sie überein. Beide beanspruchten den Europa nur im Ganzen zukommenden Universalismus in ideologischer Ausschließlichkeit für sich; beide reduzierten die Komplexität und Vielfalt Europas auf ein partikulares, höchst fragwürdiges Element - der Nationalsozialismus auf die Rasse, der Marxismus-Leninismus auf eine revolutionäre, alle Bereiche umfassende Sozialisierung der Gesellschaft. Bei beiden handelte es sich um totalitäre Systeme, die auf der Herrschaft einer einzigen Partei basierten und auf eine alles ihnen Fremde eliminierende Einheit des Volkes bzw. der Gesellschaft abzielten. Ein solches Einheitsverständnis ließ keinen Pluralismus zu und war mit einer totalen Missachtung der Menschen- und Bürgerrechte verbunden. Beiden Visionen lag ein von der Hybris der Macht gezeichnetes totalitäres Einheitsmodell zugrunde, über das die Geschichte ihr Urteil gefällt hat. Doch es wurde nicht in allen Teilen Europas in gleicher Weise wahrgenommen. Ohne im einzelnen auf den komplizierten Auflösungsprozess der UdSSR und Jugoslawiens einzugehen, sei gesagt, dass man zumal auf dem Balkan noch Jahre danach an totalitären Integrationsmodellen festhielt, wobei die Ideologie des Marxismus-Leninismus gegen einen Ethnonationalismus eingetauscht wurde. Die verführerische Macht des Nationalismus als Ersatz für die abgewirtschaftete Vision des Marxismus-Leninismus war nicht ohne eine gewisse Logik. In den Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Systemen spielten bekanntlich im gesamten ehemaligen kommunistischen Machtbereich die unterdrückten nationalen Traditionen als subversive Kraft des Widerstandes eine bedeutende Rolle. Die Besinnung auf die eigene nationale Tradition besaß in den einzelnen Ländern - denken wir etwa an Polen und das Baltikum - einen hohen Anteil an der Überwindung des Kommunismus. Nationalismus ist somit nicht gleich Nationalismus. Im Freiheitskampf der Völker kann er eine emanzipatorische Funktion erfüllen, doch nach gewonnener

Freiheit steht er in der Gefahr, seine repressive, gegen alles ethnisch Fremde gerichtete Kehrseite zu offenbaren. So kommt es leicht zu einer verhängnisvollen Ethnisierung der Politik, mit der zur angeblichen Wahrung der eigenen kulturellen und nationalen Identität „ethnische Säuberungen“ betrieben und territoriale Ansprüche erhoben werden. So ist denn auch der Ethnonationalismus eine Vision repressiver Integration, bei der Merkmale wie Sprache und Religion politisch instrumentalisiert werden. Zu welchen kriegerischen Verwicklungen, Massenmorden, Vertreibungen und Flüchtlingsströmen dies geführt hat, mussten wir Ende des letzten Jahrhunderts auf dem Balkan erleben.

Europa - ein schwer definierbarer Kontinent

Europa - eine Vision. Eine kühne, aber auch eine im wahrsten Sinne des Wortes fragwürdige These. Denn sie besagt ja nicht nur, dass die Geschichte unseres Kontinents an Visionen, Vorstellungen, Entwürfen und Utopien reich ist; gemeint ist auch, dass Europa selbst eine Vision ist und dass die Fülle an europäischen Visionen dafür die Bestätigung liefert.

Dass wir überhaupt von Europa im Sinne einer Vision sprechen, hängt offenbar damit zusammen, dass sich Europa jeder Definition zu entziehen scheint. Schon bei dem Versuch, Europa geographisch zu bestimmen, geraten wir in Schwierigkeiten. Mag unser Kontinent nach Westen und Süden noch relativ leicht durch Meere zu begrenzen sein, so lässt die Weite östlicher Ebenen kaum eine Begrenzung zu. Und erscheint nicht, von Asien aus gesehen, Europa lediglich als geographischer Wurmfortsatz?

Die Frage kompliziert sich weiter bei dem Versuch, Europa historisch, kulturell und politisch auf den Begriff zu bringen. Der Versuch muss scheitern, führt er doch dazu, dass sich Europa gleichsam unter der Hand in eine Vielzahl widersprüchlicher Fragmente auflöst. Wenn wir „Europa“ sagen, meinen wir zwar damit eine Ganzheit, etwas Einheitliches, doch bei näherem Nachdenken erweist sich „Europa“ als ein Sammelbegriff höchst unterschiedlicher Inhalte.

In der Antike und im Römischen Imperium galt der die drei Erdteile Asien, Afrika und Europa verbindende Mittelmeerraum als Zentrum der Welt. Jenseits seiner Grenzen lebten „Barbaren“. Auch das gehört zur Vision Europa, dass der mit Abgrenzung nach außen eng verbundene Europabegriff, ausgehend von den Griechen über das Römische Imperium und das christliche Mittelalter bis in unsere Zeit hinein eine erstaunliche Kontinuität aufweist.

Durch den arabisch-islamischen Vorstoß im Frühmittelalter und die Bildung des Karolingerreiches verschob sich das Zentrum nach Westen. Erstmals taucht nun der Begriff „Europa“ auf, als Bezeichnung des Karolingerreiches. Das Paderborner Epos Karolus Magnus et Leo Papa, das über das Treffen Karls des Großen mit Papst Leo III. in der Paderborner Königspfalz berichtet, nennt Karl „papa Europae“. Damit wird „Europa“ für die Zeit des Mittelalters zum Synonym für die westliche Christenheit.

Mit dem Schisma des Jahres 1054 kam es dann zur tiefgreifenden und nachhaltigen religiös-kulturellen Spaltung unseres Kontinents in den lateinischen Westen und den byzantinischen Osten. Diese Spaltung ist zwar für die in die Europäische Union aufgenommenen orthodoxen Völker teilweise politisch überwunden, doch das Spannungsverhältnis unterschiedlicher Kulturen bleibt bestehen, und es wird eines intensiv zu führenden Dialogs der Kulturen und Religionen bedürfen, damit sich dieses traditionelle Spannungsverhältnis als europäische Bereicherung und nicht als Sprengkraft erweist. Diese Problematik dürfte sich unter dem Aspekt eines möglichen EU-Beitritts der islamisch geprägten Türkei noch um einiges verschärfen.

Von der ursprünglich christlichen Vision Europas zu den Visionen der Aufklärung

Bezeichnenderweise geht dem für Europa so bedeutsamen Einfluss des Christentums selbst eine Vision voraus. So berichtet die Apostelgeschichte im 16. Kapitel, wie der Heilige Geist die Missionspläne des Paulus durchkreuzt, ihn daran hindert, das Wort Gottes weiterhin in der Provinz Asien zu verkünden, und wie er nach einigem Hin und Her in der Hafenstadt Troas ankommt. „Dort hatte Paulus - so heißt es wörtlich - in der Nacht eine Vision. Ein Mazedonier stand da und bat ihn: Komm herüber nach Mazedonien, und hilf uns! Auf diese Vision hin wollten wir sofort nach Mazedonien abfahren; denn wir waren überzeugt, daß uns Gott dazu berufen hatte, dort das Evangelium zu verkünden.“ (Apg. 6, 9-10)

Mit der Überfahrt des Paulus nach Mazedonien gelangt die Botschaft des Evangeliums nach Europa. Entsprechend der Konzeption des Verfassers der Apostelgeschichte erreicht der Glaube, ausgehend von Jerusalem, seiner jüdischen Wurzel, über Athen und weitere griechische Städte das ferne heidnische Rom. Mit der Ankunft des Paulus im Zentrum des römischen Reiches endet denn auch konsequenterweise die Chronik der „Taten der Apostel“.

Die Bedeutung des Christentums für die Gestaltwerdung Europas ist unbestritten. Es blieb bis zur Neuzeit der zwar nicht einzige, aber doch wesentliche Gestaltungsfaktor unseres Kontinents. Mit den Glaubensspaltungen des 16. Jahrhunderts, den Religionskriegen, dem Prinzip cuius regio, eius religio als Grundlage für die Herausbildung von Nationalkirchen und deren politische Instrumentalisierung büßte das Christentum für die Einheit Europas an integrativer Kraft ein. Anstelle der bisherigen christianitas trat nunmehr unter dem Einfluss des Humanismus die Vision einer durch die lingua franca geeinten und sich von der Schicht der Ungebildeten abhebenden Gelehrtenrepublik. Mit ihr wurde zugleich der in der Aufklärung ausbrechende Konflikt zwischen Vernunft und Glaube vorbereitet.

Die westeuropäische Aufklärung, die auf dem Hintergrund der Glaubenskämpfe und Religionskriege als ein Protest der Vernunft gegen eine leidvoll erfahrene Geschichte verstanden werden kann, tendierte in ihren Visionen dahin, die Friedensordnung eines geeinten Europas nicht mehr auf das Christentum, sondern auf Vernunft und das aus ihr abgeleitete Naturrecht zu begründen. Aus Nordamerika meldete sich der englische

Quäker William Penn, der Gründer Pennsylvaniens, mit seiner „Schrift für den gegenwärtigen und künftigen Frieden in Europa“ (1692) zu Wort. Der französische Abbé de Saint-Pierre (1658-1743), dessen Werk nicht weniger als 23 Bände umfasst, sah die Einheit Europas und mit ihr die Sicherung des Friedens nur in einer alle Staaten umfassenden Rechtsgemeinschaft, einer förmlichen Union also, garantiert. Kant, der sich ausdrücklich auf den Abbé beruft, geht in seinem eingangs erwähnten Traktat „Zum ewigen Frieden“ über die Staatstheorien seiner Zeit hinaus, indem er nicht nur für eine demokratische (Rousseau) und durch Gewaltenteilung (Montesquieu) bestimmte staatliche Ordnung eintritt, sondern sich dafür ausspricht, dass die Staaten untereinander ihre Beziehungen nach der Vernunft regeln und Ruhe und Sicherheit durch eine umfassende Rechtsordnung anstreben: „Für Staaten, im Verhältnis untereinander, kann es nach der Vernunft keine andere Art geben, aus dem gesetzlosen Zustand, der lauter Krieg enthält, herauszukommen, als daß sie, ebenso wie einzelne Menschen, ihre wilde (gesetzlose) Freiheit aufgeben, sich zu öffentlichen Zwangsgesetzen bequemen und so einen (freilich immer wachsenden) Völkerstaat, der zuletzt alle Völker der Erde befassen würde, bilden.“⁶ Mit seinem Postulat eines „Föderalismus freier Staaten“ nimmt Kant Vorstellungen vorweg, die nun über 200 Jahre später mit der Schaffung der Europäischen Union ihre Verwirklichung finden. Zu seiner Zeit hatten sie indes - ganz im Sinne der zitierten Einleitung zu Kants „Zum ewigen Frieden“ - keine Chance politischer Umsetzung. Kant blieb, wie andere auch, ein „Rufer in der Wüste“.

Die Vision Europa aus der Erschütterung zweier Weltkriege

Auch im 19. Jahrhundert fehlte es nicht an Visionen einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Doch umgesetzt wurde zu ihrer Zeit keine von ihnen. Die europäischen Staaten blieben auf ihre Souveränität bedacht und wachten eifersüchtig darüber, dass das Gleichgewicht der Kräfte gewahrt blieb und keine Macht über alle anderen eine Vormachtstellung erringen konnte. Dabei waren sie - wie das Beispiel der polnischen Teilungen zeigt - durchaus nicht zimperlich, der „balance of power“ die Souveränität eines schwächeren Staates zu opfern.

Erst das mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Millionen Toten offenbar gewordene Scheitern europäischer Gleichgewichtspolitik rief erneut Visionäre einer Einheit Europas auf den Plan: Der katholisch-konservative Kreis um die Zeitschrift „Abendland“ verfolgte Ordnungsvorstellungen einer sich am Mittelalter orientierenden rückwärts gewandten Utopie. Verschiedene, von Friedrich Naumanns Schrift „Mitteleuropa“ beeinflusste Konzeptionen bestimmten den intellektuellen Diskurs. Der österreichische Graf Coudenhove-Kalergi rief mit seiner 1923 veröffentlichten Schrift „Paneuropa“ eine gleichnamige Bewegung ins Leben. Ohne politisches Mandat, doch mit guten Beziehungen zu führenden europäischen Politikern, war Coudenhove-Kalergi bemüht, die Staatsmänner seiner Zeit für seine Vision einer Föderation europäischer Staaten zu gewinnen, allerdings unter Ausschluss der englischen Kolonialmacht und der ideologisch-politisch nicht integrierbaren Sowjetunion. Doch seine Paneuropa-Union

⁶ Hier zitiert nach E. Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd. 2, Frankfurt 1974, S. 1051f

mit einigen tausend idealistisch gesinnten Mitgliedern blieb mit der Bildung des Völkerbundes an Stelle einer europäischen Föderation, politisch einflusslos. Coudenhove-Kalergi sah in ihm lediglich einen „zahnlosen Tiger“, eine Prognose, die sich auf unheilvolle Weise bestätigen sollte. Sein „Europäisches Manifest“ vom 1. Mai 1924 vermochte es nicht, die Volksmassen und Staatsmänner Europas aufzurütteln. Geradezu prophetisch heißt es darin: „Ein zersplittertes Europa führt zu Krieg, Unterdrückung, Elend, ein einiges Europa zum Frieden, zur Freiheit, zum Wohlstand. Ist einmal dieses Entweder-Oder in seiner ganzen Bedeutung den Europäern klar, dann mag jeder Europäer wählen, welchen dieser beiden Wege er gehen will: den Weg der europäischen Anarchie oder den der europäischen Organisation; den Weg des Todes - oder den des Lebens.“⁷

Mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus war der Weg des Todes vorgezeichnet. Es bedurfte einer gegenüber dem Ersten Weltkrieg noch um vieles größeren Vernichtung und Selbsterstörung, um die Vision eines friedlich geeinten Europas wieder aufleben zu lassen. Interessanterweise waren es die Widerstandsbewegungen in den okkupierten Ländern, aber auch in Italien und Deutschland, die auf den reichen Schatz an föderativen Europavisionen zurückgriffen und ihre in den Grundlagen übereinstimmenden Nachkriegspläne eines geeinten und friedlichen Europas entwickelten und in Umlauf brachten.⁸

In der unmittelbaren Nachkriegszeit kam es zur Bildung starker Basisbewegungen, deren Europavorstellungen miteinander konkurrierten: Die konservativ-katholischen „Abendländer“ formierten sich neu und waren mit ihrer die mittelalterliche Ordnung neu belebenden Vorstellung eines christlich geprägten, strukturell autoritären Europas bis in die 1960er Jahre politisch einflussreich. Anders die 1949 gegründete Europa-Union, die sich nicht nur durch ihren weltanschaulichen Pluralismus und eine straffe Organisation von den „Abendländern“ unterschied, sondern auch durch die von Eugen Kogon, ihrem linkskatholischen ersten Präsidenten, vertretene Idee eines Europas der „dritten Kraft“. Diese wurde allerdings unter dem Druck des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts zugunsten einer deutlichen „Westernisierung“ aufgegeben, womit der Verband auf die von der Politik vorgegebene funktionalistische Linie europäischer Integration einschwenkte.⁹

Die Aufbruchsstimmung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die Hoffnung genährt, dass es diesmal nicht wieder zum Konflikt zwischen dem Visionär, den man „seine elf Kegel“ ruhig werfen lässt, und dem „weltkundigen Staatsmann“, der sich um dessen „sachleere Ideen“ nicht weiter kehrt, kommen würde. Die durch den Krieg ausgelöste Erschütterung war so tiefgreifend, dass sich bereits knapp drei Jahre nach

⁷ Hier zitiert nach F. Niess: Die europäische Idee - aus dem Geist des Widerstands, Frankfurt 2001, S. 20

⁸ Vgl. die umfangreiche, von W. Lipgens herausgegebene Sammlung von Dokumenten: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945, München 1968

⁹ Vgl. zur Problematik unterschiedlicher Europavorstellungen die Arbeit von V. Conze: Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970), München 2005

Kriegsende und noch vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland Politiker, Intellektuelle und Künstler unter Beteiligung einer starken westdeutschen Delegation vom 7. - 10. Mai 1948 zum Haager Kongress trafen, um die Zukunft Europas zu beraten und erste Weichenstellungen zu beschließen. Die abschließende „Botschaft an die Europäer“ beinhaltet vier Absichtserklärungen und eine Verpflichtung politischer Strategie:

- „1. Wir wollen ein geeintes, in seiner ganzen Ausdehnung dem freien Verkehr von Menschen, Ideen und Gütern offenstehendes Europa.
2. Wir wollen eine Charta der Menschenrechte, die Gedankenfreiheit, Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sowie freie Ausübung einer Opposition garantiert.
3. Wir wollen einen Gerichtshof, der in der Lage ist, notwendige Sanktionen zu verhängen, damit diese Charta respektiert wird.
4. Wir wollen eine Europäische Versammlung, in der die Kräfte all unserer Nationen vertreten sind.
5. Und wir gehen offen und ehrlich die Verpflichtung ein, mit all unseren Kräften [...] die Menschen und Regierungen zu unterstützen, die an diesem Werk zum Wohle aller arbeiten. Das ist die größte Friedenschance und Unterpfand einer großen Zukunft für unsere und die folgenden Generationen.“¹⁰

Diese von einer breiten Zustimmung getragene Absichtserklärung ist Ausdruck eines aus den leidvollen Erfahrungen des Krieges resultierenden Aufbruchs zu einem neuen, geeinten Europa. Aber sie bleibt doch hinter dem zurück, was sich die Kongressmitglieder europäischer Basisbewegungen erhofft hatten. Sie konnten sich mit ihrer Initiative eines großen Schritts nicht durchsetzen. Ihr Wunsch nach Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, welche die Grundlagen für eine das freie, westliche Europa umfassende Föderation legen sollte, blieb unerfüllt. Zu dem dazu erforderlichen Souveränitätsverzicht waren die ihre Nationalstaaten vertretenden Politiker nicht bereit. So erscheint der Haager Kongress im Rückblick als Weichenstellung zu einem funktionalistisch voranschreitenden europäischen Integrationsprozess. Seine erste institutionalisierte Form ist der ein Jahr nach dem Haager Kongress am 5. Mai 1949 gegründete Europarat. Mit seiner Bildung wurde die Absichtserklärung der „Botschaft an die Europäer“ teilweise politisch umgesetzt und ein Forum enger europäischer Konsultation und Zusammenarbeit geschaffen.

Die endliche Realisierung einer Vision Europa

Über ein halbes Jahrhundert nach dem Haager Kongress können wir mit Befriedigung feststellen, dass Westeuropa den vorgezeichneten Weg beschritten hat. Es waren die christlichen Politiker Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer, welche die Grundlagen für die Architektur eines geeinten Europas mit der Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) legten. Mit der Unterzeichnung des Pariser Vertrags (1951) durch die Bundesrepublik Deutschland,

¹⁰ F. Niess, a. a. O., S. 217f

Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten wurde der erste Schritt zu einer europäischen Föderation getan. Damit wurden die für die damalige Zeit kriegswichtigsten Güter einer gemeinsamen Kontrolle unterstellt und die Bundesrepublik in ein übergreifendes System eingebunden, um Europa für alle Zukunft vor den verhängnisvollen Gefahren eines deutschen Sonderweges zu bewahren. Gewiss wirkte auch der sich verschärfende Ost-West-Konflikt integrierend, doch sollte die zunächst auf Westeuropa beschränkte Europäische Gemeinschaft für die Völker unter der Herrschaft der Sowjetunion offen bleiben: „Wir müssen - wie Robert Schuman 1963 erklärte - das geeinte Europa nicht nur im Interesse der freien Völker errichten, sondern auch, um die Völker Osteuropas in diese Gemeinschaft aufnehmen zu können, wenn sie - von den Zwängen, unter denen sie leiden, befreit - um ihren Beitritt und unsere moralische Unterstützung nachsuchen werden. Wir schulden ihnen das Vorbild des einigen, brüderlichen Europa. Jeder Schritt, den wir auf diesem Wege zurücklegen, wird für sie eine neue Chance darstellen. [...] Unsere Pflicht ist es, bereit zu sein.“¹¹

Der erste entscheidende Schritt in diese Richtung erfolgte nach dem Fall der Berliner Mauer am 3. Oktober 1991 mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. 2004 traten die baltischen und ostmitteleuropäischen Staaten der Europäischen Union bei. Am 1. Januar 2007 folgten ihnen Bulgarien und Rumänien in die europäische Gemeinschaft.

Das Erbe der Europavision ostmitteleuropäischer Staaten

Visionen lassen sich nicht herbeizaubern. Die Überlegungen haben eines deutlich gemacht - dass sich die Visionen von der Einheit Europas am Widerspruch gegen einen als belastend empfundenen gesellschaftlichen status quo entzündeten und tiefgreifende Erschütterungen zur Voraussetzung hatten. Auch wenn in unseren Tagen nicht alles zum Besten steht - Erschütterungen, die neue Visionen hervorbringen könnten, sehe ich nicht.

Wenn wir somit, wie ich meine, in einer Zeit leben, in der es an neuen Visionen mangelt, so gibt es doch Visionen, deren die Europäische Union bedarf, um ihr Dauer zu verleihen. Gemeint sind jene Visionen, die den europäischen Umbruch des Jahres 1989 bewirkten, die Osterweiterung der EU erst möglich gemacht haben und die heute mit wachsendem zeitlichen Abstand in Gefahr stehen, vergessen zu werden.

Die Visionen, von denen hier die Rede ist, fanden bereits in den 1980er Jahren in einer durch polnische, tschechische und ungarische Oppositionsgruppen verbreiteten Formel ihren Ausdruck: „Rückkehr nach Europa!“ Es handelte sich zunächst um einen gegen die Hegemonie der UdSSR gerichteten Protestbegriff, um eine Auflehnung gegen die nach Kriegsende in Jalta von den drei Siegermächten vereinbarte europäische Nachkriegsordnung. „Rückkehr nach Europa“ - das meinte die Rückgewinnung verloren

¹¹ Hier zitiert nach J. Homeyer: Europa eine Seele geben; in: OST-WEST. Europäische Perspektiven, 1/2001, S. 18

gegangener staatlicher Souveränität, ein Ende der Spaltung Europas, den Anspruch auf Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis, von dem man gewaltsam und wider Willen getrennt worden war. „Rückkehr nach Europa“ schloss aber auch die Verpflichtung zur Solidarität im Kampf um die unterdrückten Menschen- und Bürgerrechte ein, sie von den Mächtigen einzufordern und unter den gegebenen Bedingungen selbst zu verwirklichen. Damit verbunden war ein bestimmtes Europaverständnis, das nicht in erster Linie die europäischen Institutionen, den Binnenmarkt und die komplizierten Entscheidungsabläufe meint, sondern das tragende Fundament einer auf ethischen Werten basierenden kulturellen Einheit unterschiedlicher nationaler Traditionen. Also ein Europa im Sinne einer Wertegemeinschaft. Doch dieses Europaverständnis hat – auch in den ehemals kommunistisch beherrschten Ländern – an Kraft und Bedeutung eingebüßt. Das noch unter kommunistischer Unterdrückung in den ostmitteleuropäischen Ländern gewonnene europäische Bewusstsein ist gegenüber den für den EU-Beitritt erforderlichen, mit vielen sozialen Belastungen und Verwerfungen verbundenen wirtschaftlichen Transformationsprozessen, aber auch durch eine Häufung hausgemachter innenpolitischer Querelen in den Hintergrund getreten. Und doch braucht Europa den aus der damaligen Vision resultierenden geistigen Impuls, damit die wie auch immer verankerten Grundwerte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sich als tragende Kraft und dauerhafte Grundlage der Union erweisen.

Die Geschichte unseres Kontinents hat uns mehrfach das Unvermögen vor Augen geführt, die Vision eines friedlich geeinten Europas in die Tat umzusetzen. Auch wenn wir das Glück haben, in einer Zeit zu leben, die uns angesichts der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einsetzenden Erfolgsgeschichte europäischer Integration hoffen lässt, dass das mehrfach misslungene Experiment nunmehr gelingt – ein von jeder Gefahr des Scheiterns befreiter Selbstlauf ist die Europäische Union nicht. Sie kann sich immer noch – um den Titel einer Untersuchung von Tony Judt zu zitieren – als „Große Illusion“¹² herausstellen.

Gewiss, wir haben die Chance auf ein Europa, das – in Frieden geeint – die Pluralität der nationalen, kulturellen und religiösen Identitäten wahrt, Vormachtstellungen einzelner Staaten ausschließt, Interessengegensätze durch Kompromisse regelt und seine Integrationskraft nicht aus äußerer Bedrohung und durch Kultivierung von Feindbildern bezieht. Aber vielleicht droht Gefahr von einer ganz anderen Seite. Erweist sich möglicherweise die Europäische Union zwar institutionell stark genug, um allen desintegrativen Tendenzen wirksam entgegen zu wirken, aber zu schwach, um als Wertegemeinschaft Bestand zu haben? Liegt nicht der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise ein verhängnisvoller Verlust an ethischen Werten eines zügellosen Kapitalismus zugrunde? Ist nicht die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die wir gegenwärtig in den Ländern Europas beobachten, ein Warnsignal? Verleitet nicht die Knappheit der Mittel für Gesundheit und Alterssicherung, verbunden mit einer Rationalisierung medizinischer Ressourcen, zu einer Nutzen-Kosten-Rechnung, die –

¹² T. Judt: Die Große Illusion. Herausforderungen und Gefahren einer Idee, München/Wien 1996

ohne ethische Rückbindung - zu Bewertungskriterien führt, die einer Unterscheidung von lebenswertem und lebensunwertem Leben gefährlich nahe kommt? Was nützt uns am Ende ein Europa, in dem die Grundwerte auf diese oder andere Weise ausgehöhlt werden?

Diese Rückbesinnung auf ethische Grundwerte ist auch angesichts der gegenwärtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Krise im Euroraum vonnöten. Wenn nicht alles täuscht, dann wird sich ihre Bewältigung als Nagelprobe für den Bestand der Europäischen Union erweisen. Die Krise mag durch die globale Auswirkung der Erschütterung mit bedingt sein, von der die USA im letzten Jahrzehnt durch das Zerplatzen der Immobilienblase betroffen war. Bankenzusammenbrüche waren die Folge. Auch Finanzinstituten der Euroländer drohte die Gefahr, mit in den Abgrund gerissen zu werden und mussten durch staatliche Interventionen in Milliardenhöhe vor dem Bankrott gerettet werden. Aber es wäre zu einfach, die bis heute unbewältigte Krise im Euroraum allein dem amerikanischen Debakel anzulasten. Sie ist vielmehr hausgemacht. Bereits vor der Krise zeigten die sogenannten PIGS-Staaten Portugal, Italien, Griechenland und Spanien enorme Haushaltsdefizite und eine weit überhöhte Staatsverschuldung. Hinzu kamen durch mangelnde Wettbewerbsfähigkeit bedingte niedrige Wachstumsraten – insgesamt eine Entwicklung mit verheerenden sozialen Folgeerscheinungen. Sie betreffen vor allem die hohe Arbeitslosigkeit, von der vor allem die junge Generation in ihrer Perspektivlosigkeit betroffen ist.

Hat sich mit dieser Krise die Vision Europa als trügerisch herausgestellt? Mit Einführung der Währungsunion hatte man sich ein Europa der Stabilität und vertiefter Einheit versprochen. Man hatte gehofft, dass die dazu geschaffenen Instrumente einer Kontrolle der Währungspolitik der Mitgliedstaaten durch die Europäische Zentralbank sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt für das notwendige wirtschaftliche Gleichgewicht sorgen würden. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Vielmehr hat die wirtschaftliche Diskrepanz zwischen den nördlichen und südlichen Euroländern eine kritische Zuspitzung erfahren. Um ein Zerbrechen der Währungsunion zu verhindern, sind immer neue Bürgschaften und Hilfspakete als Ausdruck europäischer Solidarität erforderlich. Die Angst geht um, die Vision Europa könne sich am Ende als unbezahlbar herausstellen und den eigenen Wohlstand gefährden. So wächst der Widerstand in den reicheren Ländern. Erstmals trat mit der Allianz für Deutschland (AfD) eine Partei zur Bundestagswahl an, die sich dieser Solidarität verweigert und in einer Auflösung der Währungsunion den Königsweg aus der Krise sieht. Auch wenn sie den Eintritt in den Bundestag knapp verfehlte, so wird sie wohl bei anhaltender Krise einen wachsenden Zulauf erhalten. Nun rächt es sich, dass die Vision einer politischen Union Europas weit hinter den mit Einführung der Währungsunion notwendigen Erfordernissen zurück blieb und es sich zu bewahrheiten scheint, dass ohne eine Europäisierung der Staatshaushalte der Mitgliedstaaten eine Währungsunion keinen dauerhaften Bestand hat. Damit steht mit dieser Krise nichts weniger auf dem Spiel als die Vision Europa als solche.

Hubert Luszczynski¹

Die Bedeutung deutsch-polnischer Schulpartnerschaften

Vorbemerkungen:

Jubiläen werden vom Kalender diktiert. Manchmal gibt es sogar Doppeljubiläen: Während das Gesamteuropäische Studienwerk auf 60 Jahre seines Bestehens zurückblicken darf, liegt meine Erstbegegnung mit dem gesamteuropäischen Haus in der Südfeldstraße in Vlotho genau 25 Jahre zurück. Aber auch bei Doppeljubiläen bietet sich die einmalige Chance zum Innehalten, um Bilanz zu ziehen und Antworten auf drei einfache Fragen zu suchen: Was war? Was ist? Was soll sein? - Vor dem Hintergrund meiner nunmehr schon ein Vierteljahrhundert umfassenden Zusammenarbeit mit dem Gesamteuropäischen Studienwerk möchte ich diese drei Fragen im Hinblick auf die Bedeutung deutsch-polnischer Schulpartnerschaften beleuchten.

Vera Birkenbihl formulierte einmal in einem Vortrag ganz schlüssig: „Wie man startet, so landet man!“ – Diese Erkenntnis beschreibt bereits die Quintessenz meiner Beziehungen zum Gesamteuropäischen Studienwerk: So erhielt ich im Februar 1989 im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung GmbH in Stuttgart vom damaligen Leiter der Studienwerks Dr. Theo Mechtenberg eine „Einladung zu einer Tagung in Zusammenarbeit mit der Robert-Bosch-Stiftung vom 28.-30. April 1989“, die vom Mainzer Kultusministerium ausdrücklich unterstützt wurde. Das aus heutiger Sicht noch immer an der Einladung so bemerkenswerte war die Zielsetzung meiner ersten Tagung in Vlotho:

„(Die) Tagung (solle)...dem Erfahrungsaustausch mit Studien- und Begegnungsausfahrten nach Polen sowie Fragen des deutsch-polnischen Schüleraustauschs dienen.... In der sich gegenwärtig abzeichnenden neuen Etappe deutsch-polnischer Beziehungen halten wir es für besonders wichtig, daß jene, die sich in der Vergangenheit intensiv um entsprechende Kontakte bemüht und einen reichen Erfahrungsschatz gesammelt haben, einmal zusammenkommen, um Bilanz zu ziehen und Perspektiven künftiger Entwicklung zu diskutieren.“

Die Gründe für meine damalige Einladung bilden aus heutiger Sicht die zeitliche Klammer der inzwischen schon 25 Jahre dauernden, sehr fruchtbaren Beziehung – mit zahlreichen Vorträgen in deutsch-polnischen Lehrerseminaren und sechs Publikationen in den „aktuellen ostinformationen“ – bis heute – eine Zeit, an die ich mich immer gerne

¹ Der Autor war von 1990 bis Ende 2013 als Ltd. Regierungsschuldirektor bei der Schulbehörde in Koblenz zuständig für Gymnasien und Gesamtschulen und außerdem landesweit tätig als Koordinator für interregionale Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit den mittel- und osteuropäischen Staaten – insbesondere seit 1996 für die Zusammenarbeit im Bildungsbereich im Rahmen der Regionalpartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und der Woiwodschaft Oppeln sowie seit 2003 im Rahmen des Vierernetzwerk-Vertrags zwischen Rheinland-Pfalz, der Woiwodschaft Oppeln, Mittelböhmen und Burgund; er ist außerdem Träger der KEN-Medaille des Ministers für Nationale Bildung in Warschau, der Verdienstmedaille des Marschalls der Woiwodschaft Oppeln und der HONORIS-GRATIA-Medaille des Präsidenten der Stadt Krakau. Seit seinem Ruhestand ist er als „Freier Schulberater“ und als Experte des Deutsch-Polnischen Jugendwerks tätig.

erinnere. Was ich aber in diesen vielen Jahren als Konstante erfahren habe, war immer wieder jene Zweckbestimmung des Gesamteuropäischen Studienwerks für jene Tagung im Jahre 1989:

Das Gesamteuropäische Studienwerk bietet ein Forum für einen Erfahrungsaustausch unter engagierten Experten und eine Plattform für ihre Diskussion über Zukunftsperspektiven.

Dass es dem Gesamteuropäischen Studienwerk seit nunmehr sechs Jahrzehnten gelungen ist, ein Forum zu bieten für den Austausch von Informationen und Meinungen zur Stärkung von bewährten Formen deutsch-polnischer Begegnungen und deren behutsamen Weiterentwicklung machte und macht es bis heute zu einem starken Motor der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen im Bildungsbereich. Seine über die Landesgrenzen hinausreichende Seminararbeit findet allseits große Beachtung und eine fundierte Unterstützung durch die Zeitschrift „aktuelle ostinformationen“. Das bedeutet: Wenn sich so viele Menschen seit vielen Jahren für die europäischen Dimension in den bilateralen Beziehungen zu Polen engagieren, ist es eine lohnende Aufgabe, anlässlich seines 60jährigen die Bedeutung deutsch-polnischer Schulpartnerschaften zu bilanzieren.

Im Folgenden seien meine Ausführungen so gegliedert:

1. „Partnerschaften“ – eine Begriffsklärung am Anfang tut Not
2. Gute Gründe für den Aufbau von Schulpartnerschaften
3. Der Stellenwert der Schulpartnerschaften im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag
4. Ihr erzieherisch-pädagogischer Ertrag und ihre politische Bedeutung
5. Fazit: Eine wünschenswerte Zukunftsperspektive

1. „Partnerschaften“ – eine Begriffsklärung am Anfang tut Not

Der Schüleraustausch, also die Begegnungen von gemischtnationalen Schülergruppen an einer polnischen und an einer mit ihr in Beziehung stehenden deutschen Schule, ist in der Regel die Grundlage für eine sich hieraus entwickelnde Partnerschaft zwischen den Schulen. Wir kommen aber erst dann mit unserer notwendigen Begriffsklärung einen Schritt weiter, wenn wir uns über den Begriff „Schul-Partnerschaft“ verständigt haben, um zu ihrem relevanten Bedeutungsgehalt oder ihrem Stellenwert vorzudringen. Dabei ist zu klären: Was meinen wir mit „Partnerschaft? Welche Folgen hat dieser Partnerschaftsbegriff für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Schulen und damit zwischen den Menschen in Deutschland und Polen?

Der Kerngedanke einer Partnerschaft ist schon recht alt. Er findet sich in der Idee der Genossenschaft. Danach entsteht Partnerschaft als Zweckgemeinschaft gleicher und freier Personen, die Teil haben an der Bewältigung einer gemeinsamen Aufgabe, die ein Einzelner nicht oder nur sehr schwer erledigen könnte (Solidaritätsprinzip).

Welchen Einfluss hat eine solche Definition des Begriffs „Partnerschaft“ auf unsere Schulpartnerschaften? In Analogie zum Genossenschaftsbegriff kommen wir in der Schule mit der Idee der Projektarbeit sehr nahe an den Begriff der Partnerschaft heran. Auch bei Projekten handelt es sich um gemeinsame Vorhaben von Schülern zur Verfolgung eines gemeinsamen Zieles. Wer als Lehrerein ein Projekt begleitet, ist zwar verantwortlich für die methodisch richtigen Schritte, aber das Recht der Schüler auf Selbst- und Mitbestimmung der Inhalte bleibt davon unberührt.

Einen der wesentlichen Vorteile der Projekte liegt in der Integration aller Gruppenmitglieder. Hierbei wächst die deutsche und polnische Gruppe deshalb zusammen, weil sie auf der Grundlage einer entdeckten Interessengemeinschaft an die Arbeit gegangen ist und für die gesamte Gruppe ein wichtiges Ergebnis erzielt hat. Dank dieser identitätsstiftenden Wirkung von Projekten gelingt es, interpersonale Kontakte durch gemeinsame Sozialerfahrungen so herzustellen, dass nicht nur dank des Zusammenwirkens in gemeinsamer Arbeit aus Fremden Freunde werden, sondern dass auch diese Partnerschaftserfahrung letztlich zur maßgeblichen Grundlage jetziger und künftiger Formen der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen im intergesellschaftlichen und internationalen Bereich wird.

2. Gute Gründe für den Aufbau von Schulpartnerschaften

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs beschrieb der deutschsprachige Dichter Paul Celan in seinem Gedicht „Todesfuge“ den Tod als einen unheilbringenden „Meister aus Deutschland“. Das „Nie wieder Krieg!“ war darum das politisch-moralische Postulat der Nachkriegszeit. Die zentrale politische und moralische Herausforderung bestand folglich in der Frage: „Wie ist in Europa auf Dauer Frieden in Freiheit möglich?“ Darum galt es, nachvollziehbaren Hass aufeinander in ein freundschaftliches Miteinander zu verwandeln und dauerhaft zu festigen. Da beide Staaten als moralische Instanzen für den unverzichtbaren Weg der Versöhnung und Verständigung zwischen den Menschen nicht in Betracht kamen, waren es die Kirchen in Polen und in Westdeutschland, die zum Wegbereiter einer Entwicklung wurden, an deren Ende mit dem Aufbau einer gleichberechtigten freiheitlichen und rechtsstaatlichen demokratischen Ordnung in Polen 1991 der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik stand. Die gemeinsame Erklärung der deutschen und polnischen Katholiken zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges sieht daher 1989 die große Bedeutung der Partnerschaft in der gemeinsamen Entwicklung einer „Zukunft der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit in Europa“. Um diese Ziele zu erreichen, sollte ein gemeinsames Werk der Verständigung und des Friedens im Geiste der Menschenrechte aufgebaut werden.

Parallel zu der Entwicklung in den 1980er Jahren, in der es in Polen galt, aus einer kurzen aber besonders für die Menschen bedrückenden Phase des wirtschaftlichen Niedergangs und der Entbehrung eine demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung aufzubauen, verdichteten sich die menschlich-humanitären Beziehungen zwischen beiden Staaten. Millionen von Hilfspaketen als Ausdruck praktischer Solidarität aus

Deutschland, Europa und der Welt erreichten polnische Familien, Menschen aus kirchlichen und gesellschaftliche Organisationen fanden auf diese Weise so vielfältig zusammen, dass beim Treffen des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl mit dem ersten frei gewählte Ministerpräsidenten der Republik Polen Tadeusz Mazowiecki im November 1989 in der gemeinsamen Erklärung ein Satz stehen konnte, der die Beziehungen in der 1980er Jahren auf den Punkt brachte: „Die Beziehungen zwischen den Menschen haben sich rascher und weiter entwickelt als die zwischen den Staaten“ (Ziffer 6). Dieser Satz war es, der damals die Stimmung in jenen Schulen traf, in denen Lehrer und Schüler bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre im Rahmen des langsam beginnenden Schüleraustauschs erste Fahrten nach Polen und Deutschland durchführten, bis die Einbahnstraße nach Polen durch die offizielle Erlaubnis von Gegenbesuchen an den deutschen Schulen abgelöst werden konnte durch gleichberechtigte Besuchsmöglichkeiten in beide Richtungen.

Die damit eingeleitete Politik der Versöhnung und Verständigung fand vielfältige Unterstützung. Als besonders großzügig in ihrer finanziellen Förderung zeigte sich die Robert-Bosch-Stiftung, die im Rahmen einer Anschubfinanzierung bis zur Einrichtung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks für die Verwirklichung zahlreicher Austauschmaßnahmen zuverlässig sorgte. Darüber hinaus gehörte Rheinland-Pfalz zu den ersten Bundesländern, die bereits für den Doppelhaushalt 1988/89 zu diesem Zweck 100.000 DM (ca. 50.000 €) und für das Folgejahr 200.000 DM (ca. 100.000 €) für den schulischen Austausch mit den mittel- und osteuropäischen Staaten eingeplant hatte. Diese Haushaltsmittel gibt es noch heute. Sie dienen vor allem der Reisekostenförderung für Schülerfahrten im Rahmen des Schüleraustauschs nach Polen.

Schulen, in denen einzelne engagierte Lehrerinnen und Lehrer in beiden Ländern einen Schüleraustausch begannen, ergänzten schrittweise ihr Schulprofil um den deutsch-polnischen Schüleraustausch, der wie alle anderen Maßnahmen außerhalb von Unterricht auf Dauer angelegt war und ist. Eine solche pädagogische Profilierung war möglich, weil immer Lehrkräfte freiwillig dazu bereit waren, dies damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben zu übernehmen, am Austausch interessierte Schüler zu finden, welche die volle Unterstützung ihrer Eltern hatten, und besonders die polnischen Schülerinnen und Schüler dank eines vier- bis sechsstündigen Deutschunterrichts pro Woche über ein so beachtliches sprachliches Können verfügten, dass eine zuverlässige und weitestgehend problemlose Verständigung bei Empfängen, im Unterricht oder in den Gastfamilien möglich war. Und diese hohe Sprachkompetenz fand schon damals in deutschen Familien und Schulen größte Anerkennung, Beachtung und Bewunderung.

3. Der Stellenwert der Schulpartnerschaften im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag

Als vertragliche Grundlage zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Regierungen ist der „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991, dem sich auch der Vertrag über die Errichtung eines Deutsch-Polnischen Jugendwerks anschloss, zu sehen.

Die wichtigsten Vertragspositionen lassen sich so zusammenfassen:

1. Bei der „Neugestaltung des Verhältnisses beider Länder und Völker und der Vertrauensbildung“ kommt der jungen Generation eine besondere Rolle zu (Präambel).
2. Im „Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft“ werden die Beziehungen gestaltet. Dazu dient eine „enge friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten“. Eine „dauerhafte Verständigung und Versöhnung“ ist in die Tat umzusetzen. (Art.1)
3. Es geht um die Notwendigkeit einer „erheblichen Erweiterung der...schulischen Zusammenarbeit“, um die Förderung und den weiteren Ausbau der direkten Zusammenarbeit und um den Austausch zwischen Schulen, „...und zwar...den Austausch von Schülern, Studenten, Lehrern durch gemeinsame Vorhaben.“ (Art. 26)
4. Zwischenmenschliche Kontakte sind eine „unerlässliche Voraussetzung“ für Verständigung und Versöhnung beider Völker; dazu gehört die Förderung „umfassender persönlicher Begegnungen zwischen ihren Bürgern.“ (Art. 29)

Diese Kernsätze des Vertrags lassen unschwer erkennen, inwiefern die dort formulierten politisch relevanten Zielsetzungen gleichzeitig von erheblicher pädagogischer Bedeutung sind. Für die Schulen stellen sie im Hinblick auf die Durchführung von Schüleraustausch und Schulpartnerschaften einen zentralen Gestaltungsauftrag dar. Und nach einem Treffen sind sie maßgebende Indikatoren für ihre Evaluation. Ihre hohe Bedeutung wird in der Praxis vielfach bestätigt: So kann ich auf Grund meiner langjährigen Erfahrung mit Genugtuung feststellen, dass alle deutsch-polnischen Begegnungen im Bildungsbereich immer dann besonders erfolgreich sind, wenn die oben genannten Zielsetzungen des Vertrages gemeinsam realisiert wurden.

4. Ihr erzieherisch-pädagogischer Ertrag und ihre politische Bedeutung

Man hört oft im Zusammenhang mit Schulpartnerschaften von ihrer Bedeutung für die interkulturelle Bildung und Erziehung oder von der Zielsetzung, Schüleraustausch und Schulpartnerschaften dienen dem Abbau von Vorurteilen. Bei aller Berechtigung solcher Zielvorgaben – Schüleraustausch ist dank der Familienaufenthalte der Schülerinnen und Schüler in seinem Kern ein interpersonales Geschehen auf der Grundlage eines internationalen, völkerrechtlich verbindlichen und damit für alle nachgeordneten Regierungsstellen – also auch für alle Ministerien, Schulbehörden, staatlichen und staatlich anerkannten Schulen und der dort tätigen Leiter und Lehrer – verbindlichen Vertragswerks. Und dieser Vertrag nennt andere Beziehungen des Miteinanders als etwa den Abbau von Vorurteilen – wohl wissend, dass junge Menschen sich nicht freiwillig treffen wollen, wenn ihr Denken von Vorurteilen geprägt ist. Der Vertrag nimmt darum die Verantwortlichen für den Schüleraustausch und für Schulpartnerschaften für die Gestaltung anderer Beziehungen in die Pflicht - wie für „partnerschaftliche Zusammenarbeit“, „Zusammenarbeit durch gemeinsame Vorhaben“,

„zwischenmenschliche Kontakte“ und „umfassende persönliche Begegnungen“. Und das bedeutet für die Begegnungsprogramme: Alle Elemente der Programme haben Lehrerinnen und Lehrer immer wieder gemeinsam mit den jungen Menschen daraufhin zu überprüfen, ob sie diesen Ziele gerecht wurden oder sie verfehlt haben. Aber dies gilt nicht nur für den Schüleraustausch, sondern auch für Schulpartnerschaften im Sinne von Begegnungen von Lehrern und Schulleitern sowie für die Ausgestaltung jener europäischen Bildungsprogramme, die in den deutsch-polnischen Beziehungen immer häufiger realisiert werden.

Ein besonderer Programmschwerpunkt ist im Rahmen von Schulpartnerschaften die gemeinsame Beschäftigung mit der deutsch-polnischen Geschichte, sobald die jungen Menschen sich kennengelernt und schon etwas angefreundet haben. Dabei sollte es nicht allein darum gehen, in Deutschland und Polen Stätten des Grauens wie KZ-Museen zu besuchen und ihre Entstehung und ihre Funktion in ihrem historischen Kontext zu erklären. Vielmehr sollte es bei gemeinsamen Besuchen von Gedenkstätten immer auch darum gehen, sie unter dem Aspekt der Menschenrechte zu behandeln und damit eine Grundlage für die sensible Wahrnehmung historischer und aktueller Formen der Menschenrechtsverletzung gemeinsam zu erarbeiten. Die Erziehung zur solidarischen und persönlichen Wachsamkeit als Preis für einen Frieden in Freiheit wird vor allem auf diese Wege möglich.

Schüleraustausch braucht nicht nur gute Vorbereitung auf landeskundliche Themen im Besuchsland, sondern auch eine sorgfältige Vorbereitung auf Situationen in den Familien, in denen von den jungen Menschen hohes Einfühlungsvermögen gefordert wird. Diese Vorbereitung auf den Familienaufenthalt kommt deshalb eine so große Bedeutung zu, weil er als ein Aufenthalt auf Gegenseitigkeit zur Besonderheit des Schüleraustauschs zählt und immer wieder in den Nachbesprechung sehr entscheidend wird für die positive Antwort auf die Frage, ob der Austausch gelingen konnte oder nicht. Im Übrigen zählen Familienaufenthalte zu einschneidenden und das weitere Leben prägenden Ersterfahrungen junger Menschen – Ja, sie sind sogar von nationaler und internationaler und für den dauerhaften Frieden von sehr entscheidender Bedeutung: Scheitern sie, dann erfolgt nicht selten eine nationale Aufladung einer persönlichen Erfahrung durch kollektive Schuldzuweisungen: Nicht die konkrete deutsche oder polnische Familie war so schrecklich – sondern die Deutschen und die Polen sind so schrecklich, weil ich sie so in meiner Gastfamilie erlebt habe!

Damit sind wir bei der politischen Bedeutung von Schulpartnerschaften. Gelingen Schulpartnerschaften, so lässt sich das sehr bald an verschiedenen Entwicklungen der Beziehungen zwischen den jungen Menschen ablesen: Es beginnt eine lebenslange Freundschaft, die durch Besuch und Gegenbesuch und durch eine rege Korrespondenz vertieft wird. Sehr oft laden sich auch aus Dankbarkeit oder aus Interesse die Gastgeber gegenseitig ein. Auch sind die sozialen Einflüsse in den Blick zu nehmen, die von Schülerinnen und Schülern ausgehen, die an einem Austausch teilgenommen habe. In der Regel nehmen rund 30 Personen aus dem Familien- und Freundschaftskreis eines

Schülers Anteil am Schüleraustausch. Daran kann man seine beachtliche quantitative Bedeutung ermessen.

Politisch bedeutsam ist diese Größenordnung für alle Teile der Gesellschaft. Nicht nur dafür, dass es dank der Verbesserung des Auslandskompetenz zu einer Verbesserung der Bereitschaft führt, im Nachbarland zu wohnen und zu arbeiten. Die Erfahrung aus dem Schüleraustausch, miteinander reden und arbeiten zu können, fördert dieses Interesse zusätzlich. Das freundschaftliche Miteinander stärkt zudem die Bereitschaft, füreinander im besten Sinne des Wortes immer dann Partei zu ergreifen, wenn z.B. Vorurteile über die Deutschen oder die Polen unter Mitbürgern verbreitet werden. Diese positiven Ergebnisse werden aber am ehesten erst dann erreicht, wenn der Schüleraustausch oder die Schulpartnerschaft wirklich gelungen ist.

5. Fazit: Eine wünschenswerte Zukunftsperspektive

Zentrale Bedeutung haben Schulpartnerschaften für die durch staatliche Bildung und Erziehung geförderte frühzeitige Entdeckung gemeinsamer Interessen und der daraus erwachsenden gemeinsamen Verantwortung für den Aufbau eines neuen, durch Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vereinten und freien Europa. Die im Miteinander zwischen deutschen und polnischen Schülern und Pädagogen erlebte Bereitschaft und Fähigkeit zur Verständigung macht nicht nur Versöhnung möglich. Immer wieder formulieren sie bei Treffen gemeinsame Ziele, die sie auch zusammen verwirklichen wollen.

Wenn darum die im deutsch-polnischen Vertrag zum Ausdruck kommende Hoffnung auf dauerhafte Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen unter den Bedingungen von Frieden und Freiheit lange lebendig bleiben soll, dann wird sich diese positive Zukunftsperspektive vor allem dann dauerhaft ausdehnen und vertiefen lassen, wenn mehr denn je alle staatlichen Stellen, die für Bildung verantwortlich sind, gemeinschaftlich den Geist und Willen der Vertragspartner erfüllen, indem sie dafür auch staatliche Verantwortung übernehmen. Erst dann kommt es zu einer gleichberechtigten staatlichen Förderung von Schulpartnerschaften in beiden Ländern (in Polen könnte vielleicht diese Verantwortung auf die Kuratorien übergehen; in Deutschland sollten die Schulbehörden der Länder so ausgebaut werden, dass sie eine wirksame ideelle und finanzielle Förderung leisten können, weil die Bundesregierung als die für internationale Verträge Verantwortliche noch mehr als bisher ihrer Verantwortung konsequent nachkommt und die Länder gemäß dem Konnektivitätsprinzip noch umfangreichere Fördermittel zur Verwirklichung des Vertrages im Bildungsbereich zur Verfügung stellt. Das gilt auch für die parallele Einrichtung der Nachbarsprache in beiden Ländern im Sinne des Lissabon-Vertrags und schließlich auch für die Lehrerfortbildungsinstitute und Schulleiter, die gemeinsam mit den Schulbehörden die Lehrerinnen und Lehrer durch das Angebot gemeinsamer Fortbildungen mit dem Ziel eines verstärkten Ausbaus des Schüleraustauschs zu wirklichen Partnerschaften zwischen Schulen unterstützen. Dies alles hat aber nur dann eine realistische Grundlage, wenn es nicht durch einen Abbau des

Fremdsprachenunterrichts zu einer Art kommunikativen Sprachlosigkeit in den Schulen unserer Länder kommt, sondern die Fremdsprachenvermittlung in Deutschland und in Polen auf so einem Niveau gehalten oder eingeführt wird, auf dem – ob auf Polnisch, Deutsch oder Englisch - eine ernst zu nehmende Verständigung unter wirklichen Partnern erst möglich ist. Sicherlich kann man sagen: Sprachliche Verständigung ist nicht alles, aber ohne sprachliche Verständigung werden unsere Schulpartnerschaften, auf deren Aufbau und Vertiefung wir so stolz sein können, nicht weiter zur Freude der jungen Menschen und der dafür politisch Verantwortlichen erblühen, sondern tendenziell verwelken – ganz im Sinne einer brisanten Ignoranz jener Überzeugung, die am Ende der Präambel des Nachbarschaftsvertrags zum Ausdruck kommt: Der „... jungen Generation (kommt) bei der Neugestaltung des Verhältnisses beider Länder und Völker und der Vertrauensbildung zwischen ihnen eine besondere Rolle“ zu.

Dem Gesamteuropäische Studienwerk sei anlässlich seines 60jährigen Jubiläums dafür gedankt, dass es stets im Bewusstsein der Verantwortung für die jungen Generation in Polen und in Deutschland eine im Wesentlichen das Vertrauen zwischen den Menschen bildende europäische Bildungsstätte war, ist und hoffentlich noch viele Jahre bleiben wird. Dazu gratuliere ich dem Gesamteuropäischen Studienwerk und wünsche ihm weiterhin erfolgreiches Wirken.

Gerhard Schüsselbauer/Michael Walter

Herausforderungen für die politische Jugendbildung in Europa

1. Konzeptionelle Überlegungen

In der aktuellen Diskussion um die „Einheit Europas“ liegt es nahe, die politische Jugendbildung als eine umfassende gesamteuropäische Herausforderung aufzufassen. Neben konzeptionellen Vorüberlegungen muss die politische Jugendbildung in und für Gesamteuropa eine Reihe von bedeutenden Fragen und Aspekten aufgreifen, damit eine notwendigerweise stärkere „Europäisierung“ der außerschulischen Bildungsarbeit ermöglicht werden kann. Im folgenden Artikel werden Inhalte und Konzepte der europäischen und internationalen Bildungsarbeit eingehend dargestellt, um einerseits die unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen und andererseits Aspekte des interkulturellen Lernens aufzuzeigen.

Gesamteuropäisch orientierte politische Jugendbildung im 21. Jahrhundert erfordert einerseits eine Auseinandersetzung mit den vielschichtigen Themen der Globalisierung und Internationalisierung, andererseits wird eine stärkere und konsequentere Europäisierung der politischen Jugendarbeit notwendig. Nicht nur der in Sonntagsreden viel beschworene „Aufbruch zum geeinten Europa“, sondern auch die weltpolitischen Herausforderungen fordern die Arbeit in der Jugendbildung heraus. Dabei müssen die Aktivitäten den wechselnden welt-, europa- und deutschlandpolitischen Gegebenheiten Rechnung tragen, ohne jedoch überhastet vordergründigen Trends zu folgen. Politische Jugendbildung darf nicht mit fertigen, statischen Rezepten arbeiten, sondern muss sich permanent an dynamisch ändernde Realitäten anpassen können. Sonst droht sowohl eine verfehlte Auswahl der Themenschwerpunkte, als auch die Umsetzung eines Ansatzes, der die „Nachfrageseite“ der Arbeit in der politischen Bildung gänzlich außer Acht lässt.

Spätestens seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes sieht sich die europäische Bildungspolitik der gewaltigen Aufgabe einer gesamteuropäischen Integration gegenüber. Darüber hinaus dominieren die Diskussionen um die enormen Schwierigkeiten unserer faktisch existierenden multikulturellen Gesellschaften in Europa sowie extremistische und fremdenfeindliche Tendenzen in vielen europäischen Ländern von Großbritannien über die Niederlande und Frankreich bis Polen und Russland, von Schweden über Deutschland bis Italien, die Agenda der politischen Bildung. Die Aussage, die Schaffung eines geeinten Europa stelle gerade für jüngere Generationen eine Herausforderung dar, ist eine Binsenweisheit. Es erfordert jedoch weitreichendere Maßnahmen, als bisher unternommen, um den wirtschaftlichen und politisch-föderativen Einigungsprozess voranzubringen. Gerade dem Europäischen Parlament, das die zukünftige Struktur der Europäischen Union richtungsweisend mitgestalten soll, fällt hierbei eine maßgebliche Rolle zu. Für die Überwindung des Denkens in nationalen Grenzen ist ein grundsätzlicher proeuropäischer Ansatz, ein offener Dialog und partnerschaftlicher Austausch der jungen Generationen im ehemaligen „Ost“ und „West“ eine wichtige Voraussetzung. Dazu gehört, dass sich

West-, Mittel- sowie Osteuropäer über die Bedeutung einer über den gegenwärtigen Erweiterungsprozess der Union hinausgehenden Architektur eines „geeinten Europa“ klar werden. Aktuelle Entwicklungen in der Ukraine und Russland lassen die Notwendigkeit eines verstärkten Denkens in europäischen zivilgesellschaftlichen Kategorien erkennen.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der europäischen Dimension in der Jugendbildung wurde bereits im Jahr 1993 die bundesweite Maßnahme „Jugend für Gesamteuropa – ein Bildungs- und Begegnungsprogramm“ auf den Weg gebracht. Die Zusammenarbeit der daran beteiligten Bildungsträger der Arbeitsgemeinschaft der „Ost-West-Institute“¹ mit dem BMFSFJ und anderen Bildungsträgern hat seit mehr als zwanzig Jahren die bundesweite und internationale Realisierung dieses Programms nachhaltig unterstützt. Bislang konnten im Rahmen des Projektes „Jugend für Gesamteuropa“ jährlich ca. 200 Einzelmaßnahmen (Seminare, Begegnungen, etc.) durchgeführt werden.

Politische Jugendbildung in und für (Gesamt)Europa muss eine Reihe von bedeutenden Fragen und Aspekten aufgreifen:

- Welche konkreten Ziele sollen mit einer „gesamteuropäischen“ Jugendbildung verfolgt werden, wenn die einzelnen Bildungsangebote immer noch in den nationalen Kinderschuhen stecken?
- Wie werden europäische Themen, Probleme und Tendenzen didaktisch aufbereitet, behandelt und vermittelt, z.B. Politik, Wirtschaft und Soziales in EUropa, Jugendkulturen, Suchtprobleme, Links- bzw. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus?
- Wie werden die Kernthemen Jugendarbeitslosigkeit und Berufsperspektiven in einer dynamischen Arbeitswelt sowie die Thematik des „lebenslangen Lernens“ inhaltlich ausgestaltet?
- Ist „interkulturelles Lernen“ nur ein weiterer, inhaltsleerer Catch-all-Begriff, oder kann er als „methodischer Alltag“ in der gesamteuropäischen Jugendbildung bei internationalen Jugendbegegnungsseminaren nachhaltig verstetigt werden?
- Welche Forderungen haben „Praktiker der europäischen Jugendbildung“ an europapolitische Institutionen im Hinblick auf die Ausgestaltung einer jugendgerechten Bildungspolitik?
- Wie kann eine stärkere Vernetzung der europäischen Bildungsarbeit erreicht werden, ohne sich in institutionellen Fallstricken gut intendierter, aber bewegungsunfähiger (Dach)Organisationen zu verstricken?
- Worin besteht die Qualität der gesamteuropäischen Bildungsaktivitäten, wie kann sie evaluiert und wie kann sie verbessert werden? Wie wird dabei die „europäische Dimension“ im Denken und Handeln von Jugendlichen gefördert?

¹ Vgl. dazu ausführlich die Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (Hg.): „Europa gemeinsam gestalten – Bildung für Gesamteuropa“, Celle 2000

- Wie können zentrale Aspekte des „Gender Mainstreaming“ sowie des „Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses“ im Rahmen der Qualitätsmanagements mit den Zielen der Jugendbildungsarbeit in Einklang gebracht werden?

2. „Europäisierung“ der politischen Jugendbildung

Als ein wesentlicher Bestandteil umfasst die Konzeption „Jugend für Gesamteuropa“ die Partizipation und Interessenvertretung junger Europäerinnen und Europäer. Dies umfasst die Berücksichtigung und Thematisierung der politischen, ökonomischen und sozialen Situation Jugendlicher in den jeweiligen europäischen Ländern. Dabei dürfen Politik, Wirtschaft, Soziales und Kultur nicht isoliert betrachtet und behandelt werden. Es sind eher die Wechselwirkungen, die als Ganzes erst Europa in seiner heterogenen Vielfalt ausmachen. Europa charakterisiert sich nicht so sehr durch Einheit *trotz* oder *durch* Vielfalt, sondern vielmehr durch Einheit *der* Vielfalt. Dies führt unweigerlich zu einer themenintegrierenden und länderübergreifenden Didaktisierung der politischen Jugendbildung.

„Europäisierung“ bedeutet, bezogen auf die Welt Jugendlicher und die konkrete Arbeit mit ihnen, dass:

- „Europäisches Lernen“ und „Kritisches Lernen und Wissen über Europa“ eine immer größere Bedeutung erhalten
- die Betonung der interkulturellen Aspekte der Bildungsaktivitäten stark zunehmen wird
- die „europäische Dimension“ und komplexe Inhalte wahrgenommen werden (müssen)
- Schule, Ausbildung, Berufsleben und Freizeit aufgrund der Freizügigkeiten in einem wachsenden Binnenmarkt sowie der zunehmenden Vernetzung im Internet eine immer stärkere europäische Ausrichtung erfahren (z.B. Sprachen, Mobilität, Social Media)
- Lebensstile, Trends und (Jugend-)Kulturen sich zwar nivellieren, aber regionale und lokale Identitäten eine zusehends bedeutsamere Rolle spielen.

Die Frage nach der Identität in einem geeinten Europa rückt dabei verstärkt in den Mittelpunkt. Für Jugendliche stellt es oftmals keinen Widerspruch dar, eine lokale/regionale Identität mit einer nationalen sowie darüber hinaus mit einer europäischen Identität zu verknüpfen. Darüber hinaus rückt für Jugendliche zusehends die Realisierung eigener Handlungsmöglichkeiten in einer sich permanent ändernden Arbeits- und Berufswelt in den Mittelpunkt. Ergebnisse verschiedener Jugendstudien² zeigen unmissverständlich, dass Leistungs- und Berufsorientierung für Jugendliche bei einer verstärkt optimistischen Einschätzung eine dominante Rolle spielen. Gleichzeitig werden sowohl eine Verschärfung der Kluft zwischen Arm und Reich festgestellt als auch die Tatsache beobachtet, dass der Bildungserfolg stark von der Herkunft der

² Vgl. im Detail 14. Shell-Jugendstudie, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 2002 sowie 16. Shell-Jugendstudie 2010 <http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study/2010.html>

Jugendlichen abhängt. Im europäischen Kontext erwarten sie daher von der Bildungsarbeit Antworten und Lösungen hinsichtlich dieser Fragen und Probleme.

Im Gegensatz zur klassischen schulischen Bildung, die tendenziell stärker national geprägt ist, kann die „Europäisierung“ der außerschulischen politischen Jugendbildung eine Vorreiterrolle dahingehend übernehmen, dass bereits bei internationalen Seminaren im Ansatz konsequent ein auf partnerschaftlicher Gleichberechtigung basierender Ansatz umgesetzt wird. Insbesondere bi- und multinationale Begegnungsseminare eröffnen die Möglichkeit, einen interkulturellen und internationalen Lernprozess anzustoßen. Gerade wegen der deutlichen Motivationsdefizite und der oft mangelnden Bereitschaft Jugendlicher, sich für (europa)politische Themen zu interessieren, muss sich die politische Jugendbildungsarbeit das breite Spektrum unterschiedlicher pädagogischer Methoden zunutze machen, um diesen Defiziten entgegenwirken zu können.

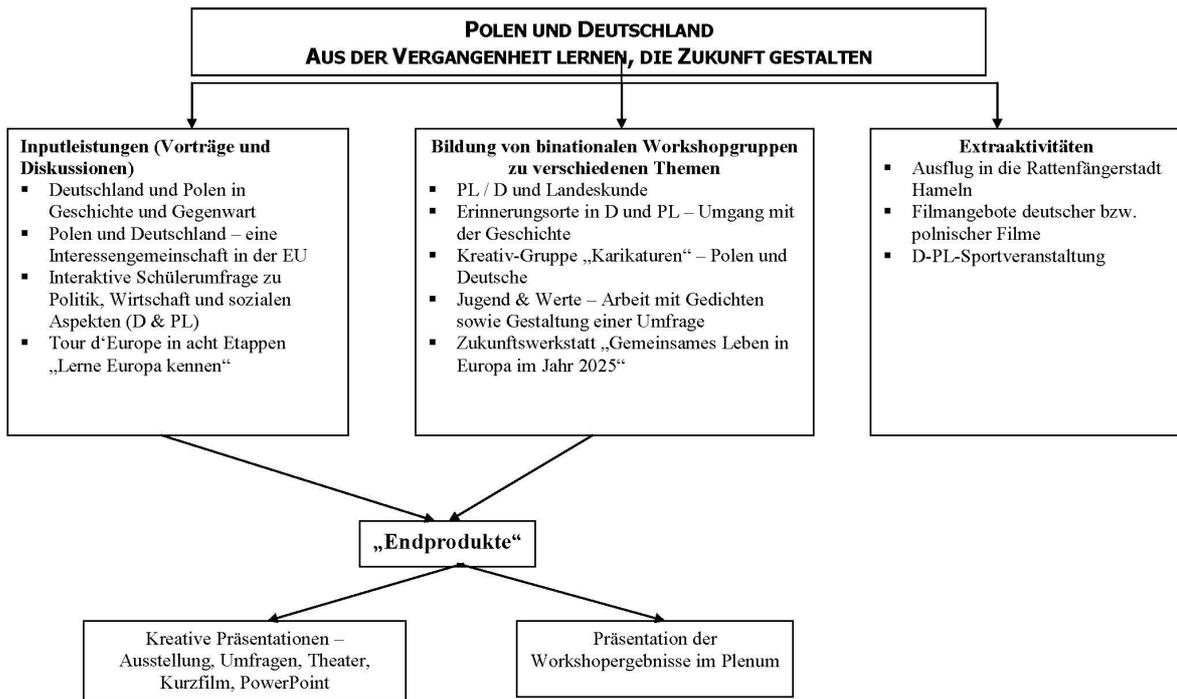
3. Jugendbildungsarbeit des Gesamteuropäischen Studienwerks e.V. (GESW) im Wandel der Zeit

Das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. (GESW), gegründet von einer Bürgerinitiative im Jahr 1954 als ein Bildungsinstitut der Jugend- und Erwachsenenbildung in freier Trägerschaft, führt bereits seit nunmehr sechs Jahrzehnten Seminare mit gesamteuropäischem Bezug durch. Ein Hauptaspekt der Aktivitäten des GESW umfasst die Organisation und Durchführung mehrtägiger jugendspezifischer Seminare unterschiedlichen Zuschnitts, die insbesondere die Themenbereiche „Quo vadis Europa? Europa auf dem Weg zur Einheit“, „Herausforderungen in Deutschland heute“ sowie „Deutschland und seine östlichen Nachbarländer - aus der Vergangenheit lernen, die Zukunft gestalten“ aufgreifen. Im Rahmen der Arbeit mit nationalen sowie internationalen Jugendgruppen aus verschiedenen europäischen Ländern legen die wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiter des GESW traditionell großen Wert auf die fundierte landeskundliche Wissensvermittlung, bei der bestehende sprachliche Asymmetrien von vornherein durch eine konsequente zweisprachige Arbeitsweise abgebaut werden. Der interdisziplinäre Ansatz ermöglicht es, in Form von „Inputs“ politische, ökonomische, historische und kulturelle Inhalte zu vermitteln, während die unterschiedlichen Zielgruppen später in Workshops eigene Themen unter Einsatz verschiedenster Medien gleichsam als „Output“ oder „Produkte“ bearbeiten. Zentrale Anliegen sind im Rahmen einer interkulturellen Begegnung der Wissenstransfer über Europa-Themen und über den jeweils „Anderen“ sowie die Schaffung von Möglichkeiten der Partizipation an der Seminararbeit für alle Teilnehmenden. Den Angeboten liegt darüber hinaus im Kontext bi- und multinationaler Seminare eine konkrete, altersspezifische Zielgruppendefinition zu Grunde. Im Folgenden seien zwei Beispiele der Arbeit des GESW im Rahmen der gesamteuropäischen politischen Jugendbildung ausführlicher beschrieben.

4. Beispielhafte Seminararten

Polen und Deutschland – aus der Vergangenheit lernen, die Zukunft gestalten

Projektorientiertes deutsch-polnisches Begegnungsseminar für Schülerinnen und Schüler



Die folgende kurze Projektbeschreibung soll exemplarisch den Aufbau eines mehrtägigen binationalen Seminars mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen aus Polen und Deutschland aufzeigen. Eine solche Veranstaltung kann modifiziert ebenso als deutsch-slowakisches, deutsch-tschechisches, deutsch-ungarisches, etc. Jugendprojekt konzipiert sein. Im Mittelpunkt steht die Verbindung aus Inputs durch die Dozenten mit Outputs der gemischten binationalen Workshops. Wissenstransfer, Projekt- und Produktorientierung gehen dabei vor zeitlichem Leerlauf oder „touristischer Vielfalt“. Jugendliche und junge Erwachsene sind sehr leicht für projektbezogene Arbeit zu gewinnen, wenn Spaß mit Zielorientierung in der Gruppenarbeit in Einklang gebracht wird. Entscheidend ist nicht nur das konkrete „Endprodukt“, sondern die Möglichkeit für jeden, seine Stärken in die Workshoparbeit einzubringen. Sehr wünschenswert wäre darüber hinaus eine Vorbereitung insbesondere der deutschen Seite auf Polen im Unterricht (Geschichte, Politik, Gesellschaft, Sprache – „Schnupperkurs Polnisch“).

Das Programm setzt sich im Einzelnen aus folgenden Teilen zusammen (siehe auch Grafik):

- Warming-up durch „Icebreaking activities“, „deutsch-polnisches Bingo“
- Arbeit mit Fotobox/Toleranzbildern zu verschiedenen Themen: Jugendkultur, Gesellschaft, Umwelt, Politik (Konflikte), Fremdenfeindlichkeit
- „Inputs“ zu deutsch-polnischen Themen (Vorträge, Diskussionen, Umfragen mit Moderationstechnik)
- Binationale Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen und Aufgaben sowie Extraaktivitäten: Tour d'Europe in acht Etappen – „Lerne Europa kennen“ und Exkursionen
- Gemeinsame, zweisprachige kreative Endprodukte mit Präsentationen wie Ausstellung, Umfragen, Theater, Kurzfilm oder PowerPoint
- Präsentation der binationalen Workshopergebnisse im Plenum
- Seminauswertung und Feedback

Quo vadis Europa? Zukunftschancen der jungen Generation im vereinten Europa EU-Seminar mit Studienfahrt nach Brüssel für Jugendliche und junge Erwachsene

Beschreibung und Lernziel

Verschiedene Umfragen der letzten Jahre belegen, dass das Interesse Jugendlicher am Thema "Europa" zwar zunimmt, die Kenntnisse über entsprechende Themenbereiche jedoch gering sind und die Entwicklung und Konsequenzen des europäischen Einigungsprozesses von einem Teil auch der jungen Bevölkerung negativ beurteilt werden. Die Euro-Staatsschuldenkrise und wirtschaftliche Rezession in vielen EU-Ländern, die enorm hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern, die EU-Erweiterung sowie die aktuelle außen- und sicherheitspolitische Debatte wecken Ängste, die umso größer sind, je geringer der Informationsstand ist. "Brüssel" wird zum Synonym für einen realitätsfernen Bürokratismus, während die Relevanz der europäischen Integration für das persönliche Leben in der Regel verkannt wird.

Konkretes Lernziel: Nach den historischen Erweiterungen sieht sich die „neue“ Europäische Union (28) mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Sowohl die politische als auch ökonomische Entwicklung sollen während dieses Seminartyps mit anschließender Studienfahrt zu den EU-Institutionen nach Brüssel hinterfragt werden. Die Studienfahrt in die Hauptstadt Europas bietet eine Gelegenheit, durch Besuche im Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, im Rat der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss EWSA sowie bei Ständigen Vertretungen von EU-Ländern, Missionen von Beitrittskandidatenländern sowie Vertretungen von Nichtregierungsorganisationen die historischen Grundlagen, die Funktionsweise und die Politiken der EU jeweils „von innen“ zu erleben und zugleich aus verschiedenen Perspektiven zu hinterfragen, um so aktuelle Fragestellungen und zukünftige Herausforderungen des europäischen Integrationsprozesses durch eine aktive Teilnahme besser verstehen zu können. Die Teilnehmenden sollen dabei auch die Bedeutung der europapolitischen Entwicklungen für sich selbst, ihr Leben und ihre Ausbildungszusammenhänge reflektieren.

Inhaltliche Schwerpunkte und Workshop-Arbeit

Im thematischen Mittelpunkt des Seminars zu Themen der EU stehen zunächst vier große Fragen:

- Was ist die Europäische Union? EU-Institutionen, supranationaler Staatenverbund, EU-Rechtssystem, Binnenmarkt
- Wie ist die EU entstanden? Geschichte der Integration der Europäischen Union einschließlich der institutionellen Reformen und Herausforderungen im Rahmen der Integrationsstufen
- Welche Krise haben wir in der EU? Euro-Staatsschuldenkrise, Wirtschaftskrise, Euro-Krise, Finanz- und Bankenkrise?
- Wie kann ein Land im Rahmen der EU-Erweiterung in die EU aufgenommen werden (Kopenhagener Kriterien zum EU-Beitritt)?

Nach einem kursorischen Überblick über Versuche, den Europa-Begriff geographisch, kulturgeschichtlich und politisch zu definieren, folgt mit unterschiedlichsten Fragen zu EUropa und zur europäischen Einigung vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute eine erste thematische Schwerpunktsetzung. Wichtig ist die sowohl die Verknüpfung von geschichtlichen und politischen Entwicklungen mit praktischen Beispielen und Aspekten, die EUropa erfahrbar und erlebbar machen sollen, als auch die kritische Diskussion mit den Jugendlichen, die die ökonomischen Krisenphänomene unter die Lupe nimmt.

Ein zentraler Aspekt liegt in der selbständigen Erarbeitung von Rollenprofilen im Rahmen der Simulation einer EU-Beitrittskonferenz in verschiedenen Workshops. Dadurch wird der auf den ersten Blick trockenen Materie praxisorientiertes und anschauliches Leben eingehaucht. Die Workshops mit anschließenden Präsentationen dienen auch der Einübung von Techniken des konstruktiven Dialogs mit Vorstellung der eigenen Stärken und Schwächen eines Bewerberlandes.

Insgesamt wird so eine hervorragende Vorbereitung und Basis für die Besuchs- und Gesprächstermine vor Ort in Brüssel geschaffen. Die Besuche bei den oben aufgeführten EU-Institutionen und Vertretungen dienen nicht nur dem Kennenlernen der politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Zusammenhänge auf EU-Ebene, sondern auch dem Erleben der Kommunikationsformen und Herausforderungen im Umgang der Menschen in der EU, bestehend aus 28 Mitgliedsländern bei gegenwärtig 24 offiziellen Amtssprachen und knapp 300 unterschiedlichen und sehr heterogenen Regionen.

Auswertung des Seminars mit Studienfahrt nach Brüssel durch die Teilnehmenden

Insgesamt wird der Seminartyp – ohne erkennbare Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts – sehr positiv bewertet. Die Auswertung des Seminars erfolgt schriftlich strukturiert. Neben quantitativen Angaben / Bewertungsnoten zum Seminarrahmen, der Seminarleitung, den Seminarinhalten und den einzelnen Besuchs- und Gesprächsterminen vervollständigen die Teilnehmenden mehrere Satzanfänge: "Ich habe inhaltlich aus dem Seminar mit Studienfahrt mitgenommen...", "Besonders

interessant und gewinnbringend war...", "Ich möchte noch anmerken...". Gewürdigt werden – ohne dass die Teilnehmenden dies im Vorfeld wissen – insbesondere die drei wichtigsten Seminarziele: kritisches Wissen über die Zusammenhänge und Herausforderungen in EUropa, das Erlernen und Anwenden neuer Arbeitstechniken und Methoden sowie die Erkenntnis, dass über Strukturen und Funktionen hinaus "ich ein Teil EUropas bin" und dass Fragen der europäischen Einigung einen unmittelbaren Einfluss auf das Leben jedes Einzelnen haben. Aus der Erfahrung vieler solcher Kombi-Seminare Vlotho + Brüssel zeigt sich, dass sich vereinzelt Kritik vor allem auf zu wenig Freizeit und die alternativlose Unterbringung in Jugendherbergen in Brüssel bezieht.

Beurteilung des Seminars durch die Seminarleitung

Das methodische Konzept, das politische Bildung mit Spaß verbinden möchte, spricht die teilnehmenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen offensichtlich an. Über die Workshop- und Medienarbeit erfolgen eine Beschäftigung mit verschiedenen europapolitischen Themen und schließlich die Produktion von Präsentationen im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten. Die vorgestellten Seminartypen sind grundsätzlich hervorragend geeignet, die aktuellen Anforderungen an die politische Bildung umzusetzen. Nach Auffassung aller Seminarbeteiligten – Jugendliche, Teamern/innen und Dozenten/innen – sind diese Seminare durchweg erfolgreich, da junge Menschen beginnen, sich für aktuelle politische Fragen zu interessieren und freiwillig in den jeweiligen Arbeitsgruppen bis weit in den Abend hinein arbeiten. Die konsequente Orientierung am Methodenwechsel sowie an thematischer Arbeit in Kombination mit selbständiger Workshop-Arbeit ermöglicht es, politische Themen „jugendgerecht“ zu vermitteln, ohne dass das inhaltliche Ziel des Wissenstransfers zu kurz kommt.

Jörg Lauenroth

33 Jahre Seminare der Deutschen Polizeigewerkschaft am GESW in Vlotho, 1981 - 2014

Das Jahr 1981 stand vor allem im Zeichen der Friedensbewegung. Der Kalte Krieg, der sich nach dem Ende des Vietnamkriegs mit der Ermüdung der Beteiligten etwas entspannt hatte, gewann wieder an rhetorischer Schärfe. Die Sowjetunion war 1979, zwei Jahre zuvor, unter Leonid Iljitsch Breschnew in Afghanistan einmarschiert, was das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf Zentralasien lenkte. Gleichzeitig hatte die USA mit der Islamischen Revolution im Iran ihren Vorposten dort verloren. Die SALT-II-Gespräche zwischen den Großmächten waren gescheitert, die NATO setzte stattdessen auf ihren NATO-Doppelbeschluss als Machtdemonstration. Mit Ronald Reagan wurde 1981 ein Hardliner Präsident der Vereinigten Staaten, dessen erklärtes Ziel es war, den Rüstungswettlauf gegen den Warschauer Pakt zu gewinnen. Das geteilte Europa sollte dabei als Basis für nukleare Mittelstreckenraketen eine Schlüsselrolle spielen.

Vor diesem Hintergrund kam es 1981 in Deutschland und in ganz Europa zu Friedenskundgebungen, von denen die größte, am 21. November in Amsterdam, 400.000 Menschen anzog.

1981 fand auch das erste Seminar der Deutschen Polizeigewerkschaft in Vlotho statt. 14 Kollegen trafen sich erstmals im Gesamteuropäischen Studienwerk zu einem Gewerkschaftsseminar.

Wenn man in den alten Seminarunterlagen blättert, findet man immer wieder das Thema DDR! Bei der Erstellung so eines Artikels fällt dann auf, dass die Zeitgeschichte unaufhaltsam vorangeht! Die DDR ist Geschichte! Der eine, oder andere Seminarteilnehmer, der heute in Vlotho dabei ist, wurde in der DDR geboren und hat dieses Regime erlebt!

Ich selbst war 1981 als Polizeioberwachtmeister auf dem 8. Polizeirevier in Kiel tätig. Als ich 1979 meinen Dienst bei der Polizei begann, war der Terror in Deutschland das Thema!

Die Rote Armee Fraktion (RAF) war eine linksextremistische terroristische Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wurde 1970 von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler, Ulrike Meinhof und weiteren Personen gegründet. In ihrem Selbstverständnis betrachtete sich die Gruppe als kommunistische, antiimperialistische Stadtguerilla nach südamerikanischem Vorbild ähnlich den Tupamaros in Uruguay. Sie war verantwortlich für 34 Morde, zahlreiche Banküberfälle und Sprengstoffattentate. 1998 erklärte sie ihre Selbstaflösung.

Am Morgen des 25. Juni 1979 verübte die RAF einen Anschlag auf den NATO-Oberbefehlshaber in Europa Alexander Haig, als er auf dem Weg zu seinem

Arbeitsplatz im NATO-Hauptquartier in Casteau, Belgien war. Die Terroristen hatten ein unter der Straße verlaufendes Rohr mit Sprengstoff gefüllt und die Ladung gezündet, als Haigs Wagenkolonne die Stelle passierte. Sein Mercedes wurde zwar getroffen und zerstört, jedoch konnten sich Haig und sein Fahrer unverletzt in Sicherheit bringen.

Die Bilanz der RAF der Jahre 1978 bis 1982 ist geprägt vom Leben im Untergrund und vom Fahndungsdruck. Viele Gruppenmitglieder hielten sich zwischenzeitlich u. a. im Nahen Osten auf. Die ständig konspirativ im Untergrund lebenden Mitglieder fanden kaum noch sichere Quartiere in der Bundesrepublik und wurden bis 1982 nach und nach verhaftet.

Mitglieder der zweiten Generation erfuhren in dieser Zeit organisatorische und finanzielle Hilfe aus der DDR. Zehn sogenannte RAF-Aussteiger tauchten mit Hilfe der Staatssicherheit in der DDR unter. Noch vor der Wiedervereinigung wurden sie im Juni 1990 enttarnt, festgenommen und an die Bundesrepublik ausgeliefert.

Viele meiner Kollegen, die Politiker schützen mussten, verloren in dieser Zeit ihr Leben. Von einstmalig 14 Kolleginnen und Kollegen im Jahr 1981 ist das Seminar nunmehr auf durchschnittlich 25 bis 30 Teilnehmer angewachsen.

Sehr wichtig war immer wieder das Thema innere und äußere Sicherheit in Europa. In diesem Kontext nenne ich nur die Module Falschgeld, Organisierte Kriminalität, Tier- und Artenschutz, Arzneimittel- und Lebensmittelkriminalität, Tiertransporte in Europa, Internationale polizeiliche Zusammenarbeit. Inzwischen haben auch immer wieder Bundestags- und Europaabgeordnete in unseren Seminaren referiert.

In diesem Zusammenhang sei drauf hingewiesen, dass die einwöchige Betreuung unseres Seminars durch einen freien Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung im Februar 2008 zum Ergebnis hatte, dass unsere inhaltliche und didaktische Arbeit sowie die Dienstleistungen des GESW sehr gut bewertet wurden. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass das GESW 2006 durch den Gütesiegelverbund Weiterbildung zertifiziert und 2009 erfolgreich rezertifiziert wurde. Die systematische schriftliche Auswertung unserer Polizeiseminare bestätigt das gute bis sehr gute Niveau unserer Angebote und unserer Referierenden.

Ich wünsche mir, dass dieses Seminar weiterhin ein fester Bestandteil im Kalender des GESW bleibt.

Dem GESW wünsche ich zum Jubiläum und für die Zukunft alles erdenklich Gute!

Berichte

Navina Engelage

Die EU – Auslauf- oder Zukunftsmodell? Jahrestagung der Ost-West-Institute im GESW

Vom 12. bis 14. Dezember 2014 lud das Gesamteuropäische Studienwerk MultiplikatorInnen zu einer Tagung der politischen Bildung zum Thema „Die EU – Auslauf- oder Zukunftsmodell?“ ein. Inhaltlich im Mittelpunkt der Fachtagung stand die aktuelle und künftige Entwicklung der Europäischen Union – als einzigartiges Friedens- und Wohlstandsprojekt auf dem europäischen Kontinent. Politische, soziale und ökonomische Fragen wurden – u.a. mit der Europaabgeordneten Birgit Sippel – kritisch erörtert und diskutiert. Angeknüpft wurde dabei an den kontrovers diskutierten Begriff der Solidarität nicht nur in Krisenzeiten und an die Sicherstellung der künftigen Funktionsfähigkeit der Europäischen Union durch die notwendige Weiterentwicklung ihres rechtlich-institutionellen Rahmens. Die Tagung war eine Kooperationsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute, die durch die Institutsleiter des Bildungszentrums HVHS Hustedt, der Fridtjof-Nansen Akademie, des Studienhauses Wiesneck und des Gesamteuropäischen Studienwerks vertreten war.



MdEP Birgit Sippel

Von der nationalstaatlichen Kooperation zum europäischen Regieren

Einen Überblick über die Etappen und Motive der europäischen Einigung verschaffte der Vortrag „Europäische Integration: Von der nationalstaatlichen Kooperation zum europäischen Regieren“ am ersten Seminartag. Darin ging Prof. Dr. Ulrich Eith (Studienhaus Wiesneck) auf die unterschiedlichen Strategien der Friedenssicherung nach dem Zweiten Weltkrieg ein und stellte der Strategie der Abschreckung (militärisches Gleichgewicht, Rüstungswettlauf, Konfrontation, hohes Eskalationsrisiko) die der Integration (gemeinsame wirtschaftliche Interessen, Verschränkung nationaler Wirtschaften, Kooperation, basierend auf Freiwilligkeit) gegenüber. Am Beispiel von Deutschland und Frankreich verdeutlichte er die Herausforderungen und Erfolge der europäischen Integration und belegte das besondere Verhältnis der Länder in Geschichte und Gegenwart mit Karikaturen und Bildern. In seinem Vortrag verschwieg er nicht die Schwierigkeiten des zwischenstaatlichen Interessenausgleichs. Denn Mitgliedstaaten versuchen, ihre Macht und ihren Einfluss zu sichern. Doch Verhandlungsprozesse zwischen den Regierungen haben zu einer zunehmenden Kooperation in Europa geführt. Darüber hinaus habe sich aber auch eine Eigendynamik in der EU entwickelt: Durch die Überführung bestimmter Politikbereiche an die Union habe sich eine Tendenz zur Vergemeinschaftung auch in anderen Bereichen verstärkt (spill-over-Effekte). Aufgrund ihrer positiven Erfahrungen fordern europäische Eliten mehr Integration, doch Eith gab dabei zu bedenken: Obwohl die supranationale Zusammenarbeit mit den Vertragsänderungen zugenommen habe, spiele die intergouvernementale

Zusammenarbeit weiterhin eine wichtige Rolle, besonders in der derzeitigen Krisensituation.

Mit der Verstärkung der intergouvernementalen Zusammenarbeit, der demokratischen Qualität und der Legitimation in der sog. Euro-Krise beschäftigte sich der Vortrag „Hat die EU ein Demokratiedefizit?“. Dabei stellte die Referentin Navina Engelage (GESW) heraus, dass die griechische Staatsschuldenkrise ab 2010 „die Politik“ unter Handlungsdruck setzte und schnelle Entscheidungen verlangte. Deliberative Elemente, wie sie sich idealerweise im politischen Diskurs oder in parlamentarischen Verhandlungen entwickeln, erschienen als „demokratischer Luxus“. Die politische Macht habe sich zur Exekutive – zugunsten des Rates und besonders zugunsten der deutschen und der französischen Regierung – verschoben. Das Europäische Parlament habe zunächst nur wenig Einfluss ausüben können, der deutsche Bundestag sei erst spät beteiligt worden und habe Merkels Krisenpolitik mehr ex-post ratifiziert als ex-ante diskutiert. Es stelle sich daher die Frage, ob die Trennlinie zwischen Exekutive und Legislative in politischen Ausnahmeständen verwischt werden dürfe und welche langfristigen Folgen dies für die Demokratie haben könnte. Vor allem aber wirke sich die Staatsschuldenkrise auf das demokratische Mandat in den Schuldnerländern aus, so die Referentin. Nur unter strengen Auflagen erhalten diese Garantien und Kredite. Das Budgetrecht der nationalen Parlamente werde ausgehöhlt, über viele Jahre hinaus würden sie von internationalen Finanzinstitutionen ohne demokratische Legitimation bestimmt. Welche Auswirkungen die finanziellen Einschnitte auf den sozialen Frieden und auf die Sozial- und Bildungspolitik haben werden, lasse sich nur erahnen.

Während des Erfahrungsaustauschs am Abend standen die Einstellungen deutscher Jugendlicher zu EUropa im Mittelpunkt. Es wurde deutlich, dass die Sorge um den Euro und den wirtschaftlichen Wohlstand eine häufige Assoziation Jugendlicher ist. Dennoch – so der Eindruck der Teilnehmenden – haben die meisten Jugendlichen zur EU eine positive Einstellung und verbinden Reisefreiheit, Schüleraustausch oder das oft angestrebte Studium im Ausland mit ihr. Wünschenswert sei, dass mehr junge Menschen die Möglichkeit bekämen am Comenius- bzw. Erasmusprogramm teilzunehmen und der Aufenthalt im Ausland zur Regel im Lebenslauf werde. Zudem sollten Austauschprogramme mit Ländern verstärkt gefördert und beworben werden, die bisher nicht im Fokus der Jugendlichen stehen. Denn obwohl sich viele als „europäisch“ fühlten, haben doch wenige Kontakte zu und Kenntnisse über die östlichen Mitgliedstaaten. Hier Fortschritte zu erzielen, sahen sich auch die MultiplikatorInnen selbst in der Pflicht.

Sozial- und wirtschaftspolitische Zukunftsfragen der EU

Am zweiten Tag widmete sich die Tagung sozial- und wirtschaftspolitischen Zukunftsfragen der EU. Am Vormittag stand Birgit Sippel (MdEP, S&D) als Gastrednerin zur Verfügung und sprach sich für eine Sozialunion, die die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ergänze, aus. Denn die einseitige Beschränkung auf die Wirtschaft und den Binnenmarkt habe in Europa zu sozialen Verwerfungen,

Lohndumping und Einschränkungen in den Sozialsystemen geführt. Ein System sei dann effektiv, wenn es verhindere, dass Menschen in die Sozialsysteme rutschten bzw. schnell wieder herauskämen und eine vergleichbare neue Arbeitsstelle fänden. In seinem Vortrag ergänzte Dr. Zbigniew Wilkiewicz (GESW), in der EU gebe es zwar zwischenstaatliche Abkommen, Förderprogramme (z.B. ESF) und eine Implementierung von Mindestnormen (z.B. Entsenderichtlinie), aber die sozialpolitischen Kompetenzen der EU blieben laut vertraglicher Grundlagen weiterhin gering und würden durch das Subsidiaritätsprinzip nachhaltig eingeschränkt. Die Hoffnung, mit Hilfe von Mindeststandards und durch Kohäsionspolitik eine annähernd gleiche Situation und Konvergenz in der EU verwirklichen zu können, erweise sich als trügerisch, die Lebensverhältnisse in der EU blieben unterschiedlich – und die Divergenzen nähmen angesichts der anhaltende Krise in den südeuropäischen Mitgliedstaaten noch zu. Einen Impuls für Diskussionen gab das Modell einer Sozialunion von Prof. Dr. Ulrike Liebert, Politikwissenschaftlerin am Jean Monnet Centrum für Europastudien, das Herr Dr. Wilkiewicz vorgestellt. Liebert setzt weder auf Harmonisierung noch Homogenisierung oder den sog. kleinsten gemeinsamen Nenner. Ihr Modell besteht aus den Komponenten: Modernisierung der umlagefinanzierten Systeme, soziale Sicherung durch Etablierung nachhaltiger Finanzsysteme, eine aktive soziale Investitionspolitik und die Herausbildung einer Solidaritätskomponente. Nach ihrer Einschätzung sei nur an begrenzte Haushaltstransfers und Stützungsmaßnahmen horizontaler Art zu denken, eine permanente Umverteilung sei kontraproduktiv. Vielmehr komme den Bildungsausgaben eine große Bedeutung im Rahmen einer investiven Sozialpolitik zu. Doch angesichts der Krise fordert sie mutige Sofortmaßnahmen, z.B. einen Rettungsschirm mit Bankenlizenz und Eurobonds.

Am Nachmittag referierte Dr. Gerhard Schüsselbauer (GESW) über Gegenwart und Zukunft der Wirtschaftspolitik in der EU und diskutierte mit den Teilnehmenden die Frage, ob es sich hierbei um eine Eurokrise oder eine Staatsschuldenkrise handele. Der Euro sei nicht in der Krise, so Schüsselbauer, denn interne und externe Währungsstabilität seien gegeben. Der Euro habe eine relativ geringe Inflationsrate und sei stabiler als die D-Mark. Die Entwicklung des Wechselkurses US-\$/€ habe sich zugunsten des Euros entwickelt. Hingegen könne aber von einer Staatsschuldenkrise gesprochen werden, die drei Aspekte umfasse. Erstens: Aufgrund von Politikversagen und Misswirtschaft vieler Regierungen sei die Verschuldung der öffentlichen Hand permanent gestiegen. Zweitens: Im Banken- und Finanzsektor habe der Markt versagt, das Fehlverhalten von Manager/innen zog keine Haftung nach sich. Drittens: In den Krisenländern herrsche eine schwache Wettbewerbsfähigkeit, sie importierten mehr als sie exportierten. Eine ausgeprägte Wirtschaftskrise und Rezession seien gefolgt. Doch in der Krise liege auch die Chance für einen Neubeginn. Der Referent setzte einen Kontrapunkt zur bisherigen Diskussion und sprach sich für die Freiheit des Marktes mit Verantwortung und Haftung der Beteiligten aus. Die Staaten und die EU sollten sich auf die Ordnungspolitik konzentrieren, gesetzliche Rahmenbedingungen und effektive Aufsichtsorgane wie eine europäische Bankenaufsicht bzw. -union, schaffen. Er forderte

schließlich eine antizipative und stabilitätsorientierte Geldpolitik, die derzeitige EZB-Politik sei diskutabel.

Doch wie kann die Staatsschuldenkrise überwunden werden? Wird die EU sich zu einer Transferunion entwickeln? Kann die EU eine Wirtschaftsmacht im globalen Maßstab bleiben? Unterschiedliche Antworten mündeten in fünf Szenarien zur Zukunft Europas, die der Referent vorstellte.

Die EU-Erweiterungen und die Proteste in der Ukraine

Der dritte Seminartag begann mit einem Einführungsvortrag zur Erweiterung der EU. Herr Dr. Schlüsselbauer gab einen Rückblick auf die große Erweiterungsrunde des Jahres 2004 und die Beitritte von Rumänien, Bulgarien (beide 2007) sowie Kroatien (2013). Im Zentrum standen dabei die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien (demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, wirtschaftliche Stabilität, Übernahme des Acquis Communautaire der EU). Nach der Beitrittsfähigkeit der Kandidatenländer wurde anhand zweier Karikaturen die Aufnahmefähigkeit der EU thematisiert. Dabei seien nicht nur die Reformen der europäischen Institutionen und Entscheidungsprozesse von Bedeutung (u.a. Vertrag von Lissabon), so der Referent, sondern auch die politische Kommunikation in den europäischen Strukturen und der Respekt der EU und ihrer Mitglieder vor Kultur, Sprache und Identität eines jeden Neu-Mitgliedes. Kritisch sahen die Teilnehmenden die politischen Entwicklungen in der Türkei, einige befürworteten die Verzögerung der Beitrittsverhandlungen seitens der EU nach dem harten Vorgehen der Regierung Erdoğan gegen regierungskritische DemonstrantInnen im Sommer 2013.

Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen in der Ukraine nahm die Seminarleitung einen neuen Programmpunkt auf: Herr Dr. Wilkiewicz gab einen Einblick in die schwierigen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU sowie der Ukraine und Russland. Er erklärte, dass historische Erfahrungen wie zum Beispiel die Verschiebung und Neuziehung von Staatsgrenzen, der Zweite Weltkrieg und die sogenannten ethnischen Säuberungen, noch heute nachwirkten – die Ukraine stehe zwischen Ost und West. Ein Seminarteilnehmer spitzte seine Aussage zu und betonte, viele UkrainerInnen hätten Angst, zwischen den Mächten zermahlen zu werden. Der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besetzung seien für die Annäherung an die EU eine schwere Hypothek. Darüber hinaus präge, so Wilkiewicz, die deutliche Zweiteilung des Landes in West- und Ostukraine – bei einem hohen russischsprachigen Bevölkerungsanteil im Osten und Süden – die gegenwärtige Krise. So mögen viele WestukrainerInnen und die DemonstrantInnen auf dem Majdan eine engere Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen der Östlichen Partnerschaft vielleicht befürworten, aber die ukrainische Regierung von Präsident Janukowitsch – auf die russischen Interessen Rücksicht nehmend – betreibe eine Schaukelpolitik, die von der Frage geleitet werde: „Wer bietet mehr – die EU oder Russland?“. Der Referent bezweifelte, dass es mit der gegenwärtigen ukrainischen Regierung zu einer baldigen Paraphierung des Assoziierungsabkommens mit der EU kommen werde, denn die enge wirtschaftliche Abhängigkeit der Ukraine von Russland spiele bei den Verhandlungen eine sehr erhebliche Rolle. Die Erfüllung der im Rahmen der Östlichen Partnerschaft

vorgegebenen wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen EU-Standards sei für die Ukraine hingegen sehr schwierig.

Bemerkenswertes aus der Diskussion

Intensiv wurde über den Primat der Politik und über die Ökonomie diskutiert. Inwieweit Effizienzgewinne mit Demokratieverlusten in einer ökonomischen Ausnahmesituation bezahlt werden dürften blieb in der Diskussion genauso umstritten wie die Verflechtung von politischen und ökonomischen Eliten. Politische Entscheidungen, besonders des Rates, wirkten oft intransparent. Einige Diskutanten beurteilten das jetzige freiwillige Lobbyregister der EU als unzulänglich und befürworteten ein verpflichtendes, umfassendes und robustes Register für die europäischen Institutionen.



Frau Sippel mit Teilnehmenden der OWI-Tagung

Verschiedene Ansichten gab es in der Frage, ob man von einem Politik- und Marktversagen in der derzeitigen Krise sprechen sollte. Schon die Definition der beiden Begriffe sei ideologisch aufgeladen, so ein Teilnehmer.

In der Diskussion über das Wohlstandsgefälle in der EU sah man die Gefahr eines weiteren Auseinanderdriftens und einer zunehmenden Gerechtigkeitslücke zwischen Arm und Reich. Zudem wurden die Wanderungen junger qualifizierter Menschen aus den Krisenländern in prosperierende Mitgliedstaaten unterschiedlich bewertet. Einige befürchteten einen „brain drain“, andere sahen ihre Mobilität als Errungenschaft, denn Wissen gehe nicht verloren – Kompetenzen könnten genutzt und weiterentwickelt werden, Gelder würden nach Hause geschickt und wahrscheinlich kehrten die Menschen mit erweiterten Kenntnissen zurück, die wiederum ihren Ländern Nutzen brächten.

Die Festigung, Entwicklung und der Ausbau eines tragfähigen Sozialmodells wurde von vielen für die Zukunft der EU nicht nur als eine normative Verpflichtung angesehen, sondern als existentielle Herausforderung.

Gewissenhaft mit Sorgen und Stimmungen umgehen

Die vorrangigen Ziele der Fachtagung waren die kritische Wissensvermittlung sowie der differenzierte Kenntnis- und Erfahrungsaustausch im Rahmen der politischen Bildungsarbeit mit MultiplikatorInnen und Interessierten. Im Mittelpunkt stand die aktuelle und zukünftige Entwicklung der EU. Die gegenwärtige Krise verbreitet Unsicherheit und bietet PopulistInnen eine politische Angriffsfläche. Lehrer/innen, Studierende und weitere MultiplikatorInnen der politischen Bildungsarbeit sollten

gewissenhaft auf die Sorgen und Stimmungen von SchülerInnen, KommilitonInnen oder Seminarteilnehmenden reagieren und begründet argumentieren können. Die Fachtagung ermöglichte eine sorgfältige Auseinandersetzung mit politischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen in der EU. Fachkenntnisse konnten vertieft und erweitert werden. Nicht zuletzt knüpften die Teilnehmenden Kontakte untereinander, die auch einen weiteren Austausch im Berufs- und Studienalltag ermöglichen sollten.

Zbigniew Wilkiewicz

Reflexionen zum tunesisch-deutschen Begegnungs-Seminar „Demokratie und Bürgergesellschaft“ in Hammam Sousse, 23. bis 30. Oktober 2013

23./24. 10. 2013

Der Abflug nach Tunis verzögert sich wegen eines Streiks des tunesischen Flughafenpersonals um mehr als zwei Stunden. Wir kommen erst gegen 16.00 auf dem Flughafen in Tunis an – und werden von Mousen in Empfang genommen und nach Hammam Sousse pilotiert. Während der Busfahrt spreche ich lange mit Mousen über die soziale Situation, über Mindestlöhne, Gehälter von Lehrern (500 Euro mtl.), Mietpreise von Wohnungen. Er hat als Alleinstehender in Sousse eine Wohnung von 100 qm Fläche, bezahlt dafür 150 Euro und arbeitet zusätzlich noch als Event-Manager und Clown.

Es ist sehr warm, 29 Grad Celsius. Die deutsche Gruppe ist ohne Ausfälle vollständig angereist, die jungen Leute sind guter Laune. In Hammam Sousse werden wir von unserem tunesischen Kooperationspartner Chokri Jegham mit Rosen in

Empfang genommen; er teilt uns mit, dass es gerade heute Tote gegeben hat: sechs Nationalgardisten und zwei Terroristen. In den nächsten Tagen wird es Demonstrationen der Polizeigewerkschaften und eine 3tägige Staatstrauer geben. Die terroristischen Anschläge wurden genau zum 2. Jahrestag der ersten freien Wahlen in Tunesien durchgeführt. Und genau an diesem Tag sind wir angereist! Die Tunesier sind irritiert und verunsichert, die Sicherheitslage scheint prekär zu sein, überall Polizei- und Armeeeinheiten, die die Touristikzentren abschirmen sollen. Während unseres Aufenthalts gibt es in Sousse und Tunis wegen der Anschläge auf die Sicherheitskräfte nicht nur Demonstrationen und Ansprachen, sondern auch eine Parlamentsdebatte über die erneute Verabschiedung eines Antiterrorgesetzes, das nach der Entmachtung Ben Alis außer Kraft gesetzt worden war. Überall sind laut diskutierende Menschen zu sehen, vor allem ältere Männer in den Cafés. Gleichzeitig machen die meisten Menschen einen gelassenen Eindruck und gehen in aller Ruhe ihren Geschäften nach. Unübersehbar die Scharen junger Männer, die offenbar arbeitslos sind und in den Cafés sitzen. Die Jugendarbeitslosigkeit scheint enorm zu sein. Unübersehbar auch die hübschen, gepflegten und geschmackvoll gekleideten Frauen, die die Straßen und Plätze der Städte bevölkern.

In Hammam Sousse absolvieren wir ein gut vorbereitetes Kennenlern-Spiel (Porträtzeichnungen aller TN, die in zwei Gruppen gemeinsam gezeichnet werden).



Seminarteilnehmer vor Banner

Anschließend eine Stadt-Rallye an markanten Punkten der historischen Altstadt, an denen Chokri große, dreisprachige gestaltete Banner hat aufstellen lassen, in denen auf unser Seminar hingewiesen wird. So ist das GESW ganz werbewirksam an mehreren Stellen in der Innenstadt präsent.

25. 10. 2013

In einer ersten deutsch-tunesischen Diskussionsrunde einigen wir uns am nächsten Morgen mittels einer Charta auf gemeinsame Verhaltens- und Diskussionsregeln. Einen Teil des Vormittags verbringen wir in der Großstadt Sousse im archäologischen Museum und der Medina. Das Museum hinterlässt bei allen Beteiligten einen guten Eindruck. Es ist in einem sehr gepflegten, alten Gebäude – wohl der alten Festungsanlage – und einem grünen, blumenbestandenen Park untergebracht, die Exponate aus römischer Zeit (Medusa, Tierdarstellungen, Alltagsszenen) sind überwältigend. Mohammed gibt allerdings zu bedenken, dass die Alltagssorgen des Durchschnittstunesiers nichts mit der glanzvollen Vergangenheit des Landes zu tun hätten. Der Blick müsse auf die Gestaltung der Zukunft zu richten – und hier erweise sich das Land mitsamt seinen Politikern als quasi gelähmt. Ich halte entgegen, dass es ohne Vergangenheit, aus der sich Identität und Selbstversicherung ableiten lasse, auch keine selbstbestimmte Gegenwart und Zukunft gebe. Mohamed stimmt mir zwar zu, bleibt aber weiterhin skeptisch. Inzwischen haben etliche Grundschulklassen mit ihren stets energisch disziplinierenden Lehrerinnen ebenfalls im Vorhof des Museums Stellung bezogen. Die Kinder betrachten uns neugierig und reagieren nur verhalten auf unsere arabischen und tunesischen Grußformeln. Im Park hat man kindgerechte Exponate unter Zelten aufgebaut, mit deren Hilfe die Knirpse an die einstige historische Bedeutung ihrer Heimat herangeführt werden sollen.

Im Anschluss daran haben wir Termine mit zwei NGOs in Sousse. Einmal mit Mitgliedern der „Association Charité“, die eine ausgesprochen soziale Ausrichtung hat und sich professionell präsentieren, und dann mit der Sektion von Amnesty International (AI). Der Vorstand der „Association Charité“ besteht aus 11 Mitgliedern, insgesamt hat man 270 Mitglieder. Hilfen und Zuwendungen werden rein ehrenamtlich erbracht, man sei überparteilich und lege auf die eigene Unabhängigkeit großen Wert. Die NGO sei bereits vor der Revolution gegründet worden und habe keinen religiösen oder politischen Hintergrund. Im Zentrum ihrer Philosophie stehe der Begriff der Gemeinschaft. Die junge, sehr gut gekleidete Frau, die als Übersetzerin fungiert, wirkt wie eine sehr motivierte Managerin und spricht ausgezeichnet Englisch, der Referent, ein junger bärtiger Intellektueller, spricht nur Arabisch und legt ein Sprechtempo vor, dem die Übersetzerin kaum folgen kann. Im Hintergrund halten sich drei ältere Herren in Anzügen und mit Bärten, die – wie ich später höre – stadtprominente Repräsentanten der Ennahda sind. Insofern scheint die Erzählung von der strikten Überparteilichkeit der Charité ein wenig geschönt zu sein. Offenbar handelt es sich hierbei um eine NGO, die islamisch orientiert und eng mit der Ennahda verbunden ist.

Amnesty International (AI) wurde in Tunesien 1981 gegründet, die Sektion in Sousse entstand im Jahre 1990. Sie befindet sich im dritten Stock eines Gebäudes, das einst bessere Zeiten erlebt hat. Es stehen uns vier Gesprächspartner zur Verfügung, zwei ältere Herren und zwei jüngere Damen. Auch hier haben wir es mit der typischen Rollenverteilung zu. Die Frauen betätigen sich als Übersetzerinnen, während die Herren referieren – und ohne Punkt und Komma reden. So kann konsekutives Übersetzen für die Dolmetscherin und die Zuhörenden zur Qual werden! Immerhin ist es möglich, das Procedere ein wenig zu strukturieren, was den Übersetzenden die Arbeit erleichtert. Zeitweise gehen wir ins Französische über, um die umständliche konsekutive Übersetzung zu umgehen. Irgendwie ruckeln wir uns durch und es ergibt sich eine durchaus interessante Diskussion.



Breakdance als Protestform

Schwerpunkte von AI Tunesien waren und sind die Themen Todesstrafe, Folterungen, Politische Gefangene, Medienfreiheit. Obwohl AI schon lange in Tunesien existierte, sei man erst nach der Absetzung und Flucht Ben Alis angstfrei. Denn erst nach der Revolution sei echte freie Meinungsäußerung in Tunesien möglich geworden. Auf meine Frage nach Todesstrafen, Folterungen und politischen Gefangenen erhalte ich folgende Antwort: Im Hinblick auf systematisches Foltern habe sich die Situation erheblich verbessert; Tatbestände, die der Folter zugeordnet werden können, gebe es zwar noch immer, dabei handele es sich aber um Entgleisungen, um punktuelle Ausschreitungen, die nicht systematisch vorgenommen werden. Auf nationaler Ebene werde eine Diskussion über Folter geführt, bei der es um die Frage gehe, ob Folter verjähren dürfe. Im Hinblick auf politische Gefangene müsse davon ausgegangen werden, dass es politische „Gesinnungsgefangene“ (Journalisten, Sänger) gebe, die wegen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung (das Heilige schmähende Karikaturen) zu schweren Strafen verurteilt wurden. Dies gelte auch für Jugendliche, die seit mehreren Jahren in Haft seien. AI Tunesien setze sich für diese Gesinnungsgefangenen ein und fordere, dass die Menschenrechtserklärung von 1948 als Basis für die neu zu verabschiedende tunesische Verfassung zu gelten habe. AI Tunesien habe sich nach der Revolution in die Verfassungsdebatte eingeschaltet, man habe ein 10-Punktepapier mit Forderungen an die neu zu bildende Regierung vorgelegt und von Beginn an auf das Prinzip internationaler Solidarität abgehoben. Auf praktischer Ebene werde neben Informationskampagnen versucht, Druck auf die tunesischen Parlamentarier auszuüben; man kooperiere mit dem Arabischen Institut für Menschenrechte in Tunis, schließlich werbe man an Unis und Schulen für seine Aktivitäten. Ziel sei die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft. Vor der Revolution wurden die Aktivitäten von AI polizeilich überwacht, allerdings war Ben Ali an einem positiven Bild seines Landes gelegen, so dass AI nicht verboten wurde. AI setze sich heute nicht nur für die oben genannten vier Kernthemen ein, sondern auch für soziale Gerechtigkeit.

Ich nehme wahr, dass Chokri Jegham in Hammam Sousse und auch anderswo über ein weites Netz von Verwandten, Freunden und Bekannten verfügt und diese Beziehungen sorgfältig pflegt. Regelmäßige Stammtische mit Lehrern, Kaufleuten, Handwerkern, Kommunalpolitikern erhalten die Freundschaft und ermöglichen den „kurzen Draht“, um dringliche Aufgaben und akute Probleme zu lösen. Die Denk- und Arbeitsweise von Chokri erinnert mich an die Umbruchjahre in Polen, wo ebenfalls viel improvisiert werden musste. Geldmangel und mangelnder Komfort wurden damals durch menschliche Zuwendung und Gastfreundschaft kompensiert, die polnischen Kollegen erwiesen sich als wendige Improvisationsgenies und das „Jakoś to będzie“ (Das wird schon) wurde zu unserem Leitspruch. Diesen polnischen Satz bringe ich Chokri nunmehr auch bei und verweise auf die Parallelen zum polnischen Transformationsprozess. Das „Jakoś to będzie“ bringt er besser über die Lippen als meinen Vornamen Zbyszek, ich schlage ihm deshalb vor, mich einfach Beefsteak zu nennen. Man merkt, bei unseren abendlichen Seminaarauswertungen hatten wir auch Spaß und entwickelten eine Menge Selbstironie.

26. 10. 2013

Zur Exkursion nach Tunis brechen wir bereits um 7.00 Uhr auf. Für die 140 km. lange Strecke benötigen wir ca. 2 Stunden. Wir kommen beim Arabischen Institut für Menschenrechte etwas verfrüht an und müssen warten. Schließlich erscheint der Leiter dieser renommierten Institution, Prof. Abdelhasset Ben Hssin, den ich bereits vor einem Jahr kennengelernt habe, und erläutert in ausgezeichnetem Englisch die Aufgaben des Instituts, das unter anderem mit der UNO, der UNESCO, der High Commission of Refugees und weiteren zehn internationalen Organisationen kooperiert. Das strategische Ziel ist die Analyse der universell geltenden Menschenrechte in den arabischen Staaten. Hierzu werden Schulungen durchgeführt und es existiert ein Netz von Beauftragten in 14 arabischen Staaten. Beobachtet wird die Situation der (politischen) Gefangenen, man unterstützt ggf. Reformmodelle und mischt sich auch in aktuelle politische Diskussionen zur Menschenrechtssituation ein. Zunehmend werden auch traditionell tabuisierte Themen, wie die Lage von Minderheiten oder die Gleichstellung von Frauen und Männern, behandelt. Die tunesische Revolution versteht der Referent als einen langwierigen Prozess. Man habe in Tunesien große Fortschritte erzielt, da Menschenrechte nunmehr politisch und in aller Öffentlichkeit diskutiert werden und deren Einhaltung als Voraussetzung für den politischen Wandel betrachtet wird. Gleichzeitig hebt Ben Hssin hervor, dass man die Menschenrechte nicht als eine Art Ersatzreligion betrachten dürfe, vielmehr handele es sich um Instrumente, die das Zusammenleben der Menschen regulieren sollen. Er betont zudem, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auch unter Ben Ali formalrechtlich Geltung hatte, dass aber trotzdem gefoltert wurde. Insofern seien nicht die gesetzlichen Bestimmungen allein, sondern deren Einhaltung und Durchsetzung entscheidend.

Auf meine Frage, was sich seit unserem Besuch im letzten Jahr in Tunesien verändert habe, erhalte ich folgende Antwort: Die Institutionalisierung der Reformen, z. B. im Bereich Medien, sei erfolgt. Es sei zu einer Fortentwicklung der Kultur der Bürgergesellschaft gekommen (Wahlen als partizipativer Prozess, Entwicklung von gesellschaftlicher Solidarität, Stärkung eines analytischen Verhältnisses zu politischen Entwicklungen). Gleichzeitig gebe es aber auch eine außerordentlich starke Konkurrenz im Hinblick auf die Eroberung und Festigung politischer Macht sowie eine starke Konfrontation der gegnerischen politischen Lager. Leider sei in diesem Kontext viel Zeit verloren worden, da es seitens des Staates und der politischen Parteien bisher nicht gelungen sei, eine positive Vision/Strategie für Beschäftigung, Bildung, Minderheiten und die Frauenfrage zu entwickeln. Es herrsche eine feindliche Atmosphäre und vermehrte Gewaltbereitschaft vor. Auch gebe es im Internet eine Unzahl von Schmähungen und verbale Gewalt (killing words!) sowie einen real existierenden Terrorismus, dem gerade vor ein paar Tagen sechs Nationalgardisten zum Opfer gefallen seien. Andererseits müsse aber auch betont werden, dass Tunesien über ein beachtliches zivilgesellschaftliches Potential verfüge. Immerhin habe man während der arabischen Krise eine Million Flüchtlinge aus 14 Staaten aufgenommen, darunter 600.000 Libyer. Er selbst bleibe deshalb vorsichtiger Optimist.

Wir bewegen uns mit dem Bus nach einem Mittagessen im Zentrum von Tunis – das wir in einem nahe an der Medina gelegenen Restaurant zu uns nehmen – in einen vernachlässigten Stadtteil der Hauptstadt, vergleichbar mit einem klassischen französischen Banlieu: dem berüchtigten Hejit Alam. Hier leben etwa 140.000 Menschen, Entwurzelte und Zugezogene aus anderen Städten und vom Lande, unter ärmlichen Verhältnissen. Die Arbeitslosenrate ist hoch, das Viertel macht einen verwahten Eindruck. Auch die NGO, die wir besuchen, die „Association Tahaddi“ scheint eher provisorisch in einem älteren, dreistöckigen Gebäude untergebracht zu sein. Die Leiterin, Fatma Jegham, jugendbegeisterte Lehrerin und Enthusiastin, die seit Jahren in diesem sozialen Brennpunkt mit hoher Kriminalität und erheblicher Drogenproblematik arbeitet, empfängt uns überaus herzlich. Das gilt auch für die Jugendlichen, die uns Protestsongs, Breakdances, eine kurze Theatervorstellung sowie ihre Graffiti-Aktionen vorführen. Der Breakdance findet auf dem Dach des Gebäudes bei über 30 Grad Hitze statt. Ich bewundere die jungen Leute wegen ihrer körperlichen Fitness und ihres Einsatzes und denke etwas amüsiert, aber auch wehmütig an meine eigenen „wilden Jahre“ Anfang der 1970er zurück. Damals suchten wir auch nach erfrischenden, provozierenden oder gar schockierenden Formen des gesellschaftlichen Protests. Inklusiv des etwas inflationär verwendeten Begriffs Revolution. Einige der deutschen und tunesischen TN haben sich nun den Breakdancern angeschlossen und machen begeistert mit. Subkultur und Underground wirken selbst auf „bürgerliche“ Gemüter attraktiv, zumindest kann man hübsche Fotos machen. Die linken Aktivisten bei den deutschen TN fühlen sich bestätigt, da sie hier auf verwandte Formen des gesellschaftlichen Protests stoßen, die übrigen sind etwas zurückhaltender. Die Leiterin fragt mich nach meinen Eindrücken. Ich ziehe Vergleiche zu ähnlichen Protestbewegungen und Ausdrucksformen in Europa, erinnere an die spontanen

Aktionen Oppositioneller im durch das Kriegsrecht erschütterten Polen und lobe sie für ihr ungeheures ehrenamtliches Engagement. Fatma scheint Tag und Nacht mit den Jugendlichen zu verbringen, die sie auf diese Weise von den Gefährdungen der Straße fernhält. Sie ist vielleicht Anfang vierzig, avantgardistisch gekleidet und hat Glut in den Augen; dazu trägt sie ein Che Guevara-Medaillon in ihrem Ausschnitt.

Ach ja, commandante Che Guervara... Da kommen Erinnerungen an die eigene Jugend auf, aber auch die Skepsis der Alterserfahrung bricht sich ihren Weg: Was hat der militante antiimperialistische Kampf von Castro, Guevara, Camilo Torres und der vielen anderen Ikonen der revolutionären Linken schließlich bewegt und gebracht? Und wie sollte die Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in einem krisengebeutelten Land wie Tunesien geführt werden? Was würde passieren, wenn aufgebrachte Salafisten das „anarchische“ Treiben dieser Schar junger, motivierter und letztendlich idealistischer Menschen durch einen Sturm auf das Gebäude der „Tahaddi“ gewaltsam beenden wollten? Wären die jungen Leute angesichts einer solchen Bedrohung tatsächlich in der Lage, friedlich zu bleiben und weiter auf gewaltfreien Widerstand zu setzen? Skeptische Fragen eines aus relativ geordneten Verhältnissen kommenden Europäers. Dabei gibt es in Europa und Deutschland, aber gerade auch zuletzt in der Türkei mit der Occupy-Bewegung viele ähnliche Ansätze als Ausdruck des Widerstands gegen eine aus den Fugen geratene Welt, deren Eliten sich anscheinend ausschließlich dem reinen Profitdenken verschrieben haben. So weit liegen wir also gar nicht auseinander. Nur, dass die allgemeine Politikverdrossenheit und die Ignoranz der Mächtigen im Westen die Demokratie allmählich aushöhlen, während man in Tunesien noch immer für die Umsetzung elementarer politischer und sozialer Rechte kämpft. Das sind Themen, die uns auch während unserer allabendlichen Seminauswertungen bewegen. Die Rückfahrt nach Tunis lässt viel Zeit zum Meditieren und Diskutieren, die dementsprechend genutzt wird. Nach dem späten Abendessen gibt es um 21.30 Uhr noch einen weiteren Programmpunkt. Eine Mitarbeiterin des Jugendzentrums feiert in einem der großen Touristenhotels des Jachthafens Kantaoui ihre Verlobung. Chokri arrangiert es so, dass die ganze Gruppe zu Kaffee, Tee und Kuchen eingeladen wird. Bei unserem Eintreffen werden wir von der Pracht des Verlobungsfestes und dem betriebenen Aufwand regelrecht geblendet. Sicherlich um die 250 Gäste bevölkern die Festsäle des Hotels, die exotische, aber sehr eingängige arabische Musik begleitet gerade einen gekonnten Bauchtanz, die Männer und Frauen sind feierlich gekleidet und frisiert. Die Braut nimmt unseren kleinen Blumenstrauß freudig entgegen und auf der Terrasse wird rasch ein Tisch mit 20 Stühlen für uns zusammengeschoben. Was für ein Kontrast zu dem gerade vor einigen Stunden erlebten Programm bei „Tahaddi“. Aber auch ein Zeichen für die Lebensfreude und Lebensbejahung der Tunesier, die gerne und gut zu feiern verstehen und sich durch die angespannte politische und wirtschaftliche Lage wenig beeindruckt zeigen.

Das ist eine friedliche und freundliche, mediterrane Gesellschaft, die der Geselligkeit und den irdischen Genüssen sehr zugewandt ist, erklärt mir in einfachstem Französisch ein Elektromeister und guter Bekannter Chokris. Gleichzeitig besteht er darauf, dass die

Araber ein schwieriges Völkchen seien, da sie keine demokratische Diskussionskultur entwickelt hätten. Jemanden aussprechen zu lassen, falle den meisten noch immer sehr schwer, man werde schnell laut und überbiete sich gerne kakophonisch mit Argumenten. Ist das nun ein (diskriminierendes) Eigenstereotyp oder die wohl begründete Erfahrung eines älteren Mannes, der seinen Landsleuten wohl nicht nur auf die Elektroleitungen geschaut hat? Ich halte mich vornehm zurück, muss aber an das Diskussionsverhalten meiner polnischen Landsleute während der harten Transformationsphase in der Balcerowicz-Ära zurückdenken, als es fast nur enttäuschte und verbitterte Menschen gab, die ob des ökonomischen Desasters und ihrer Verarmung nur wenig mit der neu gewonnenen Freiheit anzufangen wussten. Damals wurde auch selbstkritisch auf die angebliche Unfähigkeit der Polen hingewiesen, nach einem längeren Diskussionsprozess zu einer Einigung zu kommen und respektvoll miteinander umzugehen. Demokratie und Toleranz überzeugt leben und aushalten ist eben ein hoher Anspruch an jeden Einzelnen.



Vor dem Arabischen Institut für Menschenrechte

Das mussten auch unsere deutschen Landsleute in West und Ost feststellen, als sich die deutsche Einigung so langsam zu verwirklichen begann. Gegenseitiges Verstehen, Tolerieren und Akzeptieren fiel damals nicht gerade leicht, und es bedarf heute noch entsprechender individueller und institutioneller Anstrengungen, damit das zusammenwächst, was angeblich zusammengehört. Wie halten wir es in Deutschland mit den 20 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, die im Amtsddeutsch über einen Migrationshintergrund verfügt? Eine ausführliche Diskussion über deutsche Alltagsdiskriminierung von Menschen mit als fremd empfundenen Namen und Hautfarben, die wir beim Mittagstisch im Jugend- und Freizeitzentrum führen, ist da sehr aufschlussreich. Eine deutsche Studentin mit Migrationshintergrund erzählt, dass sie aufgrund ihres orientalischen Aussehens trotz deutschen Passes immer wieder längeren Identitätsprüfungen unterzogen wird; zwei weitere junge Frauen berichten, dass sie aufgrund ihrer arabischen Nachnamen, grundsätzlich nur in Gastarbeiterdeutsch angesprochen werden. Ich rate ihnen, die Kopftücher abzulegen und Schweinshaxe zu essen, da dies den Deutschwerdungsprozess erheblich beschleunigen könnte. Wir scherzen und lachen zwar viel, ich weiß aber aus eigener Erfahrung, wie verheerend sich selbst harmlose Ausschlussmechanismen auf das Gemüt junger Menschen auswirken können. Mir ist aber auch bewusst, dass das alteingesessene Vertreter der Mehrheitsgesellschaft in der Regel recht wenig schert. Hier gibt es noch viel zu tun!

27. 10. 2013

Auch am Sonntag haben wir ein recht ehrgeiziges Tagesprogramm. Wir fahren nach Monastir, den Geburtsort des legendären Revolutionärs und Reformers Habib Bourguiba. Chokri hat einen Termin bei Radio Monastir, einem lokalen Sender mit regionaler Reichweite, vereinbart. Wir sind zu früh da, werden nach einer kurzen Wartezeit aber freundlich empfangen. Nach der Führung durch einen Angestellten – wir



Vor dem Gebäude von „Radio Monastir“

haben Gelegenheit live eine Kindersendung zu verfolgen, in der das aktuelle Problem Terrorismus behandelt wird –, beobachten wir den routinierten Sprecher der 10.00 Uhr-Nachrichten, deren Inhalt uns auszugsweise ins Englische übersetzt wird. Dann nimmt sich der Chefredakteur des Radios, Larif Hafedh, ausführlich Zeit für uns und berichtet polyglott in drei Sprachen über die Aufgaben und Aktivitäten der Sendeanstalt. Sehr bald ergibt sich ein Dialog, bei dem es um die historischen Altlasten des tunesischen Journalismus, um die neue Freiheit der Meinungsäußerung, aber auch um Verantwortung und Loyalität geht. Larif arbeitet den Unterschied zwischen einem Regierungs- und einem öffentlichen Sender heraus, schildert die einstigen Probleme mit Zensur und Beschneidung der freien Meinungsäußerung mit

Hilfe einprägsamer Beispiele und hebt hervor, dass man sich auch heute noch gegen starke Vereinnahmungsversuche der Politiker zu wehren habe. Die Aufgabe eines Radiosenders bestehe darin, möglichst objektiv, unabhängig, knapp und präzise zu berichten und den Einflüsterungen oder Drohgebärden einflussreicher Politiker zu widerstehen. Dies sei ein ständiger Kampf, der überall auf der Welt geführt werde, und keine Besonderheit einer Transformationsgesellschaft darstelle. So sei etwa ein „islamistischer Journalismus“, wie er von Teilen der Ennahda gefordert werde, ein Unding, weil darin ideologisch-religiöse Positionen vertreten würden, die mit einer offenen überparteiischen Berichterstattung nicht zu vereinbaren seien.

Ein ganz anderes Problem ergebe sich aus der Tatsache, dass die tunesische Politiklandschaft labil und kaum zu durchschauen sei und so mancher Politiker bereit ist, je nach Bedarf die Farbe von Rot bis Schwarz zu wechseln. Dieses von Larif als „Chamäleon“ bezeichnete Verhalten, erinnert natürlich stark an die ähnlich titulierten gesamtdeutschen „Wendehälse“. Sicherlich wurden im Radio Monastir demokratische Grundsätze und Regeln eingeführt, das alte Personal ist allerdings geblieben. Wir werden hier mit einer Problematik konfrontiert, die uns auch in anderen Institutionen wieder begegnet: Wie kann man neue demokratische Strukturen und Institutionen schaffen, wenn es keine personelle Erneuerung gegeben hat? Entsprechend kritisch fallen die Nachfragen einiger tunesischer TN aus, die nach den substantiellen Unterschieden im postrevolutionären Tunesien fragen, und den anwesenden Redakteuren des Radiosenders suggerieren wollen, im Grunde genommen ein zahmer Regierungssender zu sein. Dem widerspricht Larif allerdings entschieden. Am Ende der

Begegnung wird auf Anregung Mohameds die in arabischer Sprache verfasste Charta des Senders ins Englische übersetzt: darin spricht man sich für einen unabhängigen Journalismus, gegen staatliche Eingriffe, Manipulationsversuche und Verfolgung kritischer Journalisten aus. Wir machen zum Abschied ein Gruppenfoto vor dem Sender und schwärmen in gemischten Kleingruppen in die Stadt aus.

Die Hitze im nachmittäglichen Monastir ist kaum zu ertragen. 32 Grad Celsius. Straßen und Plätze sind leergefegt, die Menschen suchen nach den wenigen Schattenplätzen, Wasserflaschen kreisen. Ausländische Touristen sind nicht auszumachen, die Droschkenkutscher vor dem gewaltigen Mausoleum Bourguibas haben nichts zu tun, die müden Gäule kämpfen gegen die lästigen Fliegen an. Ich besichtige das Mausoleum und das Grab eines islamischen Heiligen, das sich in einem kleinen Gotteshaus befindet. Ich werde von drei älteren Frauen, die sich um die Grabstätte kümmern, aufgefordert, die Schuhe abzulegen und beim Verlassen der heiligen Stätte eine Münze zu hinterlassen. Ich habe aber kein Kleingeld dabei und den 10-Dinarschein können sie nicht wechseln. Also pilgere ich zu einem Kiosk, erwerbe eine Flasche Wasser und kehre mit einem Dinar zur Grabstätte zurück. Man hat wohl nicht damit gerechnet, dass ich wieder kommen und den Obulus zahlen würde. Also ist man erfreut und bedankt sich. Ich überquere den Platz, laufe über eine Grünanlage und werde von einem etwa 70jährigen Mann auf Deutsch angesprochen. Er gibt vor, mich aus Hammam Sousse zu kennen, wo er angeblich in der Küche des Jugend- und Freizeitzentrums arbeitet, und will mir unbedingt einen Laden mit Knüpfarbeiten zeigen. Er fragt mich aus und erzählt über sich selbst. Vor einigen Jahren habe er als Gastarbeiter in einem Betrieb bei Stuttgart gearbeitet; daher sein gutes Deutsch. An die Zeit in Deutschland denke er gern zurück, obwohl er sich an die Kälte habe gewöhnen müssen. Jetzt lebe er in Monastir und fahre täglich mit dem Bus nach Hammam Sousse zur Arbeit. Der Laden im nahen Stadtzentrum habe einen guten Ruf, und ich könne für kleines Geld schon sehr ansprechende Sachen kaufen. Ich mache ihm klar, dass ich nichts kaufen werde, gehe aber schließlich mit, um mir Werkstatt und Geschäft anzuschauen. Allen Überredungskünsten zum Trotz kaufe ich nichts, trenne mich aber in aller Freundschaft von meinem flüchtigen Bekannten. Jetzt suche ich nur noch Schatten und ein stilles Plätzchen, um ein paar Notizen zu machen. Ich finde eine Bank im Halbschatten, vor mir parkt unser Reisebus, im Hintergrund erstreckt sich das riesige Bourguiba-Mausoleum. Ein junger Tunesier läuft mit einem Falken auf dem Arm mehrfach an mir vorbei. Er sucht nach Touristen, die sich gegen ein kleines Entgelt mit dem Tier ablichten lassen würden. Nur gibt es heute keine Interessenten, also kann er auch kein Falkenfotogeschäft machen. Die eleganten, bunten Kopftücher und Schleier der mit ihren Männern dahinflanierenden Frauen sind beeindruckend, aber sorgen wohl kaum für Abkühlung. Die flimmernde Hitze hält an, und selbst die kurze Rückfahrt mit unserem Reisebus gerät zur Anstrengung. Erst am Abreisetag werde ich erfahren, dass die tunesischen Sicherheitskräfte während unseres Aufenthalts in Monastir vier Männer verhaften konnten, die Sprengstoffanschläge geplant hatten. Ihr Ziel war wohl das Bourguiba-Mausoleum!

Nach dem Mittagessen ein weiterer Termin im gut gekühlten Sitzungssaal des Rathauses von Hammam Sousse. Wir kommen mit Repräsentanten der Stadtverwaltung, des Stadtrats und einigen Vertretern weiterer NGO zusammen. Der Saal füllt sich allmählich, und schließlich werden Teile unserer Diskussion von einem privaten Fernsehsender aufgenommen. Der Vertreter des Bürgermeisters spricht Arabisch, der Übersetzer, der Lehrer Samir, der – wie sich später herausstellt – einen langjährigen Schüler/innenaustausch mit einer deutschen Real- und Unesco-Schule in Dierdorf (bei Koblenz) betreibt und selbst sehr gut Deutsch spricht, ist mit der Übersetzung ins Englische etwas überfordert. Es geht viel Zeit verloren, weil der städtische Referent – wie üblich – kein Ende findet und der gestresste Übersetzer keinen Anfang. Der Vertreter des Bürgermeisters spricht allerdings nicht über die Aktivitäten der Verwaltung, sondern über die Rolle der NGOs in Hammam Sousse, von denen es über 40 geben soll und die den unterschiedlichsten Zwecken dienen. Auf meine konkreten Fragen nach der Zusammensetzung des Stadtrats, nach Haushalt und Verschuldung und den dringlichsten Aufgaben der Kommune gibt es zunächst keine konkreten Antworten. Nach lauter, kehlig-aufgeregter Diskussion, begleitet von Zwischenrufen und unorthodox formulierten Einschüben, wird klar, dass die Stadt zentral von Tunis aus verwaltet wird. Auch wird deutlich, dass die momentan 16 amtierenden Stadträte nicht gewählt wurden, weil es zwei Jahre nach der Revolution landesweit noch keine Kommunalwahlen gegeben hat. Es handelt sich also um die gleichen Personen, die in den Zeiten der Diktatur auf ihre Posten berufen wurden. Dies ist eine Überraschung für mich und gleichzeitig wird mir klar, warum der institutionelle Demokratisierungsprozess in Tunesien sich gar nicht weiter entwickeln konnte. Der nun auch Französisch und Deutsch sprechende Lehrer Samir bestätigt mich und hebt hervor, dass Tunesien noch weit davon entfernt sei, eine Demokratie zu sein. Dazu werde man seiner Einschätzung nach noch Jahrzehnte benötigen. Da er die deutschen Verhältnisse kennt und davon überzeugt ist, dass Demokratie und Partizipation von unten wachsen müssen, was Dezentralisierung und Subsidiarität zur Voraussetzung hat, weiß er wahrscheinlich, wovon er spricht. Für unsere Diskussion ist Samir ein Glücksfall, denn er erläutert uns sehr anschaulich die Probleme der Stadtverwaltung, die diese zwangsläufig mit der ebenfalls klammen Zentrale in Tunis hat. Immerhin schält sich heraus, dass Hammam Sousse, eine Gemeinde mit 41.000 Einwohnern, lediglich über einen bescheidenen städtischen Jahreshaushalt von 7 Mio. Dinar verfügt. Fragen der Verschuldungshöhe und der Art und Höhe der Steuereinkünfte können nicht beantwortet werden. Mittlerweile bin ich mir aber auch sicher, dass die konkreten Zahlen den anwesenden städtischen Vertretern wohl gar nicht bekannt sind! Ich frage mich also, worüber bei den Stadtratssitzungen eigentlich diskutiert und entschieden wird? Leider lassen sich diese Fragen weder stellen noch beantworten, denn nun stellen die eigens eingeladenen Vertreter der NGO ihre Aktivitäten im Einzelnen vor: sie reichen von Kultur-, Rentner, Frauen,- und Studenteninitiativen bis hin zu einem Schachverein. Immerhin, die Zivilgesellschaft von Hammam Sousse formiert sich zumindest außerparlamentarisch und bündelt die Interessen einzelner Gesellschaftsgruppen. Ohne demokratische Kommunalverfassung und Stadtratswahlen wird sie es zukünftig aber schwer haben, denn mit gutem Willen allein ist so manches ehrgeizige Projekt nicht zu

stemmen. Insofern ist es nur folgerichtig, dass ich als Leiter der deutschen Delegation nach Möglichkeiten deutsch-tunesischer und internationaler Kooperation gefragt werde. Erstens möchte man von den Deutschen/Europäern lernen, zweitens erhofft man sich unsererseits entsprechende materielle Ressourcen. Ich kann mich dem Ansturm kreativer Projektideen kaum erwehren und bremse den kurz aufschäumenden Enthusiasmus einiger besonders beharrlicher Gesprächspartner.

28. 10. 2013

Um 09.30 Uhr beginnt unser Treffen mit der Frauenvereinigung „Tounisette“, die ganz offenkundig einen islamischen Hintergrund hat und der Ennahda nahe steht. Auch hier referieren zwei junge Frauen in ausgezeichnetem Englisch und übersetzen, wenn der eigens eingeladene Imam Chalid in gestochenem Arabisch aus dem Koran vorsingt oder Erläuterungen gibt. Die Organisation „Tounisette“ wurde im Dezember 2011 gegründet und verfolgt folgende Ziele: Stärkung des Patriotismus und der Rechte und Pflichten der Frauen, stärkere Beteiligung der Frauen in Führungspositionen, Kooperation mit anderen Frauenorganisationen in Tunesien und im Ausland, Stärkung der tunesischen Familien. Dazu bietet man landesweit Trainings und Fortbildungen an, in denen es um Organisations-, Zeit- und Führungsmanagement geht, aber auch Themen wie die Gleichstellung von Mann und Frau und das „weibliche Erbe des Islam“ diskutiert werden. Außerdem organisiert man Kulturfeste, bei denen traditionelle Trachten getragen werden und getanzt wird, ist sozial aktiv und betreibt Armenhilfe. Die junge Referentin trägt dies alles mittels einer aufwändig gestalteten Powerpointpräsentation schnell und präzise vor und spricht ein fließendes amerikanisches Englisch. Ihre Mutter, Präsidentin der Organisation in Hammam Sousse, sitzt im Zuhörerkreis und ist ob der Leistung ihrer Tochter offenkundig sehr stolz. Der bärtige, Autorität heischende Imam Chalid erläutert im Anschluss, dass der direkt von Gott verkündete Koran, in dem auch die kleinsten Dinge des Lebens geregelt sind, für jeden gläubigen Moslem oberstes Gesetz sei. Im Unterschied zur Politik sei der Islam übergreifender und das Menschenleben erfüllender Inhalt und kein politisches Instrument, zumal er auch das jenseitige Leben der Gläubigen betreffe. Nach diesen etwas salbungsvollen Erläuterungen, die von den jungen Frauen mit größtem Respekt und Ernst ins Englische übertragen werden, löst meine Frage nach dem Anteil der Scharia in der weiterhin diskutierten und noch immer nicht verabschiedeten neuen tunesischen Verfassung eine leidenschaftliche Diskussion bei den älteren Damen im Zuhörerbereich aus, an der sich Chalid allerdings nicht beteiligt, obwohl meine Frage an ihn gerichtet war. Der Imam verlässt uns aufgrund eines dringenden Termins sowieso bald, so dass wir jetzt mit den anwesenden älteren und jungen Frauen weiter diskutieren. Dies erweist sich ab dann als besonders gewinnbringend, als ein Vertreter der Opferorganisation AISSP (Association Internationale Sout – Prisonniers politiques – Réseau Tunisien de la Justice Transitionnelle) das Wort ergreift. Noumi Abdeldayem charakterisiert die Arbeit seiner Organisation, die sich der politischen Opfer der Diktatur Ben Alis angenommen hat, und bezeichnet die Behandlung politischer Gefangener unter der Diktatur von Ben Ali als eine „Politik des langsamen Todes“. Die zu hohen Gefängnisstrafen verurteilten

politischen Gefangenen wurden systematisch gefoltert, medizinisch nicht versorgt und wie Tiere behandelt, die man bewusst sterben ließ. Bereits 2003 hatte AI über die Lage der politischen Gefangenen in Tunesien berichtet. Sie wurden systematisch gefoltert und waren vollkommen entrechtet. Ihre Verteidiger wurden in der Regel massivem Druck ausgesetzt und eingeschüchtert. Die Opfer waren Kommunisten, Gewerkschafter und Islamisten. Und an dieser Situation änderte sich bis zur Revolution im Jahre 2011 nichts.

Nun spricht Noumi auch direkt eine der älteren Damen im Auditorium an. Sie habe 18 Jahre im Pariser Exil verbracht, da sie aus dem Land getrieben wurde. Ihr Bruder sei unter dem Vorwurf, einen Anschlag auf den Präsidenten geplant zu haben, zum Tode verurteilt und schließlich zu lebenslanger Haft begnadigt worden. Es herrschte Sippenhaft. Durch die zwangsweise Migration habe sie den Kontakt zu ihrer Heimat und ihrer Familie verloren. Erst nach der Revolution sei sie nach Tunesien zurückgekehrt und wolle nun wieder als Lehrerin arbeiten und helfen, das Land nach vorne zu bringen. Es wird deutlich, dass es sich um ein islamistisches Opfer der Verfolgungspolitik des Diktators handelt. Die Frau berichtet unter Tränen von ihrem Schicksal. Unsere Gruppe, in der die verschiedensten politischen Ansichten vorherrschen, zeigt sich betroffen. Die Diskussion hat hier ein Ende, und viele Fragen bleiben unbeantwortet. Ich unterhalte mich noch lange mit dem Referenten, der mir von seiner Zusammenarbeit mit deutschen und slowakischen Opferorganisationen berichtet. Offenbar hat Noumi auch an Konferenzen teilgenommen, an denen Vertreter der Gauck-Behörde beteiligt waren. In Tunesien stelle sich dringend die Frage, ob und wie man mit den für politische Haft und Folter Verantwortlichen umzugehen habe. Nach 1989 habe man –so meine Einlassung – in den europäischen Ländern des einstigen Ostblocks unterschiedliche Pfade beschritten, die vom „dicken Strich unter die Vergangenheit“ (Polen) bis zu einer genauen Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur (Deutschland) reichten. Einen idealen Weg gebe es wohl nicht, die Aussöhnung der Gesellschaft müsse allerdings oberstes Gebot sein. Da sind wir uns angesichts der erschreckend tiefen politischen und sozialen Spaltung des Landes vollkommen einig.

29. 10. 2013

Heute Morgen lernen wir Vertreterinnen der bekannten, landesweit aktiven Frauenorganisation „Doustourna“ kennen, die am 26. Januar 2012 gegründet wurde. Anlass war die weiter anhaltende Verfassungsdiskussion und die Initiative eines Verfassungsrechtlers. Eingefordert werden von „Doustourna“ zum Beispiel das Recht auf Arbeit, der Verzicht auf Gewalt, die Einhaltung der Menschenrechte (besonders der Meinungsfreiheit) sowie eine stärkere Berücksichtigung drängender Umweltprobleme. Man strebt die Dezentralisierung des Landes, eine echte Gewaltenteilung sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen dem Norden und dem Süden des Landes an. Auch entwickelt man Aktivitäten, bei denen die Bevölkerung von Sousse direkt einbezogen werden soll: Fragebogenaktionen nach den Wahlen unter besonderer Berücksichtigung des Arbeiterviertels Kazmet. Hierin wurde abgefragt, was die Bevölkerung von den Wahlen halte und was sie über die Verfassungsdebatte wisse.

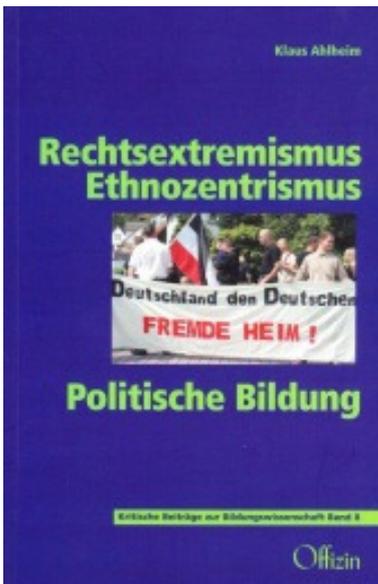
Überdies organisiert man Informations- und Aufklärungsveranstaltungen zu Tabak- und Drogenmissbrauch und gibt eine Monatsschrift heraus, in der familiäre und rechtliche Probleme sowie Sexualfragen behandelt werden. Da die Position der Frauen in Arbeit und Familie faktisch zentral sei, habe man den Anspruch, deren rechtliche, politische und öffentliche Lage in Zukunft erheblich zu stärken. Gerade im Hinblick auf die Tatsache, dass es noch immer zu wenig Toleranz und Akzeptanz in den Familien gebe und weiterhin viel Gewalt ausgeübt werde.

Da die nächste Referentin kurzfristig abgesagt hat, organisieren wir recht spontan einen Schulbesuch in Samirs Gymnasium. Die Schule befindet sich in der Nähe des Jugend- und Freizeitzentrums, so dass wir in wenigen Minuten an Ort und Stelle sind. Sie wird von 1.800 Schülern/innen besucht, die von 150 Lehrern/innen unterrichtet werden. Samir hat seine Schüler/innen vorab kurz informiert. Unser Besuch mit Diskussionsangebot stellt für alle Beteiligten einen überraschenden, experimentellen Programmpunkt dar. Gerade deshalb wird er wohl zu einem der besten des gesamten Seminars. Die tunesischen Jugendlichen spielen mit, und wir führen eine offenerzige Diskussion über Schuluniformen, Disziplin, Kopftücher, Schminken, das Verhältnis der Geschlechter zueinander und vieles mehr. Die tunesischen Jugendlichen sind sich mit ihrem Lehrer einig: Es gibt Regeln, die eingehalten werden müssen. Eine SV bestehe an der Schule bisher nicht. Die Leitung tue sich schwer damit, denn man sei sich nicht sicher, ob die Zöglinge hierfür reif genug seien. Es ist deutlich: die Autorität der Lehrer/innen und der Eltern wiegt – zumindest im öffentlichen Diskurs – weiterhin schwer; eine Dezentralisierung, Öffnung und Demokratisierung der tunesischen Schulen im Sinne einer funktionierenden und von der Schulleitung akzeptierten SV wird wohl noch lange Zukunftsmusik bleiben. Trotzdem schließt sie Samir, der das deutsche Schulsystem aufgrund seiner zahlreichen Austauschmaßnahmen gut kennt, grundsätzlich nicht aus. Wie alle aufgeschlossenen und vernünftigen Tunesier weiß er aber, dass man auch zukünftig viel Geduld wird aufbringen müssen. Immerhin ist Samir, mit dem ich mich beim Abschiedessen lange über das deutsche und tunesische Schulsystem sowie über seine langjährigen Erfahrungen beim Schulaustausch unterhalte, diesbezüglich verhalten optimistisch. An seinem Austausch will er auf jeden Fall festhalten.

Die Seminauswertung fällt durchweg positiv aus. Kritisiert werden besonders von deutscher Seite Mängel bei der Strukturierung des Programms und Übersetzungsprobleme, positiv hervorgehoben werden von allen das Engagement und die Zuwendung des Seminarleiters Chokri Jegham sowie dessen hohe Problemlösungskompetenz bei unerwarteten Programmänderungen. Hervorgehoben wird auf beiden Seiten, dass die Inhalte des Programms in Hammam Sousse eine Masse Informationen gebracht haben und dass die gegenseitigen Begegnungen und das gemeinsame Arbeiten in Deutschland und in Tunesien als voller Erfolg zu werten sind. Wir beschließen, uns im nächsten Jahr auf jeden Fall um eine Fortsetzung des Projekts zu bemühen.

Rezensionen

Klaus Ahlheim: Rechtsextremismus. Ethnozentrismus. Politische Bildung Offizin-Verlag. Hannover 2013, 99 S.



Im Vorwort dieses gut redigierten und leserfreundlich verfassten Bändchens stellt der bekannte Pädagoge und Bildungsexperte Klaus Ahlheim fest, dass es die politische Bildung „gegen rechts“ in Deutschland nicht leicht hat. Die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus spielte – wie aus dem ersten Kapitel des Buches hervorgeht – in der wissenschaftlich-pädagogischen Debatte über lange Jahre nur eine untergeordnete Rolle. Auch wurde die Gewährung finanzieller Mittel gelegentlich mit antidemokratischen Forderungen seitens der Politik – wie der jüngst propagierten und noch immer geltenden Extremismusklausel – verbunden. Die politische Bildung – so Ahlheim – sei aber kein schnell wirkendes „Umformungsprogramm für jugendliche Abweichler“, sondern setze auf mittelfristige Veränderungsprozesse. Den Kern rechtsextremer Überzeugungstäter werde man durch politische Bildung sowieso nicht erreichen können, da diese beharrlich weghören würden.

Wie stark rechtsextremes Denken in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft verankert blieb, zeigten nicht nur die Befunde Adornos, mit dem hieraus abgeleiteten Desiderat „Nie wieder Auschwitz“, sondern auch zahlreiche empirische Untersuchungen, etwa die Silbermann-Studie aus dem Jahre 1974. Gesellschaftspolitische Brisanz erfuhr die pädagogische Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus aber besonders nach der Herstellung der deutschen Einheit im Jahre 1990 durch die Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt und die Brand- und Mordanschläge in Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln. In ganz Deutschland entstanden nun zivilgesellschaftliche Initiativen und staatlich geförderte Programme „gegen rechts“.

Die Situation der politischen Bildung „gegen rechts“ habe sich nach der Entdeckung der rechtsextremistischen Mordtaten des NSU im November 2011 durch die Gewährung von Sondermitteln zwar verändert, aber weiterhin leide die (außerschulische) politische Bildung unter chronischer Unterfinanzierung.

Dies wird im zweiten Kapitel durch die Ergebnisse einer jüngst durchgeführten empirischen Erhebung von Bildungsstätten in NRW belegt. Dabei wird zunächst konstatiert, dass die finanzielle Förderung sowie das öffentliche und politische Ansehen der politischen Bildung in den letzten Jahrzehnten erheblich abgenommen haben. Politische Bildung wurde in weiten Bereichen durch berufsqualifizierende Bildungsangebote ersetzt, was durch die von Ahlheim durchgeführte Untersuchung

eindrucksvoll belegt wird. Die Interviewten heben darin vor allem auf den Rückgang öffentlicher Zuschüsse bei gleichzeitig steigenden Kosten ab. Der eigene Arbeitsplatz werde unsicher, die Akquise von Drittmitteln werde in zahlreichen Einrichtungen zum bestimmenden Thema. Die immer wieder gerne empfohlene Marktorientierung trage somit nicht zur Profilierung einzelner Anbieter bei, sondern führe zu allmählicher Angleichung und Verflachung. Angebote zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden zwar implizit gemacht, aber nicht als explizite Einzelveranstaltungen. Gleichzeitig sei festzustellen, dass durch die veränderten Formate politischer Erwachsenenbildung und die damit verbundenen höheren Transaktionskosten Veranstaltungen angeboten werden (müssen), die kleinere Aufwände und geringere Kosten verursachen. Insofern scheint die von Paul Ciupke aufgestellte These, dass die politische Bildung in Deutschland vor einer Systemwende stehe, durchaus berechtigt zu sein. (S.25)

In diesem Kontext sind sicherlich auch die Reaktionen der politischen Öffentlichkeit auf die Mordtaten von Breivik und des NSU von Bedeutung.

Mit dieser Fragestellung beschäftigt sich Ahlheim im dritten Kapitel seines Buches, wobei er davon ausgeht, dass die Mordtaten Breiviks und des NSU eine Zäsur für die politische Bildung darstellen. Dabei unterstreicht der Autor insbesondere den Umstand, dass Tilo Sarrazins islamophobes und nationalistisches – auf die Allmacht der Gene – abhebendes Buch „Deutschland schafft sich ab“ zusätzlich ideologisches Futter für die rechtsextreme deutsche und europäische Szene (Breivik!) lieferte. Nach den Morden von Oslo führte man in der Presse eine „Nährboden-Debatte“ und stellte einen Zusammenhang zwischen dem „Sarrazinismus“ in Deutschland und dem Verbrechen von Oslo her. Leider habe man – so Ahlheim – in der Politik auf diese Gräueltat aber nur mit Verharmlosung, Verdrängung und Entpolitisierung reagiert. Nach Aufdeckung der NSU-Morde und einer ersten Erregung verschwand das Thema recht bald aus der veröffentlichten Meinung. Im Verfassungsschutzbericht 2011 wird im Zusammenhang mit dem NSU zwar auf die Gefahr von Nachfolgetaten hingewiesen, aber nicht auf das eigene Versagen (Rolle des Verfassungsschutzes, Verschwinden von Akten), dafür berichtet man aber viel über Ausländer- und Linksextremismus. Da die Familien der NSU-Opfer durch die Ermittlungsbehörden systematisch kriminalisiert wurden, sprach Kenan Kolat als Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland im Juli 2012 sogar von einem „institutionellen Rassismus in den Behörden“.

In den nächsten beiden Kapiteln steht die Empirie des fremdenfeindlichen Vorurteils im Vordergrund der Erörterungen. Mit Oskar Negt wird ausgeführt, dass die Befassung mit Vorurteilen deshalb so wichtig sei, weil sich in ihnen die stärksten Widerstände gegen Erfahrung und Wissen manifestieren. (S.57) Hier führt Ahlheim aus, dass der nicht eindeutige Begriff des Vorurteils durch den präziseren Begriff des Ethnozentrismus „als kultureller Prägung von Einstellungsmustern“ ersetzt werden sollte.

Fremdenfeindliche Einstellungen sind in der Mitte der Gesellschaft, unter „ganz normalen Menschen“ immer wieder erfahrbar und weit verbreitet. Wissenschaftlich belegt wird dies unter anderem durch die breit angelegte Erhebung zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ aus dem Jahre 2011. Insgesamt – so der Autor – ergebe sich aus dieser und anderen Studien, dass 25 Prozent der Deutschen ein bedrohliches Maß an Fremdenfeindlichkeit aufweisen. (Vgl. Tabelle, S.66) Im Vordergrund fremdenfeindlicher Agitation und Denkweisen stehe vor allem der Islam, das alt hergebrachte Ressentiment gegen die „ausländischen Türken“ werde somit hartnäckig gepflegt. Eine der auffälligsten Ursachen sei in diesem Zusammenhang der neue Nationalstolz der Deutschen, der ohne den Ausschluss der Anderen nicht funktioniere. Dabei sei die Ethnisierung politisch-sozialer Konflikte willkommen und werde vor allem von den Gewinnern des ökonomischen Umwälzungsprozesses inszeniert, um von den eigentlichen Ursachen der Misere (öffentliche Armut, Sozialabbau) abzulenken und Sündenböcke zu liefern. Es handele sich hier – so die These des Autors – um ethnisch inszenierte Konflikte als Folge einer „Durchökonomisierung“ der Gesellschaft, in der wirtschaftliche Logik und Rationalität dominieren. Das von den „Segnungen“ des neoliberalen Kapitalismus und den Folgen der Globalisierung überforderte Individuum schlage zurück – und treffe den Falschen. (S.75)

Eine erfolgreiche Erziehung und Bildung „gegen rechts“ müsse möglichst früh einsetzen und setzt voraus, dass es nicht zur Entwicklung der „Radfahrnatur des autoritätsgebundenen Charakters“ (Adorno, Horkheimer) komme. Erfolgreiche politische Bildung vermeide die falsche Alternative von „Kopf und Bauch“, sondern verbinde Subjektorientierung, Selbstreflexion und Selbstaufklärung mit solider Wissensvermittlung. Dabei spiele bei der politischen Bildung „gegen rechts“ das Erinnern an die NS-Barbarei sowie die Gedenkstättenarbeit weiterhin eine zentrale Rolle.

Obschon sich das weit verbreitete vorurteilsvolle Denken häufig als aufklärungsresistent erweise, müsse doch am Projekt politisch aufklärender Bildung festgehalten werden. Ahlheim kommt zu dem plausiblen und durch den mühseligen Alltag der außerschulischen politischen Bildung belegten Schluss, dass politische Bildner/innen einen langen Atem brauchen und dass sie voller Optimismus – aber stets am Rande der Resignation – handeln. Diesem Fazit ist aus Sicht des Rezensenten – vor dem Hintergrund einer zwanzigjährigen Berufserfahrung – nichts hinzuzufügen.

zw

Michael Haller (Hg.): Rechtsterrorismus in den Medien. Der Mörder Brejvik in Norwegen und die Terrorzelle NSU in Deutschland. Wie die Journalisten damit umgingen und was sie voneinander lernen können.
LIT-Verlag, Berlin 2013, 192 S.

Im Vorwort dieses leserfreundlich redigierten Buches wirft Gerd Walter, Vorstandsmitglied der Norwegisch-Deutschen Willy-Brand-Stiftung, im Zusammenhang mit dem Rechtsterrorismus in Norwegen und in Deutschland einige schwerwiegende Fragen zur Rolle des Journalismus auf. Hat der Journalismus als Frühwarnsystem versagt? Hat er weggesehen, wo man hätte hinschauen sollen? Wurde zu stark skandalisiert und dämonisiert? Dieser komplexen Problematik gehen anschließend mehrere deutsche und norwegische Journalisten sowie eine schwedische Expertin in ihren Beiträgen gezielt nach. Die Einführung zum Thema liefert der Herausgeber Michael Haller, der auf zwei grundsätzliche Fehlentwicklungen des modernen Journalismus aufmerksam macht: das hektische Spiegeln der Oberfläche und die Setzung eines möglichst simplen, Vorurteile bestätigenden Rahmens. Gleichzeitig hebt Haller aber hervor, dass die Kernaufgabe des Journalismus darin bestehe, nicht nur zu berichten, sondern auch die folgenreichen Vorgänge zu erfassen und ihnen auf den Grund zu gehen. (S.16) Dieser aufreibende Zielkonflikt, der sich in erster Linie aus dem enormen Zeitdruck und den materiellen Zwängen ergibt, denen die moderne, internetgetriebene Medienlandschaft unterliegt, ist immer wiederkehrender Refrain aller hier veröffentlichten Beiträge. Unabhängig davon beansprucht die vorliegende Tagungsdokumentation darzulegen, wie die Journalisten beider Länder mit dem Rechtsterrorismus umgegangen sind, wie sie mit ihm umgehen sollten und was sie voneinander lernen können.

Michael Haller (Hrsg.)
**Rechtsterrorismus
in den Medien**
Der Mörder Brejvik in Norwegen und die Terrorzelle NSU
in Deutschland – Wie die Journalisten damit umgingen
und was sie voneinander lernen können



LIT

Das Buch besteht aus fünf übergeordneten Kapiteln. Im ersten geht es um das „Meinungsklima“ in den Gesellschaften, um die sozialen, politischen und medialen Einflüsse, die die Voraussetzungen für eine Berichterstattung liefern, in der ein überaus aggressiver Fremdenhass vertreten wird. Während Christian Pfeffer der lange Zeit populären und auch von den Medien übernommenen Legende der „Döner-Morde“ in Deutschland auf den Grund zu gehen versucht, setzen sich Sven Egil Omdal und Lisa Bjurwald mit dem Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und politischer Kultur in Norwegen auseinander. Die Autoren kommen zu dem kaum überraschenden Ergebnis, dass es sowohl in deutschen als auch in norwegischen Medien im Hinblick auf den Rechtsterrorismus zahlreiche „blinde Flecken“ gegeben habe.

Der rechtsextremen Radikalisierung in den Internet-Medien gehen Patrick Gensing und Anders Børringbo im zweiten Kapitel nach. Beide halten in ihren Beiträgen fest, dass zahlreiche der einschlägigen, sehr gut besuchten Web-Channels der rechtsextremen Szene in der Vergangenheit nur wenig beachtet wurden. Gleichzeitig wird aber auch

darauf verwiesen, dass die in diesen Medien vertretenen extrem islamophoben Ansichten – zumindest in Norwegen – keinem Veröffentlichungsverbot unterliegen.

Mit den besonderen Herausforderungen des lokalen Journalismus, dem Verhältnis von Distanz und Nähe im Lokalen beschäftigen sich im dritten Kapitel Robert Berlin am Beispiel zweier Gemeinden in Ostdeutschland sowie René Wappler (Cottbus) und Øyvind Strømme (Oslo). Dabei werden die von der rechtsextremen Szene ausgehenden persönlichen Risiken für recherchierende Journalisten beschrieben, allerdings gibt man auch zu bedenken, dass eine zu intensive Beschäftigung mit dem Thema die rechtsextreme Szene zusätzlich stärken könne.

Im vierten Kapitel stehen normative, berufsethische Fragen des Journalismus im Vordergrund. Hier wird die Rolle des Attentäters Breivik auf der Medienbühne näher beleuchtet und problematisiert (Christian Schicha und Lutz Tillmanns) und von Svein Brurås die Frage aufgeworfen, ob die Selbstkontrolle der norwegischen Medien am 22. Juli 2011 funktioniert habe. Die Autoren fordern in ihren Artikeln einen behutsamen Umgang mit dem Thema, die reflektierte Einordnung von Ereignissen, keine plakative Darstellung von Posen, den distanzierten Blick, nicht die reißerische Perspektive. (S.122) Auch wird deutlich, dass man von den Journalisten einerseits möglichst umfangreiche und genaue Information erwarte, andererseits aber auch die Einhaltung der ethischen Grundsätze des Opferschutzes. Um diesen hehren Ansprüchen gerecht zu werden, bedarf es in der Tat einer hohen Professionalität, kluger Zurückhaltung und Selbstkontrolle.

Den Höhepunkt des Bandes stellt sicherlich die Podiumsdiskussion dar, die unter dem Titel „Wie lässt sich die journalistische Praxis verbessern“ im fünften Kapitel dokumentiert wird. Hier geht es um die Rolle des Journalismus als möglichem „Frühwarnsystem“, berufsethische Fragen wie Selbstkontrolle, Selbstbeobachtung und Selbststeuerung des Journalismus (Opferschutz) sowie die nicht unumstrittene Kompetenz der Medien, gesellschaftliche Entwicklungen abzubilden, zu analysieren und ggf. präventiv auf Fehlentwicklungen einzuwirken. Dabei habe sich kritischer Journalismus einerseits gegen eine mittelschichtbezogene „Mainstreamisierung“ zu wehren (Haller), sollte andererseits aber auch eine vernünftige Mischung zwischen dem, was politisch bedeutsam ist, und dem, was die meisten Leute tatsächlich lesen oder sehen wollen (Schichta), darstellen. Besonders aufschlussreich erweist sich die in diesem Kontext geführte Diskussion um die bildliche Darstellung der Opfer sowie den öffentlichen und öffentlichkeitswirksamen Umgang mit dem Täter Breivik und seinen im Internet veröffentlichten Thesen, da hier von deutschen und norwegischen Journalisten unterschiedliche, von beiden Seiten gut begründete Positionen bezogen werden. Auch die Diskussion über die schwierige Position des Lokaljournalismus hinsichtlich der Berichterstattung über rechtsextreme Gruppierungen und Aktivitäten ist erhellend, zumal sie thematisch ausgeweitet wird und eine schichtspezifische Deutung erfährt. So erblickt Omdal das Problem der westeuropäischen Presse darin, dass sie sich in die wohlhabende Mittelschicht mit ihren älteren Lesern zurückziehe und immer

größere Felder der Gesellschaft brach liegen lasse. (S.169) Schließlich wird besonders von deutscher Seite auf die ökonomischen und personellen Engpässe in zahlreichen (Lokal)redaktionen hingewiesen, die zusätzlich dafür sorgen, dass journalistische Kompetenz erst gar nicht entwickelt werden kann. Hinter all dem – so Omdal – stehe allerdings die Frage der Relevanz des Themas Rechtsterrorismus. Könne sie den Lesern nicht vermitteln werden, so habe journalistische Kompetenz versagt. Dem Journalismus eröffne sich nur dann ein relevantes Themenfeld, wenn man den Rechtsextremismus nicht als Übel, sondern als Symptom für ein Übel behandle. (S.179) Dieses abschließende, sehr zutreffende Desiderat Omdals bedarf wohl keines weiteren Kommentars.

zw

Krell, Gert: Schafft Deutschland sich ab? Ein Essay über Demographie, Intelligenz, Armut und Einwanderung. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts. 2013, 126 S.



Der vorliegende Essay des emeritierten Frankfurter Politologen Gert Krell setzt sich in knapper, sachlicher Form mit den Kernaussagen und der Diskussion des von Thilo Sarrazin veröffentlichten, umstritten diskutierten Buches „Deutschland schafft sich ab“ auseinander. Der Autor vergleicht die Streitschrift Sarrazins dabei auch mit dem von Heinz Buschkowsky 2012 veröffentlichten Werk „Neukölln ist überall“, das in der Öffentlichkeit allerdings für weit weniger Furore sorgte als das zum Bestseller avancierte Pamphlet Sarrazins, das sich hervorragend verkauft und bei Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft offenbar auf breite Zustimmung stößt. Gert Krell listet zu Beginn die Kernthesen der Sarrazinschen Botschaft auf: die schrumpfende Gesellschaft, den (von Sarrazin konstruierten) Zusammenhang von Intelligenz und Vererbung, die Qualifikationsdefizite bei migrantischen Deutschen und die sinkende Leistungsbereitschaft bei jungen Deutschen insgesamt, die Integrationsdefizite bei Zuwanderern sowie „dysgenische“ Auswirkungen von Unterschieden zwischen deutscher Bildungsschicht und zugewanderten bildungsfernen Schichten (vor allem muslimischer Provenienz). Hieraus leitete Sarrazin bekanntlich erhebliche Belastungen für die Sozialsysteme und Gefahren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschland ab. Außerdem konstatierte er, dass es immer weniger „echte“ Deutsche gebe, sodass sich Deutschland gleich doppelt abschaffe: als Produktionsstandort und als deutsche Nation. (S. 12)

Systematisch handelt Krell diese Themen in knappen, leserfreundlich gehaltenen Kapiteln ab, wobei er sich zunächst mit den Kontroversen um die Demographie beschäftigt (Stichhaltigkeit langfristiger demographischer Vorhersagen), nach dem (umstritten diskutierten) Sinn von Bevölkerungswachstum fragt, die Problematik der Binnenwanderung in Deutschland beleuchtet, um dann auf Einzelprobleme (Niedrige Geburtenrate, Veränderung in der Altersstruktur, Altenquotient) und ihre möglichen Kompensationen einzugehen: Produktivitätsfortschritt, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Frauenerwerbsquote, Einwanderung. Der Autor fordert resümierend, dass die Begabungsreserven sowohl in der deutschen als auch in der migrantischen Unterschicht besser ausgeschöpft werden müssten und postuliert, dass das Wohlergehen der heutigen Eltern und Kinder im Mittelpunkt gesellschaftlicher und politischer Initiativen stehen sollte, z. B. durch familienfreundliche gestaffelte Arbeitszeitmodelle. (S. 31) Danach beleuchtet Krell Sarrazins „Vererbungstheorie“, also die immer wieder diskutierte Frage nach dem Einfluss der Biologie und/oder der Umwelt auf die Intelligenz des Menschen, oder anders ausgedrückt die Konkurrenz von Genen und Umwelt und die sich hieraus ergebenden gesellschaftlichen und bildungsrelevanten Konsequenzen. Nach kritischer wissenschaftlicher Diskussion des biologistischen Ansatzes von Sarrazin, der bekanntlich in der unverblümt rassistischen These von der

„Dummheit“ der Muslime gipfelte, und der Auseinandersetzung mit dem – auch in der Wissenschaft – spekulativ bleibenden quantitativen Verhältnis von erbter und erworbener Intelligenz (z. B. 30-70 oder 50-80%), betont Krell zwei aus seiner Sicht entscheidende Sachverhalte. Erstens hebt er hervor, dass es vor allem die schlechten Umweltbedingungen in der Unterschicht sind, die dazu führen, dass die Kinder ihr genetisch vorgegebenes Potenzial nicht entfalten können. Zweitens gibt er zu bedenken, dass kein Mensch aufgrund irgendeines „ethnischen“ Gruppendurchschnitts beurteilt werden könne. Insofern müsse das pädagogische und gesellschaftliche Ziel darin bestehen, individuelle Potenziale möglichst vollständig auszuschöpfen. (S.51) Dass die Bundesrepublik hier einen enormen Nachholbedarf hat, ist offenkundig – und wird auch von Thilo Sarrazin nicht bestritten.

Demgemäß geht Krell im nächsten Kapitel ausführlich auf die Bildungsmisere in der BRD ein, wobei er hervorhebt, dass sich auch Sarrazin für das Menschenrecht der Chancengleichheit in der Bildung ausspreche. Die Realität in Deutschland sehe aber weiterhin ganz anders aus: Noch immer gebe es zu wenig ganztätige Kindergärten und Schulen, und noch immer sei mangelnde Bildung ein Schichtenproblem, was zur Konsequenz habe, dass Armut ein Bildungsrisiko bleibe. Es gebe also weiterhin keine Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem, die frühkindliche Bildung komme zu kurz und das Konzept des Betreuungsgeldes sei deshalb kontraproduktiv. Durch die Unterfinanzierung des Vorschulbereichs bleibe die Mittelschicht privilegiert. Konsequenter Weise fordert Krell den Ausbau des Ganztags, mehr Schulpsychologen an Problemschulen, schließlich auch „Sozialsheriffs“ bei der Arbeit mit sog. Macho-Migranten. (S.63)

Im Hinblick auf Integrationsprobleme wird die bei der Mehrheitsgesellschaft populäre These Sarrazins in Frage gestellt, dass es in Deutschland keine Fremdenfeindlichkeit und Benachteiligung von Zugewanderten gebe. Vielmehr hebt Krell mit Hilfe einschlägiger Studien hervor, dass migrantische Jugendliche innerhalb des deutschen Bildungssystems weiterhin benachteiligt werden. Kaum aufrechtzuerhalten seien bei genauerem Hinschauen auch die pauschalen und undifferenzierten Ressentiments gegenüber Kopftüchern sowie die häufig vertretene – wenn auch empirisch vielfach widerlegte – These, dass es eine ausgesprochen hohe Ausländerkriminalität gebe. Allerdings räumt der Autor ein, dass es bei den Migranten eine überdurchschnittliche Beteiligung an Gewaltverbrechen und die Problemgruppe der Intensivtäter gebe. Es mangle schlicht an guten männlichen Vorbildern. In Anlehnung an niederländische Erfahrungen mit Präventionsmaßnahmen spricht sich Krell beim Umgang mit kriminellen Jugendmilieus für Abschreckung und Ausstiegsangebote aus. Schließlich hebt der Autor hervor, dass Migranten häufig Opfer von Neonazis werden und dass in Deutschland diesbezüglich ein durchaus rassistisches Staatsversagen zu beklagen sei. (S.76) Intensiv setzt sich der Autor mit der Herausforderung bzw. Gefahr Islam auseinander. Dabei wird die These, dass Muslime grundsätzlich gewaltbereiter seien als andere Gruppen mit Hilfe statistischer Daten widerlegt. Zwar stelle der islamische Terrorismus durchaus eine Gefahr dar, dabei handele es sich aber nicht um eine ganz

Europa bedrohende Epidemie. Die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland wird bejaht, wobei der Autor ein längeres Fragment aus der programmatischen Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulf zitiert. Kritisch beurteilt er die in Sonntagsreden deutscher Politiker heraufbeschworene Floskel von der „christlich-jüdischen Tradition“ und hebt hervor, dass ein jüdisch-christlicher Dialog im engeren Sinne erst nach der Schoah begonnen habe. Auch wird zu bedenken gegeben, dass in Deutschland ganz offensichtlich das Bedürfnis bestehe, die jüdisch-christliche Tradition als gemeinsamen Gegenpol zum Islam zu konstruieren. (S.83)

Die Frage, ob das Hartz-IV-System zur Verfestigung einer „unproduktiven Unterschicht“ geführt habe sowie die Probleme verarmender Bevölkerungsschichten behandelt der Autor in kritischer Distanz zu Sarrazins Thesen. Er plädiert für Ehrlichkeit und Fairness und stellt schlicht fest, dass es (sozialen) Missbrauch überall gebe, sowohl bei Reichen als auch Armen. Unsoziales Verhalten kenne weder nationale noch Klassenschranken, die von Sarrazin und auch von Buschkowsky beklagten missbräuchlich empfangenen Sozialleistungen seien Teil einer durchaus überschaubaren Grauzone, mit der jeder Sozialstaat leben müsse. Insgesamt unterschätze Sarrazin die wachsende Ungleichheit in Deutschland und seinem „mehr fordern“ müsse deshalb – besonders im Hinblick auf die mangelhafte deutsche Familienpolitik – ein „besser fördern“ entgegengesetzt werden. Im abschließenden Kapitel nennt Krell vier zentrale Herausforderungen, auf die es zukünftig überzeugende politische Antworten geben müsse: Klimawandel und Energiewende, Finanzkrise und Regulierung von Finanzmärkten, demographischer Wandel und bessere Integration von Migranten, schließlich Prækariatisierung eines Teils der Arbeitsverhältnisse mit entsprechenden Belastungen für den Sozialstaat. Hieraus leitet er mehrere Postulate für die zukünftige Sozial- und Bildungspolitik ab: eine moderate Bevölkerungspolitik (sicherlich nicht die Sarrazinschen Geburtsprämien für Akademikerinnen), richtige Anreize für Einwanderung (Einfordern von bestimmten Integrationsleistungen), neue Prioritäten bei der ineffizienten Familienpolitik (mehr Kooperation und Kommunikation) sowie die auch von Sarrazin geforderte Reform des Bildungssektors (Ausbau von Schulen und Vorschulen, stärkere Unterstützung von Lehrern/innen).

Der Autor kommt resümierend zu folgendem Ergebnis: „Es dreht sich also nicht um die Frage, ob sich Deutschland abschafft; es dreht sich darum, wie produktiv es sich mit allen oben genannten Herausforderungen auseinandersetzen und wie konstruktiv es sich verändern und weiterentwickeln wird. Dabei wird es mehr auf effektive Rechtsstaatlichkeit, glaubwürdige Demokratie, Achtung von Mensch und Natur sowie wirtschaftliche Fairness ankommen als auf Scheinprobleme deutscher Identität.“ (S. 107) Eine Einschätzung, der man nach Lektüre dieses knappen und informativen Essays nur zustimmen kann.

zw

Thomas Kiefer: Die britischen Kolonien Kenia, Nord- und Südrhodesien in der Entkolonialisierung 1945-1965. Politische Strukturen von Siedlungsgesellschaften in der Krise.

LIT-Verlag. Berlin 2012, 416 S.

Die vorliegende, voluminöse Untersuchung von Thomas Kiefer stellt die Dissertation des Autors dar, die im Kontext eines breiteren Forschungsprojekts zur Entkolonialisierung Kenias entstand und unter Einbeziehung eines vergleichenden Ansatzes, bei dem die Entwicklungen in den britischen Kolonien Nord- und Südrhodesien (NR, SR) mit berücksichtigt wurden, im Oktober 2009 in Angriff genommen wurde. Das Projekt wurde finanziell durch die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn gefördert, der sorgfältig redigierte Band konnte demnach auch als Band 40 der Stipendiatinnen und Stipendiaten der FES erscheinen.

Außer dem einleitenden Teil, in dem Kiefer Auskunft über Thema und Fragestellung gibt, den Forschungsstand und die Quellenlage referiert und die in der Untersuchung verwendeten Begrifflichkeiten erklärt (konservativ, liberal, radikal/ultra-konservativ, radikal/ultraliberal) besteht das Buch aus weiteren vier Kapiteln, wovon das abschließende „Literatur- und Quellenverzeichnis“ (S.383-414) einen relativ großen Raum einnimmt. Das zeigt, dass Kiefer seine Untersuchung auf eine breite Quellenbasis gestellt hat, wobei er nicht nur in den einschlägigen Nationalarchiven des United Kingdom (UK) recherchierte, sondern auch in Nationalarchiven Kenias und Zambias. Nicht zuletzt auch in der Rhodes House Library Oxford, wo zahlreiche Nachlässe der involvierten britischen Kolonialverwaltungen lagern. Die angeführten Monographien und Sammelbände sowie die edierten Quellenbände, die zu Rate gezogen wurden, verstärken den Eindruck einer soliden Quellenrecherche und Archivarbeit. Angesichts der Vielzahl der britischen und afrikanischen Akteure erweisen sich Sach- und Personenregister als wichtige Hilfsmittel. Schade, dass sich in dem Buch keine Landkarte findet, die die geopolitische Lage der britischen Kolonien Kenia, Nord- und Südrhodesien (NR, SR) während der Entkolonialisierung in Ansätzen hätte widerspiegeln können!

Kiefer verfolgt den Ansatz, die Lage der Siedlergemeinschaften in der Periode der Entkolonialisierung (1946-1965) vergleichend zu behandeln. Er konzentriert sich auf die Darstellung der politischen Abläufe und Strukturen innerhalb der Siedlergemeinschaften angesichts der gravierenden Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei geht er auch der in der Sachliteratur zwischen europäischer und afrikanischer Geschichtsschreibung weiterhin kontrovers diskutierten Frage nach, welche Ebene für die Dekolonialisierung bedeutender war: die metropole (Impulse der Kolonialmächte) oder die koloniale (afrikanischer Nationalismus). Diskutiert werden im Hinblick auf die Ziele des britischen Kolonialismus unter anderem die Theorien des „gentleman capitalism“, die „underdevelopment-theory“ oder das Theorem der „consensual



decolonisation“. Im Kontext des Kalten Krieges und angesichts marxistisch orientierter afrikanischer Befreiungsbewegungen wird auch die Funktion der besonders in SR vertretenen „world struggle ideology“ beleuchtet. Vor dem Hintergrund dieser Theorien und auf Grundlage der Darstellung der unterschiedlichen – häufig sehr kontroversen – Interessen und politischen Konzepte der einzelnen Siedlergemeinschaften und -parteien sowie der Kolonialverwaltungen des UK liefert der Autor mit Hilfe seines vergleichenden Ansatzes ein komplexes, sehr differenziertes Bild der Verhältnisse, das aufgrund seiner Kleinteiligkeit nur cursorisch rekonstruiert werden kann.

Die von Kiefer vorgenommene Periodisierung von 1945 bis 1965 fällt einerseits mit dem durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs allenthalben voranschreitenden Entkolonialisierungsprozess zusammen, der seitens des UK eine stärkere Beteiligung und Partizipation der afrikanischen Bevölkerung vorsah (Schlagworte sind hier multi-racialism statt paramountcy, Aufhebung der colour-bar und partnership), andererseits mit dem Versuch der Kolonialmacht, die afrikanischen Territorien zu modernisieren, um sie wirtschaftlich zu konsolidieren. Dies bedeutete aber auch den verstärkten Zuzug von Kolonialbeamten und Fachleuten sowie von weißen Siedlern (second colonial invasion), die sich nicht selten gegen eine – wie auch immer geartete – partnership mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit sperrten. Insofern ergaben sich häufig Konflikte mit der Kolonialverwaltung des UK, die die Interessen der Gesamtbevölkerung im Auge haben musste – ohne die weißen Siedler zu marginalisieren.

Das vom Autor gewählte Jahr 1965 ist als Endpunkt der Untersuchung plausibel, da Kenia 1963 und NR/Sambia 1964 ihre Unabhängigkeit vom UK erlangten. Bei SR war dies zwar 1980 erst unter dem Namen Simbabwe der Fall, allerdings war es auch 1965 unter dem damalige Ministerpräsident Ian Smith zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung SRs gekommen.

Der Autor liefert im zweiten Kapitel zunächst einen konzisen historischen Überblick über die Entwicklung der britischen Siedlerkolonien in Ost- und Zentralafrika vor 1945. Hierbei werden im Einzelnen die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs, der Weltwirtschaftskrise und die Folgen des Zweiten Weltkriegs für das britische Empire und den nach 1945 beginnenden Entkolonialisierungsprozess beschrieben. Es wird deutlich, dass alle drei Kolonien zunächst als reine Charterkolonien entstanden, ihre Besiedlung nur schleppend verlief und die Siedler aus Europa erst nach dem Zweiten Weltkrieg größeren Einfluss auf die Verwaltung ihrer Territorien gewannen. Aufgrund der großen Zahl von Kolonisten entstanden in Kenia und SR rassistische Gesellschaften mit tiefen Gräben zwischen zugezogenen Siedlern aus Europa und der angestammten afrikanischen Bevölkerung. Die Siedler widersetzen sich der „prophylaktischen Dekolonialisierung“, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Regierungen des UK betrieben wurde. Anders war es in NR, das sich erst in den 1930er Jahren zur Siedlerkolonie entwickelte. Hier waren die weißen Siedler in der Kupferindustrie tätig und bildeten keine Schicht erdverbundener, dauerhafter Farmer wie in Kenia oder SR. In

den 1950er Jahren lebten in SR ca. 200.000 Menschen, das Land war wirtschaftlich vom Tabakanbau und der Kohleförderung abhängig.

Danach schildert und analysiert Kiefer in zwei zentralen Kapiteln in chronologischer Ordnung die Entwicklung in den drei Territorien und vergleicht sie miteinander. Hier ist nicht der Ort, um die Einzelergebnisse seiner detaillierten und akribischen Quellenstudien wiederzugeben. Allerdings formuliert er in seinen „Zusammenfassungen“ einige übergreifende erkenntnisfördernde Schlussfolgerungen, die die bisherigen Forschungen zu den Siedlergemeinschaften ergänzen oder modifizieren.

Gemeinsam war allen drei Kolonien, dass sie auf neue Siedler aus Europa und Südafrika, auf europäischen Kapitalzufluss sowie die Bereitschaft der britischen Regierung angewiesen waren, die Rechte und Privilegien der weißen Minderheit – angesichts einer rapide wachsenden afrikanischen Bevölkerung und des sich allmählich immer dezidiierter äussernden afrikanischen Nationalismus – notfalls mit Gewalt zu verteidigen.

Grundsätzlich gab es in allen drei Kolonien eine Trennung in liberale und konservative Parteien, wobei die Übergänge innerhalb der einzelnen Flügel durchaus fließend sein konnten. Gleichzeitig existierte bei den Afrikanern ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den europäisch-stämmigen Siedlern. Das von London propagierte Prinzip der „partnership“, das sehr unterschiedlich definiert werden konnte, war unter diesen Bedingungen kaum durchsetzbar.

In SR war die Idee eines „parallel development“ weit verbreitet. Ziel war eine Gesellschaft, in der die beiden Bevölkerungsgruppen der Europäer und Afrikaner ungestört nebeneinander existieren sollten. Sorge erregte bei der Kolonialverwaltung also nicht nur die stetig zunehmende Machtfülle der Afrikaner, sondern auch die kompromisslose Haltung der in die beiden Rhodesien eingewanderten Buren, die sich von der Haltung europäischer Sieder aus GB oder aus anderen Teilen des Commonwealth – bei denen es hinsichtlich der Beteiligung und Mitbestimmung der schwarzen Mehrheit auch moderate bis liberale Positionen gab – grundsätzlich unterschied.

Die Kolonialverwaltung war deshalb in SR und NR bestrebt, die Aktivitäten der Buren einzuschränken, da man den radikalen Einfluss der Regierung Südafrikas mit ihrer strikten Apartheitspolitik fürchtete. Die aus Südafrika zugewanderten Buren, die in der Regel strikt rassistisch orientiert waren, sprachen sich aber mehrheitlich bis zuletzt für die Rassentrennung aus und strebten eine durch die weiße Minderheit dominierte Selbstverwaltung an.

Aber nicht nur dieser zentrale und anhaltende Konflikt sorgte für die Zersplitterung der Siedlergemeinschaften. Die im nordrhodesischen Kupfergürtel beschäftigten

europäischen Minenarbeiter hatten ganz andere wirtschaftliche Interessen als die europäisch-stämmigen Farmer und Landarbeiter. Diese Unterschiede traten während der erhitzt geführten Diskussionen über die Gründung einer Zentralafrikanischen Föderation (CAF) zutage, als die Frage einer Verbindung beider Rhodesien auf der Tagesordnung stand. Kiefer rekonstruiert diese Debatten sehr detailliert und belegt damit, wie unterschiedlich die ökonomischen Interessenlagen der involvierten Gruppen waren.

Nachdem sie von London in die Regierungsverantwortung mit eingebunden worden waren, fiel es vielen europäisch-stämmigen Abgeordneten in der Zentralafrikanischen Union zudem ausgesprochen schwer, nicht länger die Funktion der Opposition gegenüber der britischen Regierung und der Kolonialverwaltung auszuüben. Die Masse der Nachkriegssiedler in der Föderation mied den Kontakt zu den Afrikanern ganz bewusst und beschränkte sich auf die Wahrung ihrer (ökonomischen) Interessen. Im Hinblick auf den von London vorgegebenen Kurs der *partnership* blieb die Haltung der konservativen Parteien (FP/UFP, Federal Party, United Federal Party) ablehnend: man sah schlicht keine direkte Mitsprache der Afrikaner vor. Noch konservativer gerierte sich die DP (Dominion Party), die die Zahl der afrikanischen Wähler durch ein qualifiziertes Wahlrecht beschränken wollte. Vorgesehen war die anhaltende Dominanz der Europäer in NR und SR. Hingegen trat die liberalere CAP (Central African Party) für eine echte multiethnische Gesellschaft ein und war bereit, auf Ängste und Forderungen der Afrikaner in Sachen politische Mitsprache, Wahlrecht und Bildung einzugehen. Die Zukunft der Zentralafrikanischen Union blieb damit völlig unklar, denn die meisten europäisch-stämmigen Siedler lehnten eine auf *partnership* basierende Föderation ab.

Allerdings gab es auch gegenläufige Entwicklungen, denn in Britisch-Zentralafrika setzten sich die liberalen Parteien und die profitorientierten Industrieverbände für die Schaffung einer multi-ethnischen Gesellschaft und die Interessen der Afrikaner ein, da sie am Ausbau entsprechender Arbeits- und Absatzmärkte interessiert waren. Die europäisch-stämmigen Siedlergemeinschaften in NR fanden sich letztlich – im Unterschied zu den Verhältnissen in SR – recht bald mit der fortschreitenden Entkolonialisierung und den neuen politischen Realitäten ab. Zumal die Position der europäisch-stämmigen Wähler und Parteien durch eine Verfassungsänderung und die Ausweitung der Sitzzahl der Afrikaner im Parlament NRs Anfang der 1960er Jahre erheblich geschwächt worden war. (S.314)

Die Siedler in Kenia und NR fürchteten insgesamt, dass die britische Regierung die politische Macht schrittweise an die afrikanische Bevölkerung übergeben würde. (S.160) Ein echtes Parteiensystem auf Basis der Siedler konnte sich nach 1945 zunächst weder in Kenia noch in NR herausbilden, zumal man seitens der Siedler befürchtete, dass Parteien und die damit verbundene Zersplitterung eine Schwächung der Siedlergemeinschaften bringen könnten.

Auf den Aufbau und die gleichzeitige Zersplitterung der Siedlerparteien in Kenia hatte der von der Kolonialmacht blutig niedergeschlagene Mau-Mau-Aufstand (1952-1959) aber dann großen Einfluss. Die Siedler gründeten vermehrt Parteien und politische Organisationen, um ihre Interessen gegenüber der eigenen Regierung und London besser durchsetzen zu können. Neben konservativen Parteien, die sich dezidiert für die Niederhaltung der Afrikaner und die Fortsetzung der Herrschaft der Europäer aussprachen, gab es auch Zustimmung für eine gemäßigtere Politik, in erster Linie von den Gewerkschaften. London setzte seinerseits auf die Kooperation aller gemäßigten Kräfte. Die Mehrheit der Siedler – so Kiefer – stand zwischen dem konservativen und dem liberalen Lager, was sie verband, war das Misstrauen gegenüber der britischen und der im eigenen Lande betriebenen Politik. London versuchte in der Tat, den Afrikanern entgegenzukommen, ohne den Europäern zu viel Mitsprache zu entziehen. Allerdings konstatiert Kiefer, dass fast alle weißen Siedler, inklusive des liberalen Parteienspektrums, das allgemeine Wahlrecht wie es unter der Losung „one man, one vote“ von den afrikanischen Nationalisten gefordert wurde, ablehnten. Der Masse der Schwarzafrikaner sprach man die geistige Reife ab, in einem Staat politische Verantwortung zu übernehmen. (S.203)

In Kenia war die Konzeption des multi-racialism Anfang der 1960er Jahre gescheitert. Weder Europäer noch Afrikaner waren bereit, eine Gesellschaft zu schaffen, in der man ohne Einschränkungen hätte miteinander leben und arbeiten können. Versuche der europäischen Siedlerparteien sich politisch zu einigen, um damit wieder mehr Einfluss zu gewinnen, scheiterten an der Politik der Kolonialverwaltung, die mit den afrikanischen Nationalisten kooperierte, um einen allmählichen – vor allem gewaltlosen – Übergang in die Unabhängigkeit zu ermöglichen. Der Prozess der Entkolonialisierung sollte sich planvoll und in geordneten Bahnen vollziehen. Der Einfluss der europäischen Siedler ging stetig zurück, diejenigen, die im Lande blieben, versuchten sich mit den neuen afrikanischen Machthabern zu arrangieren.

Die Arbeit Kiefers belegt in eindrucksvoller Weise, dass die in der Sachliteratur gewöhnlich vertretene These von der Homogenität der europäisch-stämmigen Siedler in britisch Ost- und Zentralafrika nicht zutrifft. In allen drei Territorien gab es eine ausgeprägte politische Binnendifferenzierung, die im Übrigen der schichtspezifischen Differenzierung in den Siedlergemeinschaften entsprach. So fürchteten die konservativen, von der Landwirtschaft lebenden europäischen Farmer die Konkurrenz der aufstrebenden und immer selbstbewusster auftretenden afrikanischen Bevölkerungsmehrheit. Europäische Handwerker und Facharbeiter pflegten ebenfalls konservative Haltungen, da sie auf dem Arbeitsmarkt die Konkurrenz gut ausgebildeter und preisgünstiger Afrikaner fürchteten, vor allem in beiden Rhodesien, wo der Ausbau der Industrie große Fortschritte machte. Liberale Haltungen waren hingegen für die (weitgehend konkurrenzlosen) Vertreter freier Berufe typisch, aber auch für Missionare und Kolonialbeamte, die sich gewöhnlich nur vorübergehend in den Kolonien aufhielten.

Bei allen Siedlerparteien waren rassistische Vorstellungen weit verbreitet, die im Falle der Liberalen aber auch die Form eines wohlwollenden Paternalismus annehmen konnten.

Liberale Gruppen in Kenia und NR vertraten im Einvernehmen mit London die Schaffung einer multi-ethischen Gesellschaftsordnung, um damit das Entstehen einer nationalen Identität zu forcieren. Dies führte allerdings immer wieder zum entschiedenen Widerstand konservativer Kräfte, die sich eine Machtübernahme durch die Afrikaner nicht vorstellen konnten.

London unterstütze liberale und gemäßigt-konservative Parteien und betrieb in Ostafrika eine Politik des multi-racialism, in Zentralafrika eine Politik, die unter dem Label partnership firmierte. Eine auf Kooperation basierende Politik sollte für einen allmählichen und friedlichen Übergang in die Mehrheitsgesellschaft der Afrikaner führen. (S.374) Dies gelang allerdings nur in NR. Die Politik der radikal-konservativen Siedler barg die Gefahr von Rassenunruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen. Das auch die Weltöffentlichkeit schockierende Beispiel der Mau-Mau-Rebellion, die Kenia verwüstete, tiefe Gräben zwischen den einzelnen Bevölkerungsteilen hinterließ und deren Pazifizierung London enorme Steuermittel gekostet hatte, wirkte zutiefst abschreckend. Ebenso wie die blutigen, langwierigen und teuren Kolonialkriege, die von Frankreich und Belgien geführt wurden.

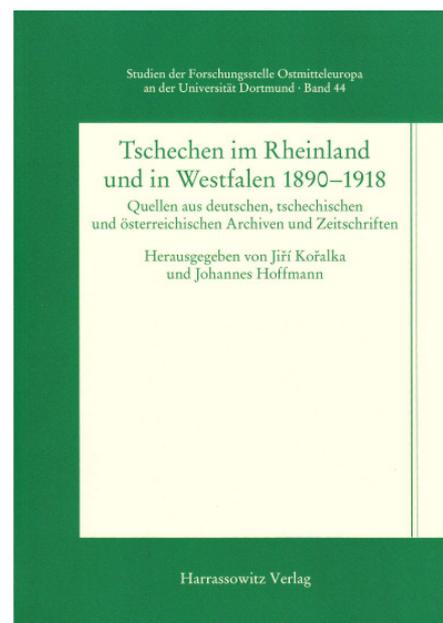
Die inhomogenen Siedlergemeinschaften, die von Partikularinteressen bestimmt wurden, blieben auch innerlich zerstritten, konservative und liberale Gruppen bekämpften sich leidenschaftlich und systematisch. Diese Unfähigkeit zum Kompromiss führte letztlich auch dazu, dass sich die afrikanische Bevölkerung immer stärker zu radikalisieren begann und deren politische Führer auf eine Beschleunigung der Entkolonialisierung drangen. Angesichts dieser Situation gerieten die Briten unter Druck und beschleunigten ihrerseits die Entkolonialisierungsmaßnahmen. Die häufig aufgeworfene Frage, ob ein langsamerer Übergang sinnvoller und für die Entwicklung der nun entstehenden unabhängigen afrikanischen Staaten sinnvoller gewesen wäre, ist – so die plausible Einschätzung Kiefers – obsolet. (S.377)

Kiefer liefert mit der vorliegenden Untersuchung einen wichtigen Beitrag zur Entkolonialisierungsgeschichte britischer Kolonien und so manches neue Argument und Erklärungsmuster für die spätere, zusehends dramatische Entwicklung in den nachkolonialen afrikanischen Nationalstaaten Kenia, Sambia und Simbabwe.

zw

Jiří Kořalka, Johannes Hoffman (Hg.): Tschechen im Rheinland und in Westfalen 1890-1918. Quellen aus deutschen, tschechischen und österreichischen Archiven und Zeitschriften. Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund. Band 44. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2012, 425 S.

Die vorliegende Quellenedition entstand in einem Zeitraum von zwanzig Jahren und geht in erster Linie auf die Beharrlichkeit des Historikerehepaars Jiří und Květa Kořalka zurück. Unterstützt wurden beide nachhaltig vom Leiter der Forschungsstelle Ostmitteleuropa, Johannes Hoffmann, der sich in den letzten Jahrzehnten vor allem um die Erforschung der ruhrpolnischen Arbeitsmigranten verdient gemacht hat. Wie Hoffmann in seinem Vorwort hervorhebt, wurden sämtliche tschechischsprachigen Quellen des Bandes ins Deutsche übersetzt, nicht zuletzt aus der pragmatischen Erwägung heraus, dass Tschechisch-Sprachkenntnisse in Deutschland äußerst rar sind. Die Quellen sind chronologisch – nicht thematisch – geordnet und reichen vom Juli 1889 bis zum November 1918. Der Band ist mit einem Verzeichnis der tschechischen Vereine im Rheinland und Westfalen 1890-1918, mit einer Zusammenstellung der einstigen Vereinslokale und einem ausführlichen Quellen- und Literaturverzeichnis ausgestattet. Hinzu kommen ein Orts- und ein Personenregister, die die Lektüre dieser ausführlichen Quellensammlung erheblich erleichtern.



Die aus den österreichischen Kronländern bis 1890 ins Rheinland und nach Westfalen ausgewanderten Tschechen, eine Population von einigen zehntausend Menschen, bildeten in der historischen Migrationsforschung bislang kein vorrangiges Forschungsthema. Bekanntlich ist die polnische Zuwanderung ins Ruhrgebiet weit besser erforscht worden. Insofern scheint es durchaus sinnvoll, beide durchaus nicht homogenen Migrantengruppen miteinander zu vergleichen. Zum Teil sprechen hier auch die abgedruckten Quellen für sich, wenn zum Beispiel das Verhalten, die Haltung und die Organisationsweise von Tschechen und Polen von deutschen Behörden oder tschechischen Zeitgenossen miteinander verglichen werden. Dabei lässt sich auch feststellen, dass sich die eingewanderte Tschechen im Hinblick auf ihre zahlreichen, manchmal auch recht ephemeren Vereinsgründungen an polnischen Vorbildern orientierten. Die meisten hier veröffentlichten Dokumente beziehen sich auf das tschechische Vereinswesen, dessen Zielsetzungen auf die Erhaltung des (katholischen) Glaubens, die Förderung der tschechischen Kultur und Sprache oder aber die Bildung und Emanzipation der tschechischen Arbeiterschaft ausgerichtet waren. Dass dabei der nationalen/regionalen Kultur und insbesondere der Muttersprache eine zentrale Bedeutung beigemessen wurde, wird schon daran deutlich, dass fast jeder Verein, dessen Mitgliederzahl gewöhnlich nicht mehr als drei Dutzend Personen zählte und je nach wirtschaftlicher und politischer Konjunktur einer starken Fluktuation unterliegen

konnte, tschechische Zeitschriften abonnierte und darüber hinaus bestrebt war, eine eigene Bibliothek mit muttersprachlichen Büchern aufzubauen. Auch dem tschechischsprachigen Laientheater und Musikveranstaltungen wurde große Bedeutung beigemessen. Dabei hatten tschechische Musiker weit über den Kreis ihrer eigenen Landsleute hinaus auch unter einheimischen Deutschen einen guten Ruf. Die nach Jan Hus, den Slawenaposteln Kyrill und Method oder Comenius benannten Vereinsnamen zeugen davon, wie stark man sich der eigenen Geschichte und Kultur verbunden sah. Dass die Tschechen mit den preußischen Behörden und den Angehörigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft weit weniger Konflikte hatten als die als preußische Staatsbürger zugewanderten Polen und Masuren führt Hoffmann auf deren weitaus geringere Zahl sowie den Umstand zurück, dass die Tschechen im Unterschied zu den Polen nicht geschlossen siedelten. Anders als die „preußischen“ Polen konnten die Tschechen als in der Regel österreichische Staatsbürger im Falle politisch-ideologischer Konflikte und Verdachtsmomente von den deutschen Behörden umgehend ausgewiesen werden. Auch solche Konflikte werden in der vorliegenden Quellensammlung dokumentiert. (z.B. S. 67-72)

Die wichtigsten Quellen dieser Edition bilden tschechischsprachige Druckschriften aus Deutschland, die von Vereinsfunktionären in Bremen, Stuttgart, London und ab 1891 in Berlin herausgegeben und im Rheinland und in Westfalen unter den Arbeitsmigranten kolportiert wurden. Eine besondere Rolle kam der ab 1876/77 herausgegebenen Monatsschrift der tschechischen Auslandsvereine „Vlast“ [Die Heimat] zu. Sozialdemokratisch orientiert war hingegen die monatlich zweimal erscheinende Schrift „Český Vystěhovalc“ [Der tschechische Auswanderer], die ab 1904 in München und nach der Ausweisung des Redakteurs Karl Folber in Prag redigiert wurde. Neben den Texten aus diesen beiden, die Migranten direkt betreffenden und ansprechenden Zeitschriften finden sich in der vorliegenden Quellenedition aber auch die Erinnerungen tschechischer Erwerbsmigranten, die im heutigen Archiv des Nationalen Technischen Museum in Prag aufbewahrt werden; zum Beispiel die im Mai 1940 verfassten, sehr aufschlussreichen Erinnerungen aus dem Leben der tschechischen Kolonie in Moers von František Tomsa. (S.103-108) Hinzu kommen deutsche Akten aus dem Prager Nationalarchiv sowie Dokumente aus den Hauptstaatsarchiven in Düsseldorf und Münster. Darüber hinaus wurde Kořalka, der einen längeren Forschungsaufenthalt in Deutschland nutzen konnte, auch in den Stadtarchiven von Duisburg, Dortmund, Düsseldorf, Lünen und Recklinghausen fündig. Schließlich sind im Zusammenhang mit dem preußischen Erlass zur Eindämmung weiterer tschechischer Arbeitsmigration Ende Dezember 1909 zahlreiche Akten österreichischer Provenienz abgedruckt.

In den beiden westdeutschen Provinzen Rheinland und Westfalen lebten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs ca. 60.000 Tschechen, von denen etwa 60 Prozent berufstätig waren. Von diesen 18.000 im Arbeitsleben stehenden Menschen waren um die 3.000 in Vereinen organisiert. Das spricht für einen hohen Organisationsgrad, wobei die Gruppe der führenden Aktivisten relativ klein blieb. Die Vereine wurden straff geführt, verfügten über ein geordnetes Berichts- und Kassenwesen und ihre

Mitgliedschaft verhielt sich – trotz zeitweise hoher Fluktuation – diszipliniert und solidarisch. Im Hinblick auf die Mitgliedsbeiträge herrschte eine gute Zahlungsmoral vor. Kořalka unterteilt die tschechischen Auslandsvereine in drei Gruppen: Kleinbürgerlich-patriotische Vereine mit einem Überhang an Handwerkern, wobei diese Vereinsorientierung im rheinisch-westfälischen Raum in Großstädten existierte und wesentlich schwächer war als in anderen Regionen Deutschlands. Sozialdemokratisch orientierte Vereine, die sich zumeist aus Bergarbeitern rekrutierten, die gewöhnlich gewerkschaftlich organisiert waren und sich bemühten, auch mit deutschen Gewerkschaften zu kooperieren. Davon soll es bis zum Ersten Weltkrieg 42 Vereine mit über 2.200 Mitgliedern gegeben haben. Das Sekretariat der AuslandsTschechen, das von der Prager Zentrale der „Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ begründet worden war, stützte sich dabei auf das bereits erwähnte, weit verbreitete Parteiorgan *Český Vystěhovalec*, das die AuslandsTschechen mit Informationen versorgte, beriet und bemüht war, sie politisch auf sozialdemokratischem Kurs zu halten. Ab 1906 wurden für die aus Mähren und einem Teil Böhmens einwandernden Bergleute katholische Vereine gegründet, an deren Spitze grundsätzlich ein Pfarrer oder Kaplan stand. Sog. Missionen (einwöchige Gebetswochen) dienten auch dazu, neue katholische Vereine zu gründen oder neue Mitglieder zu werben. Im Vordergrund dieser Arbeit stand neben der Stärkung des Glaubens die Pflege der tschechischen Muttersprache. Aus den vorliegenden Quellen ergibt sich auch, dass während der Missionen und in den katholischen Vereinsversammlungen gegen gewerkschaftliche und sozialdemokratische Einflüsse und Aktivitäten agitiert wurde. (Vgl. z.B. S.99-103, S.102-103) Andererseits wird in der sozialdemokratisch orientierten Publizistik gegen die konservative bzw. reaktionäre Haltung des Klerus sowie nationalistisch orientierter Vereine gewettert. Offenbar gab es hier auch Denunzianten, die die deutschen Behörden auf die „sozialdemokratischen Umtriebe“ in so manchem tschechischen Auslandsverein aufmerksam machten. Die sich in den Krisenjahren verschärfende Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital, die ihren Ausdruck in verstärkter Polizeikontrolle, Entlassungen, Ausweisungen, Streiks, Aussperrungen und dem entsprechend dosierten „Import“ billiger Arbeitskraft aus Nordböhmen fand, was oft mit skrupellosen Lockangeboten deutscher Agenten in Böhmen und Mähren verbunden war und die Voraussetzung für die massive „Lohndrückerei“ deutscher „Kohlenbarone“ bildete, wird in zahlreichen sozialdemokratisch orientierten Artikeln aus dem *„Český Vystěhovalec“* belegt. In ihnen wird immer wieder zur Einheit der tschechischen Arbeitsmigranten, aber auch zum Schulterschluss mit deutschen Arbeitern und Gewerkschaften aufgerufen. In diesen Quellen wird ebenfalls auf die fatale soziale Lage tschechischer Einwanderer, ihre Ausbeutung sowie ihre Rechtlosigkeit, besonders im Hinblick auf die von der preußischen Regierung angedrohten Massenausweisungen ausländischer Arbeiter, abgehoben. (vgl. z.B. S. 244/45) Beklagt wird auch häufig die Passivität der österreichischen Regierung und ihrer Konsulate, die sich offenbar nur unwillig für die Interessen österreichischer Staatsbürger tschechischer Nationalität einsetzten. Anders in den Berichten der katholischen Missionen, in denen festgestellt wird, dass der Lebensstandard der tschechischen Arbeitsmigranten in Deutschland im Vergleich zur Heimat erheblich höher sei. Allerdings wendet man kritisch ein, dass die tschechischen

Arbeitsmigranten im Vergleich zu Slowenen und Polen zu wenig sparen und es ihnen an einer „vernünftigen Haushaltsführung“ mangle. Durchgängig sind die Klagen gegen die sozialdemokratische und „freigeistige“ Agitation. Betont werden allerdings der transnationale Charakter des Katholizismus und der positive Einfluss slowenischer, polnischer, holländischer und tschechischer Missionsarbeit. Hervorgehoben wird auch, dass deutsche Theologen slawische Sprachen erlernen, um die Arbeitsmigranten in ihren Muttersprachen zu missionieren. (vgl. z.B. S. 274-276)

So haben wir es in diesem Quellenband tendenziell mit zwei sehr unterschiedlichen Erzählungen zu tun, die, einerseits aus zwei verschiedenen Perspektiven hervorragende Quellen zur Situation der tschechischen Arbeitsmigranten im Rheinland und in Westfalen liefern, andererseits – aufgrund ihrer normativen, auf die Besserung des Menschen zielenden Weltanschauungen – Desiderate formulieren, die angesichts der weltweiten Krise und der sich allenthalben zuspitzenden sozialen und nationalen Konflikte fromme Hoffnungen bleiben mussten, zumal die tschechische Arbeitsmigration in Preußen spätestens nach Ende des Ersten Weltkriegs bereits zu einer historischen Erscheinung mutierte.

Hinzu kommen die eingangs erwähnten österreichischen Quellen, aus denen erhellt, welche hohe politische Wellen die Ende 1910/Anfang 1911 getroffene Entscheidung der preußischen Regierung schlug, die Einwanderung tschechischer Arbeitsmigranten per Erlass durch Karenzzeiten und Ausweisungen zu beschränken. Dass es hierzu auch im österreichischen Reichsrat sehr unterschiedliche, auch offen nationalistische Interessebekundungen und Auffassungen gab, verdeutlichen mehrere Quellen mit entsprechenden Redebeiträgen österreichischer Reichstagsabgeordneter tschechischer und deutscher Provenienz. (S. 188-220) Sie stehen letztendlich für die Komplexität zweier grundsätzlich nur schwer lösbarer Problemkomplexe am Vorabend des Ersten Weltkriegs: der ungelöst bleibenden nationalen und sozialen Fragestellungen slawischer Bevölkerungsteile im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn.

Die vorliegende Quellenedition, die hervorragend ediert und kommentiert wurde, liefert wertvolle Informationen zu einem Thema, das bislang wenig Beachtung fand und auch im Hinblick auf die anhaltenden Migrationsströme und Migrationsdebatten in Deutschland und Europa wichtige Hinweise liefert.

zw

**Deutsches Polen-Institut (HG.): Jahrbuch Polen 2013.
Arbeitswelt.
Harrassowitz-Verlag. Wiesbaden 2013, 177 S.**

Das vorliegende Jahrbuch des DPI ist einem zentralen gesellschaftlichen Thema gewidmet, das mit der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in einer postmodernen Welt und einer sich rasant entwickelnden Wissensgesellschaft von existenzieller Bedeutung ist. Dabei ist Polen nur Teil eines Wirtschaftssystems, das global vorherrscht und auch für die gesamte EU charakteristisch ist. Die Globalisierung mit der weltweiten Öffnung von Grenzen und Märkten, verbunden mit Entstaatlichung und einem gnadenlosen Wettbewerbsdruck hat in wenigen Jahrzehnten zu gravierenden Veränderungen auf den Arbeitsmärkten geführt, zu mehr Ungleichheit, zu weniger sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit und zur Unterschichtung ganzer gesellschaftlicher Gruppen. Diese konnten in Zeiten des real existierenden Sozialismus im Osten oder einer mehr oder minder funktionierenden sozialen Marktwirtschaft im Westen ihre materielle Zukunft – zwar auf sehr unterschiedlichem zivilgesellschaftlichem Niveau – weitgehend angstfrei planen und gestalten. Denn im real existierenden Sozialismus sorgte das Recht auf Arbeit dafür, dass man Arbeit hatte, während es in der real existierenden sozialen Marktwirtschaft zu einer nachhaltigen Abfederung bestehender Arbeitsmarktrisiken kam.



Davon können heute selbst der sog. Mittelstand und die gut ausgebildete Jugend in Europa – und damit auch in Polen – nur träumen. Die Arbeit der Zukunft und die Zukunft der Arbeit sind in schnellem Wandel begriffen, geradezu volatil geworden. Der gerade im Nachwende-Polen massiv vorgetragenen Kritik am real existierenden Sozialismus folgt nach über zwanzig Jahren Systemtransformation allerdings keineswegs eine vergleichbar Fundamentalkritik an den Auswüchsen des real existierenden Kapitalismus. Das auch in Polen herrschende neoliberale Wirtschaftsmodell wird weder vom politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Mainstream noch von der Mehrheit der polnischen Gesellschaft grundsätzlich in Frage gestellt.

Diesem Phänomen geht in der vorliegenden Publikation ein Expertenteam polnischer und deutscher Wissenschaftler/innen nach, wobei historische, ökonomische und soziologische Ursachenforschung betrieben wird. Die zunehmende Zahl der „working poor“, die massive Arbeitsmigration mit dem damit verbundenen brain-drain (gravierender Ärztemangel, weil massive Abwanderung nach Deutschland!) sowie ungünstige demographische Entwicklungen stellen dabei ungemein hohe Anforderungen an eine aktive Arbeitsmarktpolitik, deren Hauptziel – nach Maciej Duszczek – die Schaffung eines „workfare state“ sein sollte. (S.18)

Angesichts der von Arbeitgeberseite immer wieder geforderten weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmärkte, die für wachsende Ungleichheit, Präkarisierung, befristete Arbeitsverhältnisse sowie Teilzeitarbeitsverträge unter der Arbeitnehmerschaft Polens sorgt, kommt Vera Trappmann zu dem zunächst einmal frappierenden Ergebnis, dass die polnische Gesellschaft, insbesondere die davon massiv betroffenen Jugendlichen, nicht oder kaum gegen diese beunruhigenden Erscheinungen protestieren. Sie führt diese passive Haltung letztlich darauf zurück, dass offenbar noch immer der Glaube vorherrscht, dass Jeder seines Glückes Schmied sei. (S.28)

Ähnlich Adam Leszczyński, der erklärt, warum gerade die polnische Jugend protestieren sollte – und warum sie es nicht tut! Etwas resigniert konstatiert der Autor ein Versagen der Politik, die trotz der Tatsache, dass Jugendarbeitslosigkeit eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe mit langfristigen Folgen für die Gesamtgesellschaft darstellt, nicht in der Lage sei, zuverlässige Gegenstrategien zu entwickeln. Sicherlich stellt Polen mit diesem Problem nicht allein da, man denke nur an die exorbitant hohen Raten in Südeuropa. Auffällig ist aber schon, dass die polnische Jugend nicht versucht, gegen diese Missstände vorzugehen, sondern eher resigniert oder ihr Glück im Ausland sucht. (S.34)

Edwin Bendyk widmet sich dem Problem der Modernität an der Peripherie, kritisiert in diesem Kontext, dass die polnische Gesellschaft zu wenig innovativ sei, und stellt fest, dass es eine Doppelfalle der peripheren Lage gebe: nicht nur die Arbeitskräfte in der Industrie, sondern auch die Vertreter der kreativen Schicht unterliegen aus Sicht des Autors einer allmählichen Proletarisierung.

Krzysztof Getka stellt in seinem Beitrag über Staat, Kapital und Arbeit fest, dass es in Polen zwar den sozialen Dialog zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gebe, dass es sich dabei aber um Gespräche handele, bei denen die beiden Juniorpartner, die über wenig Mobilisierungsbereitschaft und Protestpotential verfügen, in erster Linie von der Regierung über deren Absichten und Projekte informiert werden. Es handele sich um relativ schwache Sozialpartner, auf die man seitens des Staates nicht allzu viel Rücksicht nehmen müsse. Die Gewerkschaften seien schwach, die alte, ehemals starke Arbeiterklasse erweise sich als fragmentiert. So betrachtet erfülle das Konstrukt des Sozialen Dialogs durchaus eine wichtige, die Arbeitswelt stabilisierende Rolle.

Der umstrittenen Frage, ob es in Polen eine „middle class“ gibt, geht Weronika Priesmeyer-Tkocz nach, wobei sie die Genese dieser Gesellschaftsschicht nach 1989 beleuchtet (Angehörige der Arbeiter- und Agrarschicht, nicht der Intelligenz!) und darauf verweist, dass sich die polnische Gesellschaft nach der Schocktherapie von Leszek Balcerowicz sehr bald in „Verlierer“ und „Gewinner“ der Transformation einteilen ließ. Die polnische „Mitte“ besteht überwiegend aus Experten freier Berufe, die mit ihren privaten Geschäften der hohen Arbeitslosenrate entgehen konnten. Ihr fehle aber bis heute das Bewusstsein, Träger einer Bürgergesellschaft zu sein, in der

NGOs und dem Ehrenamt eine große Rolle zukomme. Dafür sprechen die weiterhin niedrige Wahlbeteiligung sowie das unterentwickelte bürgerschaftliche Engagement. Insofern ist die polnische „Mitte“ in der Tat noch weit vom deutschen Mittelstand oder der amerikanischen „middle class“ entfernt.

Bekanntlich ist der Anteil beruflich inaktiver Menschen in Polen recht hoch. Marta Danecka nennt alleine fast drei Mio. Polen/innen, die zugunsten von Aus- und Weiterbildung auf Berufstätigkeit verzichten. Hinzu kommen fast zwei Mio. Menschen, die wegen Krankheit oder Behinderung nicht berufstätig sind. Stellt man zudem fest, dass für fast ein Drittel der polnischen Haushalte die Rente als Haupteinnahmequelle dient, dann wird klar, dass es erhöhten Handlungsbedarf gibt. Angesichts eines massiven Verarmungsrisikos breiter Gesellschaftsschichten ist eine Sozialpolitik gefordert, die die Sphäre der „Nichtarbeit“ begrenzt, zum Beispiel durch eine Rentenreform (Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre!). Wichtig wären auch eine Verbesserung der Familienförderung und die berufliche Aktivierung von Menschen in fortgeschrittenem Alter. Sicherlich sehr aktuelle und brisante Themen, die ebenfalls in Deutschland und in der EU leidenschaftlich diskutiert werden.

Zu einem ebenfalls ernüchternden Ergebnis kommt Reinhard Vetter in seinem Beitrag „Viel individuelles Kapital, wenig kollektive Ressourcen“, in dem konstatiert wird, dass die Polen weiterhin in einer Kultur des Neides und des Misstrauens leben. Dabei beruft sich der Autor auf die Resultate der Gesellschaftsanalyse von 2011 (Diagnoza Społeczna 2011). Darin werden eine Haltung und ein Verhalten diagnostiziert, die vor allem auf das eigene Fortkommen und die eigenen Vorteile ausgelegt sind. Im allwaltenden Konkurrenzkampf, der sämtliche Lebensbereiche erfasst hat, ist das soziale Kapital nur schwach entwickelt. Indikatoren hierfür sind ein weitgehend unterentwickeltes Umweltbewusstsein, das egoistische Verkehrsverhalten sowie die kaum existierenden Nachbarschaftskulturen in Stadtbezirken und Wohnvierteln. (S.98) Schließlich der Artikel von Iwona Kurz, der einen historisch-kulturellen Zuschnitt hat und in dem sich die Autorin mit dem Verhältnis der Polen zum Staat sowie zu Arbeit und Lohn nach 1945 beschäftigt. Lange Passagen sind hier den Verhältnissen in der VR Polen gewidmet, aber auch der in den Werken Marek Hłaskos entwickelten Mythologie der Arbeit, die so gar nicht in den Kanon der sozialistischen Arbeitsphilosophie passte. Dem einstige Gefühl sozialer Sicherheit in einer durchgängig armen Gesellschaft, das von einem allgegenwärtigen, aber letztlich schwachen sozialistischen Staat vermittelt wurde, steht heute die Verunsicherung in einer neoliberal geprägten Gesellschaftsordnung gegenüber, die der weiterhin schwache Nachwendestaat nicht einzuhegen vermag.

Im zweiten Teil dieses gut verständlichen und lesefreundlich verfassten Buches finden sich Reportagen und Kurzprosa, die dem übergeordneten Thema Arbeitswelt zuzuordnen sind. Diese Texte stammen von jungen Autoren/innen wie Anna Sowa, Magdalena Parys, Marta Dzido, Grzegorz Kopaczewski und spiegeln aus der Sicht

einzelner Protagonisten/innen in erster Linie die Mühen und Absurditäten der polnischen Arbeitswelt wider.

Sie bilden eine willkommene, anschauliche und gut nachvollziehbare Ergänzung zu den Texten im ersten Teil des Buches.

zw

Markus Porsche-Ludwig, Wolfgang Gieler, Jürgen Bellers (Hg.): Handbuch Sozialpolitiken der Welt. Lit-Verlag. Berlin 2013, 709 S.

Wie die Herausgeber in ihrem kurzen Vorwort hervorheben, legen sie mit diesem voluminösen Band im deutschsprachigen Raum zum ersten Mal eine grundlegende Beschreibung und Analyse der Sozialpolitiken zahlreicher Staaten dieser Welt vor. Dabei sollen folgende Aspekte und Fragestellungen im Vordergrund stehen: Was kann durch den Vergleich von einzelnen Sozialpolitiken gelernt werden? Wer sind in den einzelnen Ländern die wichtigsten Akteure? Welche Auswirkungen haben die einzelnen Sozialpolitiken auf die Finanzhaushalte der Staaten? Welche Bedingungen gibt es für etwaige Fehlentwicklungen und wie lassen sie sich historisch und systemisch erklären?

Die Herausgeber wünschen sich einen möglichst breiten Benutzerkreis, der von der Politik und Verwaltungen über Wissenschaft und Medien bis hin zu Universitäten und Schulen reichen sollte.



In der Tat ein imposantes Projekt mit hohem Anspruch, an dem neben den Herausgebern zahlreiche Experten/innen aus dem In- und Ausland beteiligt wurden. Immerhin werden die Kurzcharakteristiken der Sozialpolitiken von insgesamt 128 Staaten in alphabetischer Reihenfolge vorgestellt. Und dies von 107 Mitarbeitenden, über die man in dem (zu) knapp gehaltenen Autoren/innenverzeichnis etwas mehr erfährt. Im Anhang finden sich darüber hinaus noch fünf, etwas sparsam gestaltete Kontinentalkarten und ein „Weltatlas“. Die Karten sind für einen ersten Überblick durchaus nützlich, denn wer könnte schon auf Anhieb sagen, wo Kap Verde oder Sao Tome und Principe zu verorten sind. Was die Auswahl bzw. die Präsenz oder Nichtpräsenz einzelner Staaten angeht, so könnte man natürlich trefflich streiten, warum etwa Liechtenstein mit einem Eintrag von immerhin fünf Seiten Länge vertreten ist, während Tadschikistan gar keine Erwähnung findet. Im Großen und Ganzen haben sich die beteiligten Autoren/innen aber offensichtlich an die Vorgabe gehalten, pro Eintrag etwa vier bis fünf Seiten zu liefern. Allerdings gibt es auch hier auffällige Ausnahmen: So schafft es El Salvador gerade mal auf eine knappe Druckseite, während Russland immerhin zehn zugestanden werden. Dies ist sicherlich nicht nur der Größe, Bedeutung und Effizienz der Sozialpolitik bestimmter Staaten geschuldet, sondern auch der Intention einzelner Autoren/innen sowie der mehr oder weniger konsequenten Durchsetzung der redaktionellen Vorgaben. Dabei geht Quantität nicht immer in Qualität über! Allerdings gibt es eine weitgehend einheitliche Gliederung der einzelnen Einträge in vier Abschnitte: Typen von Sozialpolitiken und deren Geschichte, Statistiken und Organisationen, Aktuelle Politik im sozialen Bereich, Literatur. Dieser Ansatz bewährt sich sehr gut, denn die historische Rekonstruktion und Einbeziehung traditioneller sozialer Strukturen und Systeme von Ländern aus fünf so unterschiedlichen Kontinenten einer zusammenwachsenden und sich gleichzeitig immer stärker ausdifferenzierenden Welt ist unverzichtbar, wenn man nur in Ansätzen verstehen will, was sich derzeit aktuell in den Sozialpolitiken Afrikas,

Asiens oder Mittel- und Südamerikas abspielt. Nach Lektüre eines Großteils dieser in der Regel leserfreundlich und offensichtlich gut recherchierten Beiträge (man vergleiche die aktuellen Kurzbibliographien am Ende jeden Beitrags!) gewinnt man den Eindruck, dass man seine weiterhin prägende europazentrischen Sicht relativieren sollte. Dies ist zum einen sicherlich dem Umstand geschuldet, dass zahlreiche europäische Staaten durch Kolonialismus und Entkolonialisierung zur schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in der sog. „Dritten Welt“ maßgeblich beigetragen haben und weiterhin beitragen. Zuweilen herrschen hier auch heute noch postkoloniale Haltungen und Politiken vor. Zum anderen ist evident, dass es aufstrebende Staaten und Wirtschaften der einstigen „Dritten Welt“ (China, Indien, Brasilien) gibt, die sowohl die Europäische Union als auch Nordamerika wirtschaftlich in den Schatten stellen. Der Preis, den sie – ähnlich wie die einstigen Transformationsstaaten Ostmitteleuropas – dafür zu zahlen haben, ist allerdings enorm. Denn in den wenigsten Fällen bedeutet ein hohes Wirtschaftswachstum auch eine nur in Ansätzen gerechte Umverteilung. Im Gegenteil, Ungleichheit wächst und es bestätigt sich die These von der sich vertiefenden Spaltung der Gesellschaften in eine Schicht von privilegierten Superreichen und die breite Masse verarmender Bevölkerung. Die Globalisierung mit ihren weitreichenden wirtschaftlichen Konsequenzen sorgt nicht nur in Europa für gefährliche Ungleichgewichte, in den zumeist noch ärmeren Gesellschaften der vier übrigen Kontinente verschärfen sich die Teilhabekonflikte und sozialen Spannungen noch in weitaus höherem Maße. Umso mehr wird allenthalben nach finanzierbaren und adäquaten Sozialpolitiken gefragt, die zumindest die krassesten Formen von Armut, Hunger, Beschäftigungs- und Perspektivlosigkeit abfedern könnten.

Im dem vorliegenden, übersichtlich gestalteten gut redigierten Handbuch werden hierzu Ansätze und Politiken, die sich in der Vergangenheit mehr oder minder gut bewährt haben, präsentiert. Wie schwierig es gerade in demokratisch verfassten und marktwirtschaftlich organisierten Staaten ist, die soziale Balance zu halten und für einen sozialen Ausgleich zu sorgen, mit dem alle betroffenen Gesellschaftsschichten leben können, kann man dabei in der Regel im Kapitel „Aktuelle Politik im sozialen Bereich“ nachlesen. In diesem Kontext wird auch deutlich, dass es im Hinblick auf die Sozialpolitiken in den einzelnen Ländern unserer Welt keine „globalen Lösungen“ gibt. Dazu sind die in ihr existierenden Gesellschaftsmodelle und Menschen zu verschieden und vielfältig. Trotzdem bleibt natürlich die Hoffnung, dass man noch Neues gestalten und gegenseitig von einander lernen kann.

zw

Aleksandra Salamurović: Wie viele Gesichter hat Deutschland? Das Deutschlandbild in der serbischen Presse 1990-2006.

Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2013, 250 S.

Diese bei Gabriella Schubert entstandene und in der Reihe „Forschungen zu Südosteuropa“ herausgegebene Dissertation von Aleksandra Salamurović besteht aus sechs recht unterschiedlich zugeschnittenen Kapiteln. Nach einer ausführlichen Einführung, an deren Ende die Autorin vier Hypothesen formuliert (1. Dominanz der Konstanz von Stereotypen und Vorurteilen, 2. Entscheidender Unterschied in der Berichterstattung „regierungsnaher“, „unabhängiger“ und „oppositionsnahe“ Zeitungen, 3. Kontinuität der Berichterstattung über Deutschland, 4. Zwei Hauptbilder von Deutschland als Hauptverantwortlicher für den Zerfall Jugoslawiens und als wichtigster Partner Serbiens auf dem Weg in die EU), werden theoretische Ansätze im Hinblick auf die Funktion von Medien diskutiert: Medien als Systeme und Kulturträger, die Rolle von Bildern, Images und Vorurteilen sowie die Bedeutung von Selbst- und Fremdbildern, wobei die Autorin resümierend hervorhebt, dass Selbst- und Fremdbilder in ihrer Abhandlung als funktionstragende, konstituierende Größen definiert sind, die aus Stereotypen und/oder Vorurteilen (als strukturellen) Einheiten bestehen.



Im dritten Kapitel wird es dann konkret, denn Salamurović widmet sich hier der serbischen Medienlandschaft, wobei sie schon eingangs auf deren Funktionsveränderung nach Ausrufung des „zweiten Serbiens“ durch den Reformler Zoran Đinđić im Jahre 2000 hinweist. Intensiv beschäftigt sich die Autorin mit dem Funktionieren von Medien (siehe die Auflistung der Nachrichten-Fakten, S. 48 sowie das Variablen-Modell, S. 51), um sich dann ganz gezielt dem Ausschnitt serbischer Presselandschaft zuzuwenden, den sie in ihrer Arbeit näher erforscht hat. Ausgewertet wurden für die Arbeit folgende, mehr oder weniger bekannte Organe: die traditions- und einflussreiche konservative und regimenahe Tageszeitung „Politika“, die seit den 1930er Jahren herausgegebene gemäßigt-nationale und ebenfalls regimenahe Wochenzeitung NIN (Wöchentliche Informative Zeitung), die privat finanzierte, seit 1990 bestehende und, sich in Anspruch und Aufmachung an „Der Spiegel“ orientierende Wochenzeitung „Vreme“ (Die Zeit), das seit 1996 täglich erscheinende Boulevardblatt „Blic“ sowie die 1997 von Journalisten gegründete Tageszeitung „Danas“ (Heute), die sich durch eine demokratisch-liberale Orientierung ihrer Redaktion auszeichnet. „Vreme“, „Blic“ und „Danas“ können den unabhängigen bzw. oppositionellen Presseorganen zugeordnet werden.

Bevor die Autorin diese Presseorgane im Hinblick auf ihr jeweiliges Deutschlandbild und ihre Berichterstattung zwischen 1990 und 2006 genauen Jahresgruppenanalysen unterzieht, stellt sie vor dem Hintergrund der Geschichte der wechselseitigen deutsch-serbischen Beziehungen die Narrative im Intellektuellendiskursen dieses Zeitraums vor. Dabei wird deutlich, dass das Bild der serbischen Intellektuellen durchgängig von zwei

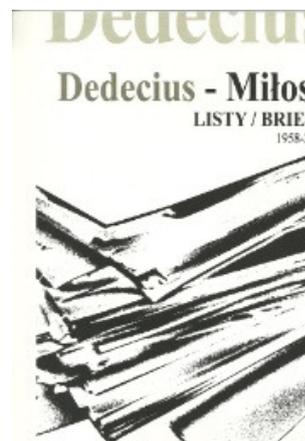
Gesichtern Deutschlands geprägt blieb: Einerseits das große, kulturelle, demokratische, aufbauende, andererseits das militärische, arrogante und zerstörerische Deutschland. Überdies gelten bei Umfragen zu Heterostereotypen die Deutschen bei den befragten Serben einerseits als gnadenlos und kampflustig, andererseits als gut, fleißig, mit guten Manieren.

Die im ausführlichen 5. Kapitel referierten quantitativen und qualitativen Daten der einzelnen Jahresgruppen von 1990 bis 2006 zeigen, dass das Bild Deutschlands und der Deutschen in der serbischen Presse vor allem durch politische und wirtschaftliche Themen besetzt ist. Für eine engagierte, breiter angelegte Berichterstattung bildet die Interaktion zwischen beiden Ländern die entscheidende Voraussetzung. Dabei wird die erste Periode von 1990 bis 2000 von meinungsbestimmten Darstellungsformen determiniert. Die serbische Öffentlichkeit wurde damals – so die Autorin – recht eindeutig durch eine emotionsgeladene Kommunikationsart geprägt (Negative Bedeutung von Kohl und Genscher, Deutschland als Gefahr, Deutsche als Feinde und Kriegsunterstützer). Daneben existierten aber auch Bilder, die in eine gänzlich andere Richtung verwiesen: Deutschland als überlegene Nation in Europa oder als wirtschaftlicher Träger und Unterstützer anderer europäischer Staaten, aber auch als (technisch fortschrittliche) Kulturnation. Ab 2000 – nach dem Machtantritt Đinđićs – figuriert Deutschland aber auch als positives Vorbild, als Freund und als „Teil des Westens“, besonders in „Vreme“ und „Danas“. In diesem Kontext hebt die Autorin allerdings hervor, dass das Bild des Westens in der serbischen Presse traditionell ambivalent bleibt. Einerseits sieht man sich weiterhin vom Westen bedroht, andererseits strebt man die Annäherung an die EU an. In der Tat entspricht diese Ambivalenz der aus dem mittelalterlichen serbischen Staat stammenden Sentenz, dass es das Schicksal Serbiens sei, „der Ostens des Westens und der Westen des Ostens“ zu sein. (225) Abschließend formuliert Salamurović den Wunsch, dass es angesichts der weiterhin wirksamen Darstellung von stereotypen Selbst- und Fremdbildern empfehlenswert wäre, bei der Berichterstattung den Schwerpunkt auf Ereignisse mit aktuellem Bezug zu setzen und historisierende Reminiszenzen und Rekurse in der Auslandsberichterstattung über Deutschland zu vermeiden. Ein Desiderat, dem man gerne beipflichtet, das aber auch zur Voraussetzung hätte, dass in Deutschland und anderswo ähnlich „unvoreingenommen“ über den EU-Kandidaten Serbien berichtet würde.

zw

**Przemysław Chojnowski (Hg.): Dedecius – Miłosz.
Listy/Briefe 1958 – 2000.
Łódź 2011, 153 S.**

Der von Przemysław Chojnowski herausgegebene, mit einer Einleitung sowie mit Anmerkungen versehene, von Lothar Quinkenstein ins Deutsche übersetzte Briefwechsel zwischen Czesław Miłosz und Karl Dedecius umfasst einen Zeitraum von über 40 Jahren. Das Material entstammt der Czesław-Miłosz-Sammlung der Universität Yale und dem Archiv, das Karl Dedecius dem Collegium Polonicum der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder zur Verfügung gestellt hat. Allerdings ist der Briefwechsel offenbar nicht vollständig erhalten, so dass er den Gedankenaustausch zwischen dem Autor und seinem Übersetzer nicht kontinuierlich zu belegen vermag. Durch die Lücken bleiben somit manche Fragen offen, etwa die, ob Dedecius die von Miłosz in seinem Brief vom 17. 04. 1963 ausgesprochene Einladung zu einer persönlichen Begegnung, sei es bei ihm in Frankreich, sei es bei Dedecius in Frankfurt/Main, wahrgenommen hat.



Der Briefwechsel verrät eine von Freundlichkeit, Wertschätzung und Respekt erfüllte wechselseitige Beziehung. Doch vergleicht man ihn mit dem weit umfangreicheren Briefwechsel zwischen Zbigniew Herbert und Karl Dedecius, dann ist doch ein Mangel an persönlichen Aussagen auffällig. Anders als zwischen Herbert und Dedecius ist es wohl zwischen Miłosz und Dedecius zu keiner wahren Freundschaft gekommen. Die Anrede schwankt in all den Jahren zwischen einem warmen und einem distanzierten Ton. Dabei fehlt es nicht an Signalen für eine intimere Annäherung. So wählt Miłosz in einem Brief aus dem Jahr 1967 statt der Anrede „Karl“ das polnische „Karol“, wobei er in Klammern hinzufügt, ob Dedecius diese vertrautere Form zusage. Diese vorsichtige Anfrage blieb offenbar ohne Echo. Denn im weiteren Verlauf des Briefwechsels kehrt Miłosz wieder zur Anrede „Karl“ zurück. Damit bleibt der briefliche Austausch ganz im Unterschied zu dem zwischen Herbert und Dedecius ganz auf die Textarbeit konzentriert. Ein einziges Mal findet sich von Dedecius eine persönliche Notiz, die allerdings nicht ihn selbst betrifft und bezeichnenderweise unter einem Postscriptum erfolgt: In dem vermutlich im Januar 1966 verfassten Brief schreibt Dedecius, dass Herberts Schwager verstorben sei. Der Tod sei unmittelbar vor dessen Abreise in die USA eingetreten. „Um ihm den Auslandsaufenthalt nicht zu verderben“, habe man Herbert den Todesfall verheimlicht. Nun befände er sich aufgrund dieser Umstände in einer „Krise“ und brauche „Trost und freundschaftlichen Zuspruch“. Dedecius bittet Miłosz, ihm in diesem Sinne zu schreiben. Auch in diesem Fall erfährt der Leser keine Rückmeldung und weiß daher nicht, ob Miłosz diesem Wunsch entsprochen hat.

Bei ihrem Briefwechsel stehen somit berufliche Interessen deutlich im Vordergrund. Als Karl Dedecius 1958 den Briefwechsel eröffnete, war er mit der Erstellung einer Anthologie polnischer Gegenwartslyrik befasst, die ein Jahr später unter dem Titel „Lektion der Stille“ erschien und überraschend gut aufgenommen wurde. Ihm ging es vor allem darum, sich des Rates und der Hilfe von Miłosz für seine weitere

Übersetzungsarbeit zu vergewissern. Miłosz seinerseits versprach sich von Dedecius einen besseren Zugang zum deutschen Buchmarkt. Die Zeit dazu schien nach dem polnischen Oktober 1956 und dem mit dem Ende des Stalinismus eingeleiteten politischen Tauwetter günstig.

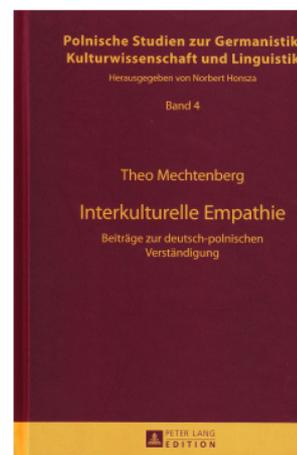
Interessant ist auch, dass der Briefwechsel zeigt, unter welchen Schwierigkeiten sich der poetische Durchbruch von Miłosz auf dem deutschen Buchmarkt vollzogen hat. Und dies ganz im Unterschied zum englischen Sprachraum. Wie in seinem Heimatland, so hatte der Dissident Miłosz auch in der DDR keinerlei Chance, veröffentlicht zu werden. In der Bundesrepublik war er durch „Verführtes Denken“ und „Das Tal der Issa“ zwar als Essayist und Romancier bekannt, nicht aber als Lyriker. Seine 1966 bei Kiepenheuer & Witsch erschienene Gedichtsammlung „Lied vom Weltende“, Miłoszs überhaupt erster aus dem Polnischen übersetzte Lyrikband, brachte nicht den erhofften literarischen Durchbruch. Alle Bemühungen von Dedecius um eine Neuauflage blieben jahrelang vergeblich. Eine in Kooperation mit Miłosz übersetzte und herausgegebene Gedichtsammlung erschien erst 1979 bei Suhrkamp unter dem Titel „Zeichen im Dunkel. Poesie und Poetik“. Dabei zeigte sich Miłosz mit der Wahl dieses „journalistischen“ Titels „absolut nicht einverstanden“ und bedauerte in seinem Brief vom 21. 11. 1980, dass man ihn ohne Absprache mit ihm gewählt habe. Aber zu diesem Zeitpunkt hatte er den Nobelpreis bereits zugesprochen bekommen, dem Miłosz letztendlich den Durchbruch auf dem deutschen Buchmarkt auch als Lyriker verdankt.

tm

Theo Mechtenberg: Interkulturelle Empathie. Beiträge zur deutsch-polnischen Verständigung.

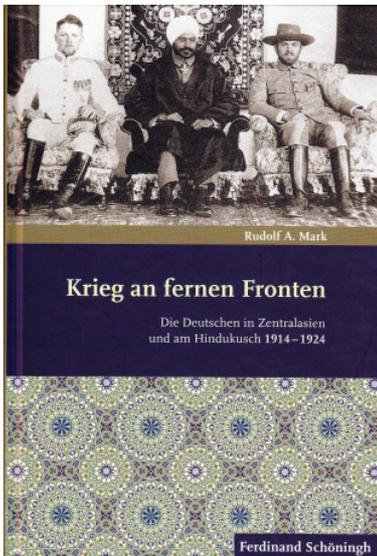
Peter Lang Edition. F/M 2013, 295 S.

Das vorliegende Buch besteht aus Beiträgen, die der Autor im Laufe mehrerer Jahrzehnte verfasst und zum größten Teil andernorts als Zeitschriftenaufsätze veröffentlicht hat. Der Titel signalisiert bereits, dass wir es mit einer sensiblen Thematik zu tun haben, die weiterhin Desiderat bleibt, denn die deutsch-polnischen Beziehungen unterliegen trotz aller Verbesserungen und Normalisierung immer wieder erheblichen Schwankungen. Auch bleibt das Arsenal an wechselseitigen Vorurteilen und Stereotypen weiterhin beträchtlich. Ferner sollte hervorgehoben werden, dass es in diesem Buch in erster Linie um die angestrebte Empathie der Deutschen für Polen und die Polen geht – und nicht umgekehrt. Das hat insofern seine Berechtigung als der Autor Deutscher ist und die Deutschen weit weniger über ihr Nachbarland wissen als das umgekehrt der Fall ist. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass sich Mechtenberg in der Vergangenheit, sowohl in der DDR als auch später in der VR Polen und in der Bundesrepublik Deutschland, intensiv mit kirchlichen Fragenstellungen und hier besonders auch mit der Spezifik des polnischen Katholizismus und der Stellung der polnischen katholischen Kirche in Polen und in der Welt beschäftigt hat. Insofern darf nicht wundern, dass ein Großteil des Textkorpus dieser Thematik gewidmet ist. Besonders im zweiten Kapitel „Nation, Kirche, Katholizismus“ versucht der Autor einen deutschsprachigen Leser mit den Besonderheiten des polnischen Katholizismus in Vergangenheit und Gegenwart vertrauter zu machen. Dem Versöhnungsdienst der Kirchen – hier besonders der Analyse des Briefwechsels polnischer und deutscher Bischöfe aus dem Jahre 1965 – ist darüber hinaus das ausführliche dritte Kapitel gewidmet. Religiöse Fragestellungen spiegeln sich auch in den vom Autor verfassten Lebensbildern so bedeutender polnischer Querdenker, Kulturvermittler und Brückenbauer wie Anna Morawska, Mieczysław Pszon, Józef Tischner und Marek Edelman wider, aber auch in den literarischen Betrachtungen Mechtenbergs, die u.a. dem dramatischen Werk Karol Wojtyłas und der deutsche Themen berührenden Lyrik Tadeusz Różewicz gewidmet sind. Etwas weltlicher geht es in dem einleitenden Kapitel über Polen, Deutschland und Europa sowie im vierten. Kapitel zu, das dem polnisch-jüdischen Verhältnis gewidmet ist. Während im ersten Kapitel die besondere Form polnischer Europeizität auf ihrem recht beschwerlichen Weg in die Europäische Union erörtert wird, erfährt man im vierten Kapitel recht viel über die Ursprünge, Bedingtheiten und das paradoxe Eigenleben des weiterhin aktuell bleibenden polnischen Antisemitismus. Das Buch, das in der von Norbert Honscha (Breslau) herausgegebenen Reihe „Polnische Studien zur Germanistik, Kulturwissenschaft und Linguistik“ und mit Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit erschienen ist, zeichnet sich durch eine klare Gliederung und einen leserfreundlichen Stil aus. Gleichzeitig gibt es Auskunft über das Anliegen des empathischen Vermittlers und Brückenbauers Theo Mechtenberg, der einen Großteil seines pastoralen, pädagogischen und publizistischen Wirkens der Verständigung zwischen Deutschen und Polen gewidmet hat. zw



Rudolf A. Mark: Krieg an fernen Fronten. Die Deutschen in Zentralasien und am Hindukusch 1914-1924.

Ferdinand Schöningh. Paderborn München Wien Zürich 2013, 285 S.



Der Lüneburger Historiker Rudolf Mark, der unlängst seine Habilitationsschrift über das Great Game und die deutsche Weltpolitik veröffentlicht hat, legt mit seiner im letzten Jahr erschienenen Untersuchung über die Deutschen in Zentralasien und am Hindukusch 1914-1924 eine Arbeit vor, die ein peripheres Kapitel deutscher Politik im Ersten Weltkrieg behandelt, das bisher nur wenig Beachtung gefunden hat. Das Werk basiert auf einer breiten Quellenbasis und ist chronologisch angelegt. Zuweilen treten in der Narration Redundanzen auf, da sich – so die selbstkritische Einschätzung des Autors – Rückblenden und Vorgriffe als unvermeidlich erwiesen. Dies beeinträchtigt die Rezeption der durchweg klaren und leserfreundlichen Darstellung allerdings keineswegs. Mark widmet sich zunächst der Analyse der Wahrnehmungen Zentralasiens nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs durch die maßgeblichen politischen und militärischen Kreise Berlins. Dabei stehen die Strategiedebatten, Positionen und Aktivitäten im Hinblick auf die Auswirkungen des Kriegs und des Aufstands in Zentralasien (1916) im Fokus. Ausführlich beschäftigt sich der Autor mit den Auswirkungen der Russischen Revolution von 1917 auf die Region sowie mit der vom Deutschen Reich betriebenen Randstaatenpolitik. Intensiv behandelt werden in diesem Kontext auch die deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen, da ihnen bei den deutschen Planungen eine wichtige Rolle zugeordnet wurde.

Mark zeigt schließlich auch auf, dass selbst nach der deutschen Niederlage 1918 Zentralasien als Rohstofflieferant und Handelspartner immer noch Gegenstand zum Teil weitreichender Diskussionen deutscher Publizisten, Unternehmer und Politiker blieb. Dieser Diskurs hielt sogar noch bis zur und über die Gründung der UdSSR hinaus an.

Es wird klar belegt, dass deutsche Politiker und Militärs mit Hilfe des verbündeten Osmanischen Reichs versuchten, die islamischen Untertanen ihrer Kriegsgegner zum Dschihad als antikoloniale Erhebung anzustiften. Dabei sollten Afghanistan und nach dem Aufbruch von 1916 Zentralasien das Aufmarschgebiet bilden. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen wurden in diesem Zusammenhang als „strategische Reserve“ für einen möglichen militärischen Einsatz betrachtet.

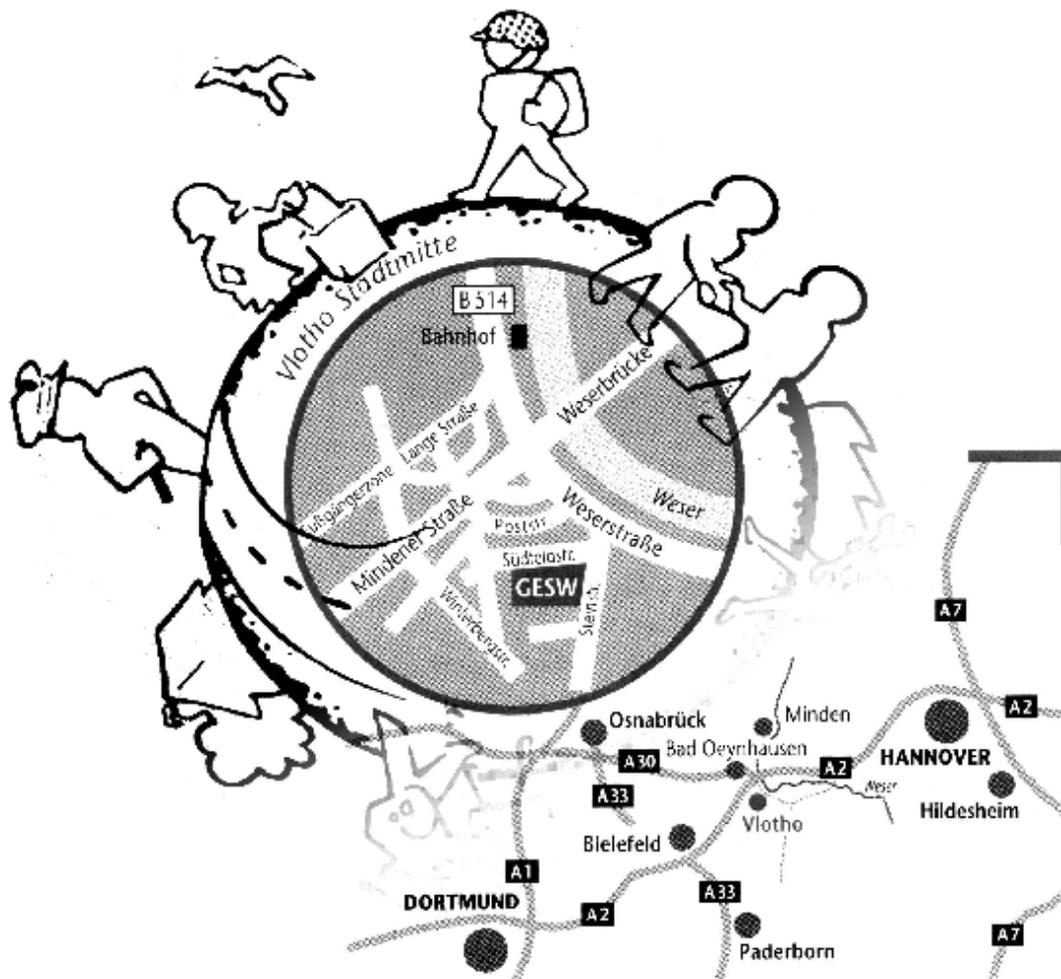
Ferner wird herausgearbeitet, dass die Deutschen und deutschstämmigen Einwohner der Region aufgrund der Niederlagen und Verluste russischer Armeen unter Schikanen zu leiden hatten. Ihnen wurde im Rahmen einer in Russland weit verbreiteten Germanophobie nicht selten Illoyalität und Subversion vorgeworfen.

Nach der Oktoberrevolution und dem Separatfrieden von Brest-Litovsk wurden von deutscher Seite Versuche unternommen, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Muslime

zwischen Wolga und Hindukusch für die Schwächung Russlands und den weltwirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands zu nutzen. Noch lange nach Kriegende verstand sich Deutschland als islamische Protektoratsmacht. Allerdings konnten sich die aus der Restmasse des Zarenreichs hervorgegangenen islamischen Staatsgründungen bekanntlich nicht gegen den sowjetischen Machtanspruch durchsetzen. Die deutschen Vorstöße in Kabul konnten – so Mark – die Sicherheit Britisch-Indiens nicht substantiell gefährden, sie sorgten aber für eine Stärkung der Stellung des Emir und trugen vermutlich zur 1919 erkämpften Unabhängigkeit Afghanistans bei. Die Rolle der deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Zentralasien blieb ambivalent: einerseits stellten sie für die Sowjets ein stabilisierendes Element bolschewistischer Machtergreifung dar, andererseits trugen sie zur Vernichtung der Autonomiebestrebungen in Turkestan und zur Zerstörung Bucharas bei. Insgesamt kommt der Autor zu dem gut belegten Ergebnis, dass Deutschlands Krieg an fernen Fronten nicht Resultat solider Planung war, sondern eher Ergebnis einer Politik, deren Absichten die verfügbaren Ressourcen nicht entsprachen. (S.214)

zw

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de